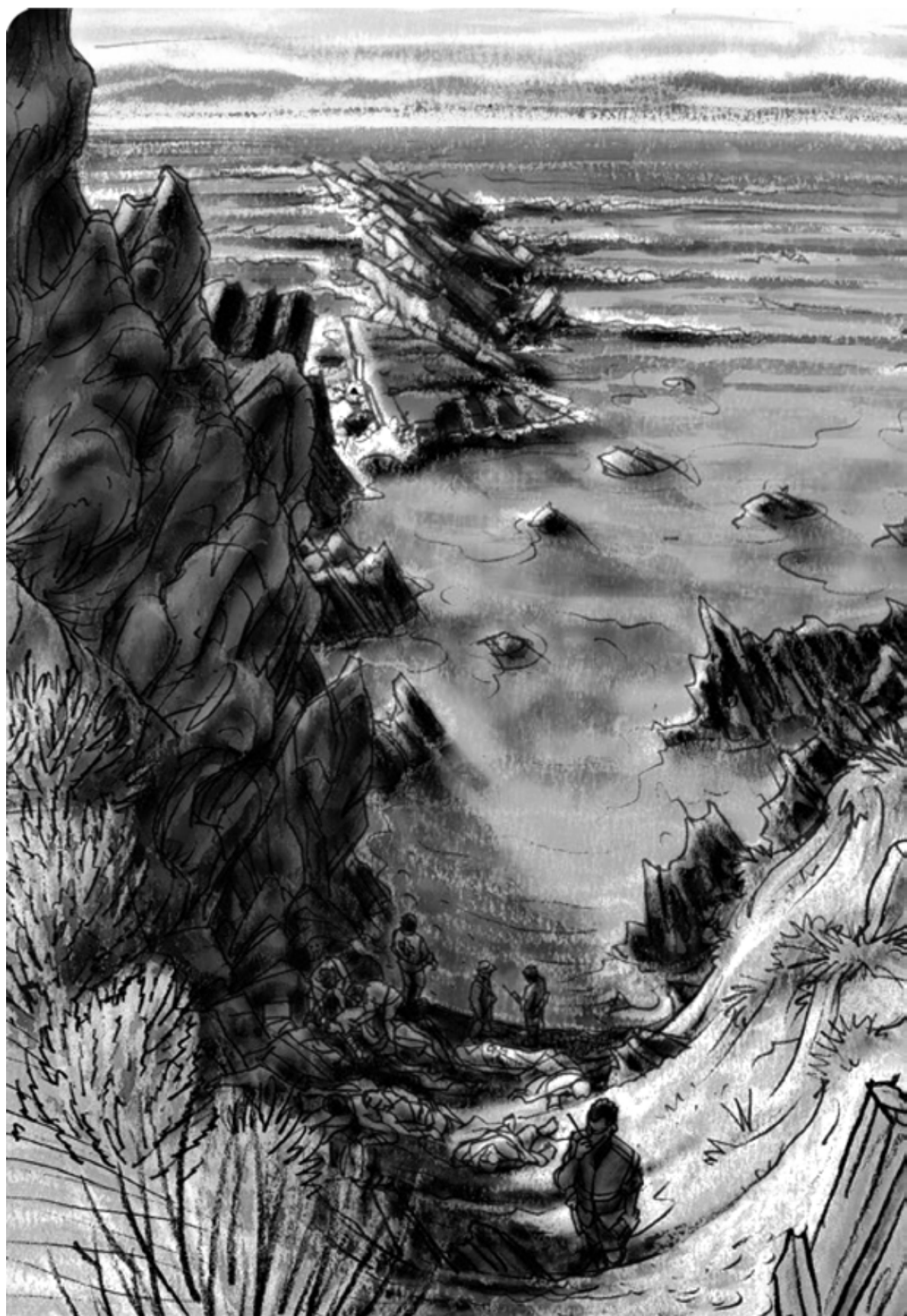


GRENZWERTIG

ZEITSCHRIFT FÜR MIGRATION UND MENSCHENRECHTE · Ausgabe #7 Sommer 2014 · kostenlos



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

einige Zeit ist seit der letzten **Grenzwertig** vergangen. Die Welt dreht sich und einiges ist passiert, unsere Sichtweisen haben sich durch gesellschaftliche und persönliche Erfahrungen verändert. Deshalb freuen wir uns besonders, dass ihr endlich die siebte Ausgabe der **Grenzwertig** in den Händen halten könnt. Die Herausgabe läuft nach wie vor ehrenamtlich. Wir wollen uns auf diesem Weg bei allen Autor*innen bedanken, sowie besonders bei allen Menschen, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen.

In dieser Ausgabe setzen wir uns schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der deutschen Asylpolitik auseinander. Ein konkreter Anlass dafür sind für uns zum einen der Anstieg von rassistischen Protesten gegen Unterkünfte von Refugees. Zum anderen werden die Stimmen gegen einen angeblichen Asylmissbrauchs immer stärker, was die Regierungskoalition als Vorwand nimmt die Asylpolitik noch restriktiver gestalten zu wollen. Dem setzen wir eine kritische Perspektive entgegen, indem wir versuchen eine realistische Sichtweise über die Lebenswirklichkeit von Refugees aufzuzeigen. Dazu arbeiten wir eng mit dem Politbereich des Multikulturellen Zentrums Trier zusammen und teilen deren Anspruch, gemeinsam mit den Refugees auf einer Augenhöhe für ihre gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung einzustehen.

Wir suchen nach wie vor Autor*innen, die unsere Zeitschrift mit Leben füllen wollen. Meldet euch, wenn ihr an der **Grenzwertig** mitwirken möchtet. Auch diese Ausgabe der **Grenzwertig** sowie weitere aktuelle Berichte gibt es auf unserem Blog:

www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig

Für Refugees gelten in Deutschland spezielle Gesetze. Sie besitzen weniger Rechte als alle anderen Menschen die hier leben. Das hat Konsequenzen für ihr alltägliches Leben. Im ersten Teil *Break the Isolation of the Refugees* dreht sich alles um ihre Lebenssituation, die geprägt ist von gesellschaftlicher Segregation und Ungleichbehandlung.

Dazu widmet sich Patrick Zimmer der medizinischen Versorgung von Refugees. In dem Interview *Eine angebrachte ärztliche Behandlung für Asylsuchende in Trier wäre möglich, wenn es gewollt wäre*, mit der Ärztin Dr. Barbara Detering-Hübner wird deutlich, dass eine individuelle medizinische Versorgung kaum stattfindet.

Die verantwortlichen politischen Akteure sind eher darauf aus in der Öffentlichkeit ein gutes Bild abzugeben, anstatt die Situation der Gesundheitsversorgung gerechter zu gestalten oder strukturelle Probleme zumindest anzuerkennen, wie in dem Artikel „*No English, no Doctor*“ - *Medizinische Versorgung der Asylsuchenden in Trier*, deutlich wird.

Neben der medizinischen Versorgung gibt es zahlreiche weitere Missstände denen Refugees in Deutschland ausgesetzt sind. Sie freuen sich meist sehr über Besuch, wodurch ihre gesellschaftliche Isolation aufgebrochen werden kann. Das hat Björn Brisch getan und stellt seine Beobachtungen zu den Asylunterkünften in dem Artikel *Break the Isolation als praktischer Widerstand gegen die rassistische Ausgrenzungspolitik* vor. Daraus ergibt sich ein erschreckender Zustand der rheinland-pfälzischen Asylunterkünfte. *Break the Isolation*, wie wir es schon in der letzten Ausgabe dargestellt haben, ist ein emanzipatorischer Ansatz. Um an der momentanen Situation etwas zu verändern ist ein gemeinsamer Kampf mit den Refugees notwendig.

Ergänzt wird die Thematik mit spannenden Artikeln zum Migrationsregime, einer Geschichte eines Geflüchteten sowie einer Darstellung der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik und ihrer tödlichen Folgen. Abschließend zeigen wir die Zeichnung eines Asylgerichtsprozesses einer jungen Iranerin.

Im Teil, *Rassismus in Institutionen und Gesellschaft*, beschäftigen sich unsere Autor*innen mit rassistischen Vorurteilen, deren Verankerung in der deutschen Gesellschaft und ihren Folgen.

Die bürgerliche Mitte ist das Problem, wie die antirassistische Initiative gegen Duisburger Zustände in einem Interview von Max Bassin über den dort herrschenden Antiziganismus feststellt.

In dem Interview von Mathias Köberlein mit dem Diplom-Pädagogen Michael Müller zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stellt sich heraus, dass die Abwertung Asylsuchender in Relation zur allgemeinen Fremdenfeindlichkeit steht. Diese These findet im letzten Jahr einen Beweis in den vermehrt auftretenden Protesten gegenüber Asylunterkünften. Das Dokumentationsarchiv „Monitoring Agitation Against Refugees in Germany“ (M.A.A.R.) berichtet darüber und verfolgt das Ziel, diese gesellschaftlichen Artikulationen und Manifestationen chronologisch zu dokumentieren, um dem Verdrängen und Vergessen entgegenzuwirken. Das will auch Viktoria Herz mit ihrem Bericht über die Gedenkstätte Natzweiler-Struthof *Aussöhnen mit Deutschland – Niemals! Kein Vergeben, kein Vergessen!*

In dem Artikel *Verseckspiel zu Codes & Styles von Neonazis* wird deutlich, dass die nationalsozialistische Ideologie, wenn auch unter neuem Gewand, noch heute fortlebt.

Die rassistische Fahndungsmethode des Racial Profiling der Bundespolizei ordnen wir in einer Infobox dem institutionellen Rassismus zu und wollen an einem Erfahrungsbericht darstellen, wie eine solche Kontrolle ablaufen kann.

Selbstverständlich gibt es auch wieder einen Kulturteil mit emotionalen Geschichten von jungen Künstler*innen.

Beste Grüße und eine aufschlussreiche Lektüre

Björn Brisch und Patrick Zimmer

INHALTSVERZEICHNIS

Break the Isolation of the Refugees

Projektvorstellung des Selbstverwalteten Multikulturellen Zentrums Trier e.V.....	5
„Eine angebrachte ärztliche Behandlung für Asylsuchende in Trier wäre möglich, wenn es gewollt wäre.“.....	7
„No English, no Doctor!“.....	11
RatioRegulatio - Artikel über das Migrationsregime.....	14
Zur Abschiebung eines afghanischen Refugees nach Ungarn.....	17
„Break the Isolation als praktischer Widerstand gegen die rassistische Ausgrenzungspolitik“.....	19
Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen.....	29
Refugees' Library	
„Hauptverfahren Asylrecht“ Zeichnung eines Gerichtsprozesses einer jungen Iranerin.....	49

Kulturteil

Einleitung.....	35
Kill Silence.....	36
In der Fremde.....	38
Mikrostorys.....	40
Sorrow of War.....	42
Buchrezension Blackbox Abschiebung.....	44
Filmkritik Land in Sicht.....	46

Rassismus in Institutionen und Parteien

„Die bürgerliche Mitte ist das Problem“.....	56
„Die Abwertung Asylsuchender steht in Relation zur allgemeinen Fremdenfeindlichkeit“.....	60
„Rassismus gibt es bei uns nicht“.....	62
Versteckspiel.....	65
Die GRENZWERTIG informiert zur rassistischen Polizeipraxis „Racial Profiling“.....	68
Erfahrungsbericht einer rassistischen Polizeikontrolle.....	70
Aussöhnen mit Deutschland – Niemals! Kein Vergeben, kein Vergessen!.....	72

SELBSTVERWALTETES MULTIKULTURELLES ZENTRUM TRIER E.V.



MULTIKULTURELLES ZENTRUM TRIER

Getragen von dem Gedanken, dass alle Menschen, egal welcher Herkunft, gleich behandelt werden müssen, versteht sich das Multikulturelle Zentrum als Verein, der sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung und für eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen und Flüchtlingen einsetzt. Überall dort, wo eine Ungleichbehandlung von Migrant*innen und Flüchtlingen stattfindet, sieht sich das selbstverwaltete Zentrum verpflichtet, dem entgegenzuwirken. Dabei vertritt es den Anspruch, sich gemeinsam mit den Zuwanderern auf einer Augenhöhe für deren Rechte, Chancengleichheit und Teilhabe in allen Lebensbereichen einzusetzen.

BEREICHE

BILDUNG

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist für alle Zuwanderer und Flüchtlinge von großer Bedeutung. Sie eröffnet den Menschen nicht nur die Chance, gleichberechtigt am öffentlichen Leben und am Arbeitsmarkt teilzunehmen, sondern gibt ihnen auch die Möglichkeit, selbstständig soziale Kontakte zu knüpfen und sich selbst für ihre Interessen und die ihnen zustehenden Rechte einzusetzen.

KULTUR

Kulturelle Veranstaltungen bieten stets Gelegenheit, Neues kennen zu lernen und sich mit diesem auseinanderzusetzen. Sie ermöglichen Migrant*innen und bereits hier ansässigen Menschen, Kontakte zu knüpfen und sich über vieles auszutauschen.

POLITIK

Politische Veranstaltungen des Multikulturellen Zentrums sind vor allem darauf ausgerichtet, bestehende Ungleichheiten klar zu benennen und Formen der Ausgrenzung und Stigmatisierung zu kritisieren. Aufklärung und Information über Abschiebeeinrichtungen, rassistische Vorfälle und Benachteiligungen von Migrant*innen und Flüchtlingen soll Empathie mit den benachteiligten und entrechteten Menschen erzeugen und mehr Menschen dazu bewegen, sich gemeinsam mit ihnen für ihre Gleichbehandlung einzusetzen.

KURSANGEBOTE

Wir bieten eine Vielfalt an Kursen an. Dazu zählen unter anderem:

- Integrations- und Deutschkurse
- Fremdsprachenkurse (Spanisch, Türkisch, Hebräisch, Arabisch ...)
- Trommel- und Gitarrenkurse

MITMACHEN BEI UNSEREN PROJEKTEN

Im Multikulturellen Zentrum engagieren sich zahlreiche Ehrenamtliche. In allen Projekte freuen wir uns sehr über neue engagierte Menschen. Eigene Ideen und Wünsche können gerne verwirklicht werden.

Im **Bildungsbereich** suchen wir nach Leuten, die Lust haben Flüchtlingen und Migrant*innen ein oder zweimal in der Woche Deutsch beizubringen. Dazu gibt es zwei verschiedene Projekte: Im **Projekt „Deutschkurse“** wird eine Alphabetisierung für meist erwachsene Flüchtlinge angeboten. Im **Projekt „Verstärker“** werden Jugendliche (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) unterrichtet und durch Lobbyarbeit versucht, ihre Rechte und Belange in Politik und Öffentlichkeit zu stärken. Im **Kulturbereich** freuen wir uns über Ehrenamtliche, die kulturelle Veranstaltungen mit organisieren möchten.

Der **Politbereich** organisiert Veranstaltungen zu den Themengebieten Migration, Flüchtlings- und Asylpolitik sowie zu Antirassismus und Neonazis. Er bietet selber Vorträge und Workshops zur deutschen Asylpolitik und der Situation von Flüchtlingen an. Mitglieder des Politbereichs besuchen regelmäßig Unterkünfte von Asylsuchenden, speziell die Erstaufnahmeeinrichtung in Trier und Unterkünfte in Rheinland-Pfalz. Neue Gesichter sind gerne gesehen. Ebenso freuen wir uns über eine Mitarbeit im journalistischen Bereich, bei der **Grenzwertig** - Zeitschrift für Migration und Menschenrechte.

Bei Interesse stehen wir Ihnen/ Dir gerne zur Verfügung und laden Sie/ Dich zu einem unserer Treffen ein.

Adresse:

Multikulturelles Zentrum Trier e.V.
Balduinstraße 6
54290 Trier

Homepage:

www.multikulturelles-zentrum-trier.de

Grenzwertig Blog:

multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig

Kontakt unter:

buero@multicultural-center.de

„EINE ANGEBRACHTE ÄRZTLICHE BEHANDLUNG FÜR ASYLSUCHENDE IN TRIER WÄRE MÖGLICH, WENN ES GEWOLLT WÄRE“



Ertaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier Nord,
© Fabian Boist

Interview
von
Patrick Zimmer

Dr. Barbara Detering-Hübner ist Ärztin im Gesundheitsamt Trier. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Erstuntersuchung, bietet sie den Asylsuchenden in einem Projekt eine Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten an. Sie stellt immer wieder fest, dass die Asylsuchenden keine individuelle gesundheitliche Versorgung wahrnehmen können.

Grenzwertig: Wie sind Sie mit den Asylsuchenden in Trier in Kontakt gekommen und was war der Auslöser für die Initiierung ihres Projektes?

Dr. Barbara Detering-Hübner: Alle Asylsuchenden, die in der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Trier ankommen, werden im Gesundheitsamt auf ansteckende Krankheiten untersucht. Das ist eine Regelung auf Landesebene die seit 1998 durchgeführt wird. Der Hintergrund für die von der Landesregierung festgelegten Erstuntersuchungen ist es, meiner Meinung nach, die deutsche Bevölkerung zu schützen, vor allem um eine Verbreitung in der Gemeinschaftsunterkunft und an die Angestellten zu verhindern. Dabei ist bisher leider keine ausreichende Regelung vor-

gesehen, die Betroffenen über ihre Befunde und gar eine mögliche bestehende Erkrankung zu unterrichten. Das ist für mich mit meinem ärztlichen und auch menschlichen Gewissen nicht zu vereinbaren. Als Ärztin ist es meine Pflicht dem einzelnen Menschen individuell zu helfen. Im Jahr 2006 haben wir dazu in Zusammenarbeit mit der ökumenischen Flüchtlingsberatungsstelle das Projekt „Wissen schützt - Gesundheitsförderung von Asylsuchenden“ ins Leben gerufen. Es bietet den Asylsuchenden in Trier die Möglichkeit, sich kostenlos und anonym auf sexuell übertragbare Krankheiten untersuchen zu lassen. Der Notwendigkeit unseres Projektes lag die Annahme und der Wunsch zu Grunde, dass mehr gemacht werden müsste als nur eine Untersuchung anzubieten. Wir haben uns gefragt, was überhaupt mit den erhobenen Befunden passiert und ob diese tatsächlich nur erhoben werden, damit sich in der Gemeinschaftseinrichtung keine ansteckenden Krankheiten verbreiten.

Nach der Erstuntersuchung ist also kein Mechanismus vorgesehen, der Person individuell zu helfen. Konnte dieses Defizit bei den Asylsuchenden, die sich im Rahmen des Projekts „Wissen schützt“ untersuchen lassen, behoben werden?

Mit unserem Projekt können wir es leider auch nicht leisten, diese individuelle Hilfe sicher zu stellen. Und das hat mich an meine Grenzen getrieben. In Einzelfällen habe ich immer wieder versucht Kontakt zu einzelnen erkrankten Personen aufzunehmen, um ihnen den Befund mitzuteilen und sicherzustellen, dass diese Informationen mit an den Transferort¹ gegeben werden. Ich fühle mich mit dieser Situation allerdings überfordert. Den Höhepunkt hatte es letzten Sommer. Da wurde ich an meine ganz persönlichen Grenzen getrieben. Ich habe mir nicht vorstellen können, jemals in eine solche Situation zu kommen. Ich bin mein Leben lang ein optimistischer Mensch gewesen. Im letzten Sommer dachte ich zum ersten Mal ans Aufhören, daran doch am besten schnell in Rente zu gehen. Zuvor hätte ich mir diesen Gedanken nie vorstellen können. Schuld daran trägt die unzureichende Regelung zur Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden. Es besteht kein Anspruch auf individuelle Hilfe, einhergehend mit einer angebrachten gesundheitlichen Behandlung. Es ist also durchaus möglich, dass eine betroffene Person gar nicht über die festgestellte Krankheit informiert wird. Das kann nicht sein!

Haben Sie schon mal versucht bei einzelnen Betroffenen dafür zu sorgen, dass sie über die Befunde unterrichtet werden?

Ja. In zahlreichen Fällen habe ich versucht mit der ökumenischen Beratungsstelle und über eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher den Kontakt zu der betroffenen Person herzustellen und einen Termin auszumachen, um ihr zunächst einmal mitzuteilen, welche Erkrankung vorliegt und was das bedeutet. Es ist vorgekommen, dass ich bei einem solchen Termin erfahren habe, dass die Person die Information bereits hatte. Bei anderen wieder nicht. Das ist also reine Glückssache. Man kann sich da nie sicher sein. Das muss sich ändern!

Es ist sehr wichtig der betroffenen Person die ärztlichen Befunde mitzugeben, so dass sie auch an dem Transferort vorliegen. Nur so wäre sichergestellt, eine möglicherweise wichtige weitere ärztliche Behandlung zu gewährleisten. Oft handelt es sich beispielsweise um eine chronische Hepatitis,

bei der es wichtig ist den Krankheitsverlauf zu kontrollieren.

Inwiefern halten Sie die psychologische Beratung der Asylsuchenden, die in der Erstaufnahmestelle ankommen, für angemessen?

Es findet keine statt! Die ökumenische Flüchtlingsberatungsstelle, welche sich auf dem Gelände der Erstaufnahmestelle befindet, hat zwar ausgebildetes Fachpersonal, die wenigstens einigen wenigen etwas helfen können. Die Information dieses Angebots wird den Asylsuchenden jedoch nicht ausreichend mitgeteilt. Jede und jeder neu Angekommene sollte ganz automatisch eine persönliche psychologische Erstbetreuung bekommen oder zumindest die Möglichkeit dazu haben. Die ökumenische Beratungsstelle bemüht sich



Dr. Barbara Detering-Hübner, © Patrick Zimmer

zwar darum. Wie viele Menschen das Angebot jedoch tatsächlich wahrnehmen ist schwer nachzuprüfen. Mein Eindruck ist, dass sicherlich nicht alle die dort untergebracht sind wissen was diese Beratungsstelle macht. Dazu gehört neben der Beratung zur posttraumatischen Belastungsstörung auch eine Hilfe bei der Verfahrensberatung, also zur Stellung des Asylantrags.

Wie steht es um die generelle ärztliche Versorgung der Asylsuchenden in Trier? Welche Erfahrungen haben Sie da gemacht?

1) Nach meist drei Monaten werden die Asylsuchenden der Erstaufnahmestelle Trier an die verschiedenen Kommunen in Rheinland-Pfalz verteilt. Dabei haben die Menschen keinerlei Mitspracherecht wohin sie transferiert werden.

Das Angebot der ärztlichen Versorgung ist bei Weitem nicht ausreichend! Es gibt in der Erstaufnahmestelle nur wenige Ärztinnen und Ärzte, die jeweils nur für wenige Stunden pro Woche anwesend sind. Das ist nicht ausreichend! Dadurch wird die ärztliche Verantwortung auf die dort arbeitenden Arzthelferinnen und -helfer übertragen. Das ist nicht zulässig. Eine ärztliche Begutachtung und adäquate Entscheidung zur notwendigen weiteren Gesundheitsbehandlung findet zurzeit nicht statt. Die Krankenstation in der Erstaufnahmestelle besitzt zu geringe Kapazitäten. So ist beispielsweise noch nicht mal sicher, ob genügend Zeit da ist, die Befunde zu kopieren und der betroffenen Person mitzugeben. Ob dies geschieht ist für mich auch nicht einsehbar. In einigen Fällen kommt das schon mal vor, es ist dazu aber keine Regelung vorgesehen. Auch wenn ich darum bitte, bleibt es für mich meistens im Dunkeln, ob die Befunde mitgegeben wurden. Wenn dies geschieht findet allerdings keine Erklärung in der Sprache der betroffenen Person statt. Es reicht ja auch nicht den Leuten einfach ohne Erklärung ein Stück Papier in die Hand zu drücken.

Außerhalb der Sprechstunden der Krankenstation in der Erstaufnahmestelle dürfen die Asylsuchenden nicht einmal selber entscheiden ob und wann sie zum Arzt gehen wollen. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Begriff der mich psychisch fertig gemacht hat! Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass es tatsächlich so praktiziert und sich sooft darauf bezogen wird. Da kommt ein Stein zum anderen, der mich wirklich runtergezogen hat. Immer wieder neu zu erleben, wie ungerecht und ungleich die Menschen in Deutschland behandelt werden. Einige „Wunder“, wo doch individuell geholfen wurde, haben mir Kraft gegeben, daran habe ich mich dann herausziehen können.

Können Sie dazu ein Beispiel nennen?

Ja, gerne. Und dabei zeigt sich, dass es ganz einfach möglich wäre auf individuelle Besonderheiten in der gesundheitlichen Versorgung zu achten. Wenn es gewollt wäre, ließe sich das ohne Probleme organisieren. Die Behörden tun immer so als ob es schicksalhaft wäre. Ist es aber nicht.

In einem Fall konnte ich einer Familie helfen, die von der Erstaufnahmestelle in ein weit von Trier entferntes Dorf transferiert wurde. In der Krankenstation war bekannt, dass ein Familienmitglied eine regelmäßige ärztliche Behandlung in Trier benötigt. Diese Information wurde aber nicht weitergegeben, was zur Folge hatte, dass die Familie in das abgelegene Dorf ziehen musste. Sie haben

dann mehrmals pro Woche einen aufwendig weiten Weg nach Trier bestreiten müssen. Da habe ich bei der zuständigen Behörde angerufen und den Fall geschildert. Der Familie wurde daraufhin erlaubt in die Nähe von Trier zu ziehen. Ich habe dann noch bei der Wohnungssuche geholfen, was auch kein großes Problem darstellte.

Was muss sich ändern, um eine angebrachte individuelle ärztliche Versorgung zu gewährleisten?

Solange die Gesetzgebung den Asylsuchenden untersagt, nach freier Entscheidung einen Arzt aufzusuchen oder ins Krankenhaus gehen zu dürfen, müsste vor Ort in der Erstaufnahmestelle immer eine Möglichkeit bestehen, zu klären ob der Mensch eine dringende ärztliche Behandlung benötigt oder nicht. Das wäre das Mindeste! Wenn eine Krankenschwester so etwas entscheiden muss, ist das schon nicht in Ordnung. Noch weniger verständlich ist es, wenn die Entscheidung von dem dortigen Sicherheitspersonal getroffen wird. Das geht nicht.

Außerdem wäre eine Erstuntersuchung für jede neu angekommene Person notwendig, die darauf aus ist, der Person individuell zu helfen. Das wäre für mich echtes ärztliches Handeln und eine Gleichbehandlung von Menschen. Zum Glück sind die allermeisten körperlich gesund. Eine psychologische Beratung ist aber oft notwendig. Die Notwendigkeit dazu könnte bei einer ausschließlich körperlichen Untersuchung übersehen werden. Für mich als Ärztin ist es wichtig, dass die medizinische Versorgung sichergestellt wird. Eben das würde eine körperliche und psychische Erstuntersuchung und wenn notwendig individuelle Weiterbehandlung bieten. Wenn also etwas festgestellt wird, bei akuten Erkrankungen, sollten diese umgehend hier vor Ort in Trier behandelt werden. Bei einer chronischen Erkrankung sollte die Person zumindest darüber informiert werden und die Befunde mit einer Erklärung in ihrer Muttersprache überreicht bekommen. Eine solche Vorgehensweise könnte sogar dabei helfen Kosten zu sparen. Jetzt laufen Dinge oft sogar doppelt ab. So müssten die Befunde, wenn sie den Personen mitgegeben würden, am Transferort nicht erneut erhoben werden. Bereits vorhandene Informationen weiter zu geben und zu benutzen, führt bekanntlicherweise zu einem Synergieeffekt und spart somit Kosten.

Wenn die zur Verfügung stehenden Mittel richtig verwendet würden, würde sich schon vieles verbessern. Es ist aber auch wichtig die Kapazitäten der Krankenstation auszuweiten. Die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte sowie Dolmetscherinnen

und Dolmetscher muss erhöht werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist vor kurzem eingeleitet worden. Ein Trier Krankenhaus wurde beauftragt, sich um die medizinische Versorgung in der Erstaufnahmeeinrichtung zu kümmern. Das gibt mir Hoffnung.

Warum werden diese Maßnahmen nur so zögerlich ergriffen? Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Ich denke es ist leider nicht gewollt. Dazu müssen sich die Gesetze ändern. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft oder abgeändert werden. Die Politik steht hier in der Verantwortung.

Ich befürchte, es herrscht die Annahme vor, dass jeder Euro für diese Menschen ein Euro zu viel sei. Ein Euro der der deutschen Bevölkerung verloren ginge. Das habe ich in diesem Wortlaut leider schon von einem Kollegen gehört. Das ist ganz schlimm, vor allem von Ärztinnen und Ärzten. Das geht meiner Meinung nach gegen jegliches ärztliches Gewissen, so über Menschen zu reden. Ich darf keinen Unterschied zwischen Deutschen und Asylsuchenden machen. Wie primitiv wir Menschen doch leider sind zeigt sich darin, dass diese Denkart allzu oft vorkommt, eben auch von Ärztinnen und Ärzten und auch in der Politik. Ich frage mich was wir nur machen können damit solche Menschen nicht weiter Macht ausüben?

Haben Sie vielen Dank für das Interview!

“NO ENGLISH, NO DOCTOR!” - MEDIZINISCHE VERSORGUNG DER ASYLSUCHENDEN IN TRIER



von
Patrick
Zimmer

In jedem Bundesland gibt es mindestens eine Erstaufnahmestelle für Asylsuchende. Dabei handelt es sich um große Massenunterkünfte, in denen die in

Deutschland Schutz suchenden Menschen die ersten Monate vor und auch nach dem Stellen des Asylantrages leben müssen.

Der vorliegende Artikel thematisiert die Bedingungen der medizinischen Versorgung in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA), der Erstaufnahmestelle für Rheinland-Pfalz in Trier.

Ende Mai diesen Jahres ging eine Kurzmeldung durch die regionalen Medien, wonach sich die medizinische Versorgung der Asylsuchenden in der AfA Trier deutlich verbessert habe. Grund dafür sei die erfolgreiche Umsetzung des MEDEUS (MEDizinische ErstUnterSuchung) Programms der EU. Das grüne Integrationsministerium lobt sich selbst damit, diese Richtlinie der EU in Rheinland-Pfalz bereits frühzeitig umgesetzt zu haben. Es geht dabei vor allem darum, Menschen mit einer „besonderen medizinischen Schutzbedürftigkeit“ ausfindig zu machen. Unter diese Schutzbedürftigkeit fallen beispielsweise Menschen mit Vorerkrankungen, Allergien, Traumata oder etwaigen Behinderungen. Um die Schutzbe-

Massenunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier Nord, © Patrick Zimmer

dürftigkeit zu erkennen, hätten nun alle in Trier ankommenden Asylsuchenden die Möglichkeit an einer Erstuntersuchung teilzunehmen, bei der eine Krankenakte für sie angelegt würde. Zudem bestünde die Möglichkeit, sich impfen zu lassen.

Die frühzeitige Umsetzung des MEDEUS Programms durch das rheinland-pfälzische Integrationsministerium ist sicherlich ein gut gemeinter Schritt. Doch es stellt sich die Frage, inwiefern von einer Verbesserung der medizinischen Versorgung die Rede sein kann. Nach wie vor besteht kein Automatismus, alle ankommenden Asylsuchenden auf physische und psychische Erkrankungen zu untersuchen. Die Erstuntersuchungen explizit auf ansteckende Krankheiten durch das Gesundheitsamt Trier bleibt bestehen. Die umfassendere Untersuchung mit einer Dokumentierung des individuellen Gesundheitszustandes und Anlegung einer Krankenakte nach dem MEDEUS Programm stellt lediglich, wie vom Ministerium zugegen wird, ein „Angebot“ oder eine „Möglichkeit“ der Teilnahme dar, und „man hoffe auf eine selbstverständliche Teilnahme“ jede*r Bewohner*in bis Ende des Jahres.

Zuständig für die medizinische Versorgung der

Asylsuchenden in Trier ist die Krankenstation auf dem Gelände der AfA. Sie ist täglich mit einigen Arzthelfer*innen und Krankenschwestern besetzt. Zur Gewährleistung des MEDEUS Angebots sind zusätzlich zwei Krankenschwestern angestellt worden, deren Aufgabe im Anlegen der Krankenakten besteht. An drei Tagen in der Woche wird in der Krankenstation eine zweistündige Sprechstunde durch Ärzt*innen angeboten. Dabei wechseln sich praktizierende Ärzt*innen ab, die neben ihrer eigenen Praxis ihre Sprechstunde für die Bewohner*innen der AfA anbieten. Demnach wird eine ärztliche Behandlung momentan zu insgesamt sechs Stunden in der Woche gewährleistet. Reichen soll dieses hausärztliche Angebot für zur Zeit 850 Asylsuchende in der AfA sowie 150 in der Außenstelle Luxemburger Straße, am anderen Ende der Stadt. Letzteren soll dazu ein Fahrdienst mit Bussen zur Verfügung stehen.

Nach Aussagen eines Mitarbeiters der ökumenischen Flüchtlingsberatungsstelle der Einrichtung habe sich die Gesundheitsversorgung seit Anfang des Jahres, also seit der Umsetzung des Programmes, in Wirklichkeit verschlechtert. Die Besetzung mit Ärzt*innen in der Krankenstation wurde Anfang des Jahres von vier auf sechs Stunden wöchentlich erhöht. In Relation zur steigenden Zahl der Bewohner*innen sei das rein quantitativ gesehen eine Verschlechterung.

Jana Sauer vom Multikulturellen Zentrum Trier besucht mit einigen anderen Menschenrechtsaktivist*innen regelmäßig die AfA. Bei einem der letzten Besuche berichteten ihr mehrere Bewohner*innen, dass sie bei gesundheitlichen Beschwerden die Krankenstation gar nicht mehr aufsuchen würden: „No English, no doctor“, lautete es von vielen Seiten. Die Kapazität an Dolmetscher*innen sei bei weitem nicht ausreichend. Für die Übersetzung ins Arabische stünde lediglich eine Person für eine Stunde in der Woche bereit, was ein Aushang im Café der Einrichtung bestätigt. Wer die Krankenstation aufsuchen möchte, müsse sich sehr oft selber um eine Person zum Übersetzten kümmern. „Das ist höchst problematisch und läuft auch entgegen der ärztlichen Discretion“, so Sauer.

Wäre es überhaupt möglich, bei gleichbleibenden Kapazitäten der Krankenstation, alle Bewohner*innen ordentlich zu untersuchen und bei Notwendigkeit eine Krankenakte anzulegen sowie die Befunde zu übersetzen? Dieses Angebot kann gar nicht von allen angenommen werden und das scheint, wie Sauer vom Multikulturellen Zentrum berichtet, systematisch und in allen Bereichen abzulaufen: „Wir stellen immer wieder fest, dass die

Asylsuchenden nicht ausreichend über ihre Rechte informiert werden, ob bei der Rücksichtnahme auf religiöse Besonderheiten in der Essensausgabe oder dem Angebot des Deutschunterrichts“.

Problematisch sei auch die oftmals herrschende Angst vor dem in der AfA angestellten Sicherheitspersonal: „Einige Sicherheitsangestellte schreien die Leute an, weigern sich mit ihnen Englisch zu sprechen und behandeln sie von oben herab.“ Das bekommen Sauer und ihre Mitaktivist*innen immer wieder gesagt und sie haben es auch schon selber miterlebt. Der rund um die Uhr anwesende Sicherheitsdienst wird von einem privaten Unternehmen gestellt. Eine spezielle Qualifikation zur Arbeit mit Menschen wird nicht vorausgesetzt, Englischkenntnisse offiziell schon.

Um bei der Gesundheitsversorgung zu bleiben, auch in diesem Bereich spielen die Angestellten des Sicherheitsdienstes eine zentrale Rolle. Denn Asylsuchende dürfen nicht selber entscheiden ob, wo und wann sie in ärztliche Behandlung oder ins Krankenhaus gehen wollen. Wenn die Krankenstation geschlossen ist, entscheidet das Sicherheitspersonal über die Notwendigkeit einer Notfallversorgung. Von der Verwaltung der AfA heißt es dazu, dass zum Wohle der Asylsuchenden im Zweifelsfall immer eine ärztliche Betreuung organisiert würde.

Im Wohlfahrtsstaat Deutschland gelten für Asylsuchende spezielle Gesetze. Ihre Sozialleistungen sind im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschrieben. Die Gesundheitsversorgung ist darin auf die „Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände“ begrenzt. Das schließt eine individuelle und nachhaltige Gesundheitsversorgung aus. Dazu passt auch, wie Sauer von ihrem letzten Besuch in der AfA weiter berichtet, dass „die Bewohner*innen, die es geschafft haben in der Krankenstation behandelt zu werden, meist nur Schmerztabletten bekommen haben und keinen Termin zur Weiterbehandlung“.

Diese Sondergesetzgebung stammt aus dem Jahr 1993 und ist ein wesentlicher Teil der seitdem immer restriktiver werdenden Asylpolitik. Die gesetzliche Herabstufung von dieser Gruppe von Menschen muss als ein strukturelles Problem angesehen werden, in dem sich der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit der Mitte der deutschen Gesellschaft widerspiegelt. Das ist auch im Denken und Handeln eines großen Teils der politischen Machthaber*innen verankert. Auf die Einzelne und den Einzelnen kommt es nicht an, da sie hier sowieso nicht erwünscht sind. Warum dann Geld für diese Menschen ausgeben, wo sie doch



Gebäude der Erstaufnahmeeinrichtung im Sommer
© Fabian Boist

sowieso nicht hierher gehören und schnellstmöglich wieder gehen sollen? Diese Denkweise und die explizite Sondergesetzgebung haben zur Folge, dass noch nicht einmal genügend Geld dafür eingesetzt wird, zumindest einen Minimalstandard der gesundheitlichen Versorgung sicherzustellen.

Bei den bestehenden Missständen zur Gesundheitsversorgung in der AfA Trier ist es aufgrund der viel zu geringen Kapazitäten an Ärzt*innen und Dolmetscher*innen sogar fraglich, ob die im Asylbewerberleistungsgesetz ohnehin schon minimalistisch formulierte „Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände“ gewährleistet werden kann.

Das rheinland-pfälzische Integrationsministerium kann die medizinische Versorgung unter diesen politischen Gegebenheiten nicht wirklich verbessern. Die Bundesgesetzgebung und ihre daraus resultierenden geringen finanziellen Mittel machen das unmöglich.

Wenn das Integrationsministerium von einer deutlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung spricht, hat das sehr problematische Folgen. Nach den herrschenden Regeln des Politgeschäftes ist es, ohne eine Wertung darüber abzugeben, nachzuvollziehen, dass die Arbeit des eigenen Ministeriums und der eigenen Partei positiv dargestellt wird. Doch dadurch werden der Öffentlichkeit jegliche Aspekte einer bestehenden grundlegenden Problematik verschwiegen. Die gesellschaftliche und rechtliche Herabsetzung von Asylsuchenden in Deutschland wird durch eine solche öffentliche Darstellung manifestiert.

RATIO REGULATIO



Es soll dabei bleiben, dass die auf Märkte zugeschnittene Gesetzeslage eine Warensendung aus Übersee besser schützt, als ein Flüchtlingsboot.“ (Bild von Matthias Stifßen; <http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pozzallo Schiffsfriedhof.jpg>)

Migration braucht Regulation. Darin scheint weithin Einigkeit zu herrschen. Folge davon ist ein systematisch hochgerüstetes Migrationsregime mit einer eigenen inneren Logik.

von
Daniel Josten

Mit institutionellem Rassismus haben wir es zu tun, wenn eine bestimmende Gruppe mittels gesellschaftlich organisierter Einrichtungen bestimmte Bevölkerungsteile benachteiligt: „Die Regulierung und juristische Kodifizierung der Migration durch den Staat bezeichnet man als institutionellen Rassismus.“ (Christoph Butterwegge)¹ Vorhandene oder vermeintliche Unterschiede werden durch eine mächtige Gruppe zur Rechtfertigung herangezogen, damit Gleichberechtigung in relevanten Bereichen verwehrt werden kann. Regierungen der BRD nutzen ihren politischen Einfluss in Europa traditionell dazu, Immigration möglichst zu begrenzen². Dabei wird zum einen auf EU-Ebene strikte Kontrolle der Migration an-

gestrebt und zum anderen wiederholt Stimmung gegen Minderheiten gemacht.

So wurde zum Beispiel die Öffnung des Arbeitsmarktes für Staatsangehörige der EU-Mitglieder Bulgariens und Rumäniens taktisch verzögert: „Wir haben die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit auf das Maximum hinausgeschoben, nämlich sieben Jahre, und die laufen Ende dieses Jahres aus“, so Hans-Peter Uhl (CSU) im März 2013³. Seit Beginn des Jahres 2014 wird das sogenannte Freizügigkeitsprinzip also ebenfalls auf diese beiden Länder angewendet. Zur Einstimmung darauf wurde hierzulande eine ablehnende Haltung gegenüber Einwanderung aus Südosteuropa geschürt. Die besonders von Konservativen forcierte Debatte lässt deutlich antiziganistische Züge erkennen.⁴ Und die Verzögerungstaktik geht weiter: Anfang Dezember 2013 verhinderte die damals noch schwarz-gelbe Bundesregierung den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Bereich erneut, nachdem sie bereits im März paternalis-

1) Der Funktionswandel des Rassismus und die Erfolge des Rechtsextremismus, in: ders./Jäger (Hg.): Rassismus in Europa, Köln 1993, S. 192; vgl. auch S./M. Jäger: Das Dispositiv des Institutionellen Rassismus, in: Demirović/Bojadžijev (Hg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002, S. 212-224

2) vgl. M. Holzberger: Die Harmonisierung der europäischen Flüchtlingspolitik, in: Butterwegge/Hentges: Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung, Opladen 2003, S 111-121; D. Josten: 50 Jahre „Ausländerpolitik“. Die Migrationspolitik der BRD im Spiegel des „Archivs der Gegenwart: Deutschland 1949 bis 1999 (AdG)“, München 2011

3) zit. n. J. Schulte-Loh: Interview mit Hans-Peter Uhl, WDR 5 Morgenecho, 07.03.2013. unter: www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/schengen122.html

4) vgl. A. Krüger: Das Wir entscheidet, in: Wochenzeitung Jungle World, 16. 1. 1014

tisch argumentiert hatte, für offene Grenzen seien diese Länder noch zu unreif.⁵

Dabei geht es stets auch darum, für wie wirtschaftlich nützlich Einwanderung gehalten wird. Uhl will vermeiden, dass „noch mehr Menschen kommen, die arm sind, unqualifiziert, und in Deutschland keine Arbeit finden.“⁶ Von Anfang an wird ein Bild unterschiedlicher Zuwanderungsgruppen gezeichnet. Relevant wird dies später im Einwanderungsland bei der Zuweisung gesellschaftlicher Plätze. Wo diese gesehen werden, scheint Anfang 2014 bei Elmar Brok (CDU) auf: „Zuwanderer, die nur wegen Hartz IV, Kindergeld und Krankenversicherung ... kommen, müssen schnell zurück ... Um Mehrfacheinreisen zu verhindern, sollte man darüber nachdenken, Fingerabdrücke zu nehmen.“ Migrationskontrolle um die Unerwünschten, die Armen, denen gerne pauschal Sozialmissbrauch unterstellt wird, draußen zu halten. Brok: „Die EU-Freizügigkeits-Richtlinie schließt Sozialleistungs-Tourismus ausdrücklich aus.“⁷ Zusammen mit den Niederlanden und Großbritannien forciert die BRD ohnehin Pläne, künftig bei Einreisen in die EU obligatorisch Fingerabdrücke zu nehmen und vorsorglich zu speichern. Deutlich auch hier, wer erwünscht ist: Gegen Bezahlung sollen Reisende sich freikaufen können – allerdings nur vom lästigen Finger-Scannen bei jedem einzelnen Grenzübertritt; die Fingerabdrücke bleiben dauerhaft hinterlegt.⁸

Die Mittellosen anderer Weltgegenden sollen am besten ganz aus der EU ferngehalten werden. So entschied diese im letzten Jahr, dass die beteiligten Staaten im Geltungsbereich des Schengen-Abkommens ab Herbst 2014 wieder Pässe an den Staatsgrenzen kontrollieren können, sobald sie die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge befürchten. Auf die Einführung dieser strengeren Regelung im Rahmen der EU hatte mal wieder besonders die deutsche Regierung gedrängt. Der damals als Innenminister fungierende Hans-Peter Friedrich (CSU) meinte dazu, der Beschluss lasse erkennen, „dass wir in Europa ... in der Lage sind, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.“⁹

Die Armut draußen zu halten, fordert Opfer. Nach den Katastrophen vor Lampedusa am 3. und 11. Oktober 2013, bei denen zahlreich Menschen ums Leben kamen, konnte die EU-Grenzschutzagentur Frontex nicht länger leugnen, begangen zu haben, was ihr seit langem vorgeworfen wurde: die Missachtung des Prinzips der Genfer Flüchtlingskonvention, Flüchtlinge nicht zurückzuweisen. Das Vorgehen, Flüchtlinge auf hoher See abzufangen und ohne Asylverfahren zur Rückkehr zu zwingen, hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon 2012 geächtet.¹⁰ Ungeachtet dessen verkündete die EU-Kommission Anfang November 2013, die Praxis nachträglich legalisieren zu wollen.¹¹ Es soll dabei bleiben, dass die auf Märkte zugeschnittene Gesetzeslage eine Warensendung aus Übersee besser schützt, als ein Flüchtlingsboot.



Die Migrationspolitik der BRD ist klassischerweise nach der Vorstellung einer idealisierten Wunschbevölkerung ausgerichtet.“ (Bild aus <http://heimatkunde.boell.de/2007/11/18/ambivalente-integration>)

Besonders wenn es um Ressourcenverteilung geht, können Diskurse, mit Hilfe überholter Mythen

5) vgl. Josten: Und dennoch reisen sie, in: Ossietzky - Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, 3. 8. 2013; Zeit online: Deutschland blockiert Schengen-Beitritt von Bulgarien und Rumänien, 5. 12. 2013, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2013-12/schengen-raum-bulgarien-rumaenien-veto-friedrich

6) zit. n. Schulte-Loh a. a. O.

7) zit. n. D. Hoeren: CDU-Politiker Elmar Brok fordert Fingerabdrücke für Sozial-Betrüger aus Osteuropa, 3. 1. 2014, unter: www.bild.de/politik/inland/hartz-4/cdu-politiker-elmar-brok-fordert-fingerabdrucke-fuer-sozialbetrueger-aus-osteuropa-34055432.bild.html

8) vgl. M. Monroy: Abwehr und Kontrolle. Ein Überblick über das „erkenntnisgestützte“ Migrationsregime der Europäischen Union, in: Konkret, Ausgabe 11/2013

9) zit. n. Spiegel online: Schengen-Reform: EU-Länder dürfen Grenzen wieder dicht machen, 30. 5. 2013, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/schengen-reform-eu-laender-duerfen-grenzen-zwei-jahre-lang-dicht-machen-a-902890.html

10) vgl. G. Speckmann: Frontex gibt Menschenrechtsverletzungen zu, in: ND, 18. 10. 2013

11) vgl. C. Jakob: Neue Rechte für Frontex. Kehrt um, zurück nach Afrika, 3. 11. 2013, unter: www.taz.de/Neue-Rechte-fuer-Frontex/1126766/

rassistisch aufgeladen und dazu genutzt werden, die ach so gefürchtete Konkurrenz abzuhalten. Menschen werden, bereits bevor sie migrieren, zu einer Minderheit erklärt, kulturalisiert sowie klientelisiert und stigmatisiert. So auch 2010, als Horst Seehofer (CSU) hinsichtlich der im Jahr darauf anstehenden Ausweitung der Freizügigkeit für EU-BürgerInnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn vorsorglich wissen ließ, „dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.“ Zu diesem Schluss gelange er angesichts der „Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern“,¹² bei denen er Integrationsdefizite zu erkennen glaubte. Die Überbetonung des Kulturellen entspringt dabei politischer Berechnung. Kulturen werden immer wieder in Szene gesetzt, um bestimmte gesellschaftliche Ziele zu erreichen.¹³ Ideengebäude, die sich besonders auf kulturelle Konstrukte stützen und so die Praxis der Ausgrenzung ideologisch untermauern sollen, wurden in den 1990ern unter dem Begriff Neorassismus zusammengefasst.¹⁴

Die Migrationspolitik der BRD ist klassischerweise nach der Vorstellung einer idealisierten Wunschbevölkerung ausgerichtet. Markus Ottersbach hat bereits 1997 auf „die Minoritätenbildung durch Geburten-, Gesundheits- und Migrationspolitik“ hingewiesen und die Ausrichtung dieser Politikbereiche aufgezeigt: „Der – ... bezüglich der Art und des Ausmaßes zeitlich differenzierende – Grundtenor der bevölkerungspolitischen Maßnahmen ist die Eugenik.“¹⁵ Sie bewegt sich zwischen den Koordinaten Ausweisung, Beseitigung und Zwangseinweisung stigmatisierter Menschen einerseits und andererseits der Bevorzugung jener, die augenscheinlich den nationalen Wunschvorstellungen einer konventionell und kerngesund wirkenden Einwohnerschaft entsprechen. Beispiel für eine solche Politik ist die Anordnung aus dem Innenministerium, welche die Fernsehserie „Monitor“ Anfang Dezember 2013 ans Licht brachte: Sie legt fest, dass unter den paar Flüchtlingen aus Syrien, die die BRD zulassen will – und die ohnehin eine hürdenreiche Prozedur zu absolvieren haben –, lediglich drei Prozent schwer Erkrankte sein dürfen; wörtlich ist von einer „Obergrenze für schwerstkranke Personen“¹⁶

die Rede. Darauf angesprochen, leugnete der als Minister Zuständige schlichtweg und behauptete das Gegenteil.



Die Grenzen kann man sowieso nicht schließen.

Dieser Aufsatz basiert auf der BA-Abschlussarbeit des Autors, die am 16.11.2011 unter dem Titel „Migration und Menschenrechte im europäischen Kontext - Ein poststrukturalistischer Blick auf die Widersprüchlichkeit der Menschenrechtspolitik an den EU-Außengrenzen“ beim Institut für Politikwissenschaft der Universalität Hamburg eingereicht wurde.

Vom Autor ist 2012 das Buch „Die Grenzen kann man sowieso nicht schließen. Migrantische Selbstorganisation – zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Ausschluss und Partizipation“, im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen.

12) zit. n. FAZ: Seehofer befürwortet Einwanderungsstopp für „fremde Kulturkreise“, 9. 10. 2010, www.faz.net/aktuell/politik/inland/migrationsdebatte-seehofer-befuerwortet-einwanderungsstopp-fuer-fremde-kulturkreise-1622153.html

13) vgl. W.-D. Bukow: Plädoyer für eine Neubestimmung von kulturellen Diskursen innerhalb der postmodernen Entwicklung, in: Neubert/Roth/Yildiz (Hg.): Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept, Opladen 2002, S. 121-144

14) vgl. S. Castles: Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats, in: Bielefeld (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg 1992, S. 129-156

15) Gesellschaftliche Konstruktion von Minderheiten. Bevölkerungswissenschaftlicher Diskurs und politische Instrumentalisierung, Opladen 1997, S. 181

16) zit. n. WDR: Leere Versprechen: Warum syrische Flüchtlinge nur schwer nach Deutschland kommen, Sendung „Monitor“, 5. 12. 2013, unter: www.wdr.de/tv/monitor//sendungen/2013/1205/pdf/syrien.pdf

ABSCHIEBUNG EINES AFGHANISCHEN REFUGEEES NACH UNGARN



von
den Teachers
on the Road
Mainz

Ende April diesen Jahres haben die rheinland-pfälzischen Behörden einen afghanischen Flüchtling nach Ungarn abgeschoben. Schicksal und Flucht des jungen Mannes aus Kabul werfen ein Schlaglicht auf die Lage von Menschen, die ihre Heimat aus persönlicher Not verlassen müssen und in der Bundesrepublik Zuflucht suchen.

Herr P.(Name geändert) floh 2010 mit seinen Eltern und Geschwistern in den Iran. Die Familie war zwischen die Frontlinien rivalisierender bewaffneter Gruppierungen geraten und musste um ihr Leben fürchten. Lediglich zwei Schwestern von Herrn P., die in andere Familien eingeheiratet hatten, konnten in Kabul bleiben. Zwei weitere Schwestern fanden in Teheran eine neue Heimat. Die übrige Familie reiste 2012 weiter in die Türkei mit der anfänglichen Absicht, sich dort niederzulassen. Da sie als Flüchtlinge jedoch zahlreichen Restriktionen unterlagen und in der Türkei für sich keine Zukunft sahen, übersiedelten Herr P., seine Eltern und sein jüngerer Bruder Anfang 2013 nach Griechenland. Dort wurde ihnen jedoch die Anerkennung als Flüchtlinge verweigert und man forderte sie auf, das Land binnen sieben Tagen zu verlassen. In dieser Zwangslage entschied sich die Familie gegen die Abreise und

Stop Deportation. Bild von Andrea Linss.

für den riskanten Weg in die Illegalität in Griechenland. Einige Wochen später wurde P. von Rechtsradikalen entführt und in einem Versteck gefangen gehalten. Man demütigte ihn vielfach und zwang ihn, niedere Arbeiten zu verrichten. Die fehlende Aufenthaltserlaubnis machte es ihm und seiner Familie unmöglich, die Behörden um Hilfe zu ersuchen. Erst nach zirka zwei Monaten gelang es P. aus seinem Gefängnis zu entkommen. Diese traumatische Erfahrung und allgegenwärtige rassistische Anfeindungen brachten die Familie dazu mit dem Flugzeug von Griechenland nach Deutschland zu fliehen und dort Asyl zu beantragen. P. fand nach seiner Flucht heraus, dass seine Familie bereits in Deutschland war. Seine Reise führte über Mazedonien und Rumänien nach Ungarn. P. gelang erst Ende 2013 die Weiterreise in die Bundesrepublik. Er stellte ebenfalls einen Asylantrag und wurde in Flüchtlingsheimen in Trier, Ingelheim und Mainz untergebracht. Den Behörden gegenüber berichtete er wahrheitsgemäß über die Details seiner Flucht. Die Folge war, dass sein Antrag ungeachtet der Plausibilität seiner Fluchtgründe abgelehnt wurde. P. sollte gemäß der Drittstaatenregelung nach Ungarn abgeschoben werden. Dort war er, anders als seine übrige Familie, erkenntnisdienlich erfasst worden. Die

Abschiebung nach Ungarn wurde bestätigt und erfolgte in einer Nacht Ende April 2014. Sie bedeutete zugleich die Trennung von den gesundheitlich mittlerweile stark angeschlagenen Eltern und dem Bruder, die sich gegenwärtig noch in Deutschland aufhalten dürfen. P. wurde in einem Flüchtlingsheim in Debrecen, nahe der rumänischen Grenze, zusammen mit 400 anderen Flüchtlingen untergebracht. Die dortigen Lebensumstände beschreibt er als bedrückend. Bis zu 50 Personen teilen sich einen Waschraum. Die Verpflegung erfolgt durch das Heim und ist häufig ungenießbar. Die hygienischen Verhältnisse sind unwürdig. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Heimleitung und den Bewohner*innen findet nicht statt.

Von der Sorge um seine kranken Eltern, den Strapazen der Flucht, der Zersplitterung seiner Familie und der ungewissen Zukunft gezeichnet, empfindet P. seine Lage in Ungarn als verzwei-

felt. Zwar läuft für ihn nun ein Asylverfahren in Ungarn, doch hat P. in den vergangenen Wochen bereits miterlebt, wie zahlreiche seiner Landsleute aus dem Heim in Debrecen endgültig nach Afghanistan abgeschoben wurden. Träfe ihn selbst dieses Schicksal, wäre er erneut jener lebensbedrohlichen Situation ausgesetzt, vor der er vor fast vier Jahren geflohen ist.

Wir haben P. kennen gelernt. Er besuchte den von uns angebotenen Deutschunterricht an der Universität Mainz regelmäßig und war dabei sich in Deutschland zu integrieren. Seine Abschiebung hat uns erschüttert. Sie mag geltenden Gesetzen entsprechen, doch ist sie ein menschliches Unrecht. Die Trennung von seiner Familie ist eine nicht nachvollziehbare Grausamkeit. Wir werden P. auch weiterhin jede uns mögliche Unterstützung zu Teil werden lassen und stehen in Kontakt zu ihm.

„BREAK THE ISOLATION“

ALS PRAKTISCHER WIDERSTAND GEGEN DIE RASSISTISCHE AUSGRENZUNGSPOLITIK



Berichte von Asylunterkünften in Rheinland-Pfalz

von
Björn Brisch

Im Laufe des letzten Jahres begann in Rheinland-Pfalz eine Isolationbreaking-Tour, in der Aktivist*innen diverser NGOs und Einzelpersonen zahlreiche Asylunterkünfte in Rheinland-Pfalz besuchten, um sich über die Situation von Refugees¹ in den Kommunen zu informieren und die Bewohner*innen kennenzulernen. Dabei stand der Gedanke, den Aufbau örtlicher Unterstützer*innenstrukturen für die Refugees anzustoßen, im Vordergrund. Was uns auf unserer Tour begegnete, war erschreckend. Es war aber auch interessant, so viele unterschiedliche Menschen kennenzulernen. Die Refugees wurden über ihre Rechte informiert. Mancherorts klagten sie diese erfolgreich ein und konnten eine spürbare Verbesserung ihrer Lage erreichen. Im Laufe des letzten Jahres wurden mehr und mehr Menschen für die Asylthematik sensibilisiert, woraus auch konkrete Hilfsstrukturen, etwa ehrenamtlich organisierte Deutschkurse, entstanden. Es ist schwierig, Informationen über Asylunterkünfte zu bekommen, denn selbst die rheinland-pfälzische Landesregierung verfügt kaum über Informationen zu den Unterkünften und wenn,

Durch eine kraftvolle Demonstration mit ca. 250 Teilnehmenden von der Erstaufnahmestelle in Trier über die Porta Nigra durch die Innenstadt konnte im Juni 2013 auf die Misstände der Situation von Asylsuchenden aufmerksam gemacht werden.

werden diese nicht ohne weiteres an NGOs und Refugee-Supporter*innen weitergegeben. Der folgende Text soll einige Unterkünfte detailliert darstellen und die Lage vor Ort beschreiben.

Das Asylsystem ist, wie in ganz Europa, so auch in Deutschland, restriktiv. Die ablehnende Asylpolitik spiegelt sich in den Umständen wider, unter denen Refugees in Deutschland leben müssen. Durch die ständige Unsicherheit über den weiteren Verlauf oder Ausgang des Asylverfahrens, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit, das unzureichende Angebot an Deutschkursen, Arbeitsverbote, das Leben in großen Massenlagern und die Isolation in weit abgelegenen Ortschaften, werden sie an ihre Grenzen getrieben, bevor ihnen in den meisten Fällen die Abschiebung droht. Nicht nur das, sondern auch willkürliche Schikanen durch Behörden sowie „Arbeitszwang“ sind Alltag im Leben von Refugees. Das Schweigen über die Zustände in den Lagern² muss gebrochen und die Wahrheit ans Tageslicht gebracht werden. Dies kann am besten von den Betroffenen selbst ausgehen. Ein Schwerpunkt von Unterstützer*innennetzwerken sollte deshalb die Stärkung selbst

1) Es handelt sich dabei um eine Selbstbezeichnung von Flüchtlingen.



Der Eingang des Geländes der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Trier (AfA) zusammen mit Verwaltungsgebäuden ist umzäunt und am Stadtrand: Viele Refugees glauben, dass das Leben nach den Transfer besser als in der AfA wird. Das tut es aber nicht!

storganisierter Strukturen sein, die den lokalen Widerstand gegen alltägliche Schikanen und Entrechtung vorantreiben. So können Refugees die Öffentlichkeit erreichen, es können Missstände in den Lagern aufgedeckt und der gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegengewirkt werden. Wie notwendig dieser Protest ist, zeigen Abschiebungen, die tagtäglich in Deutschland durchgeführt werden. Menschenrechtswidrige Abschiebungen, die meist unbeobachtet und im Morgengrauen stattfinden.



Warten“, Acylobild von Beate Zeuner.

Eine Kritik der Zustände in Asyllager kann nur erfolgreich sein, wenn der politische Aspekt von Isolation und die gezielte (Re-)Traumatisierung von Menschen mitgedacht werden. Ansonsten sind gut gemeinte Reformen sinnlos, denn die Erfahrung zeigt: Gesetze gelten nur dort, wo die Menschen sie kennen oder sich selbst ihre Rechte und Freiheiten erkämpfen.

Es ist teilweise gelungen, gemeinsam mit engagierten Refugees, die vom Staat geschaffene Isolation vor Ort zu durchbrechen. Viele Refugees berichteten auf den drei im letzten Jahr in Mainz und Trier organisierten Konferenzen von ihrer Lebenssituation und vernetzen sich.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland kommen Refugees zunächst in eine Erstaufnahmestelle für Asylsuchende³, in Rheinland-Pfalz ist dies entweder die AfA Trier oder die Außenstelle Ingelheim.⁴

Infobox Asylbewerberleistungsgesetz (Asylb-LG):

Im AsylbLG sind die Höhe und Form der Leistungen geregelt, die Refugees gesetzlich zustehen. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht Asylbewerber*innen ein Barbetrag in Höhe von 140 € zu, zudem Sachleistungen oder Geldleistungen in Höhe von 222 €, also insgesamt 362 €. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Sachleistungsprinzips wurde vom Bundesverfassungsgericht bislang nicht erörtert, jedoch stellt sich die Frage, warum Asylsuchende nicht alles in bar bekommen, um selbständiger handeln zu können.

Dort bleiben sie bis zu drei Monate, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden.⁵ Nach dem Transfer müssen sie meist bis zum Abschluss des Asylverfahrens in dem ihnen zugewiesenen Kreis leben. Dies kann sich jahrelang hinziehen. In dieser Zeit ist ihr Leben durch die geltenden Gesetze erheblich eingeschränkt. Ihre Reisefreiheit bleibt auf Rheinland-Pfalz beschränkt (Residenzpflicht). Die auf den folgenden Seiten beschriebenen Unterkünfte sind beispielhaft für die Situation in Rheinland-Pfalz. Unsere Vermutung, dass Refugees bewusst unterfinanziert werden, bestätigte sich auf unserer Tour immer wieder.

In nahezu allen Unterkünften stießen wir auf folgende gravierende Missstände:

- In allen Sammelunterkünften und Lagern sind mehrere Menschen in viel zu kleinen Zimmern untergebracht.
- In keiner der besuchten Unterkünfte gibt es einen Internetanschluss.
- Für Neuankömmlinge gibt es meist erst nach mehreren Monaten die Möglichkeit, einen Deutschkurs zu besuchen.

2) Der Begriff des Lagers ist im politischen Diskurs umstritten. Er wird im folgenden verwendet um die Situation in den Unterkünften und der damit zusammenhängenden ausgrenzenden Flüchtlingspolitik darzustellen. Menschen werden in Asyln Unterkünften „gestapelt“. Der Begriff des Lagers sollte im speziellen Kontext spezialisierter verwendet werden. Im folgenden Text ist das Asyllager gemeint, wenn von Lager die Rede ist.

3) Auch AfA genannt, in manchen Bundesländern ZAST.

4) Ein ausführlicher Beitrag über die Zustände in der AfA Trier erscheint in der nächsten Ausgabe der Grenzwertig.

5) Der dafür gängige Begriff ist Transfer.

- In keiner der besuchten Unterkünfte gibt es Rückzugsmöglichkeiten und Privatsphäre.
- In keiner der besuchten Unterkünfte werden die Menschen über ihre Rechte informiert.

Isolationsunterkunft Steineberg und andere

Schon in der letzten Ausgabe der Grenzwertig wurde ausführlich über diese Unterkunft berichtet. Ein Refugee schilderte die Isolation vor Ort.⁶ Es gibt keine Deutschkurse, keinen vernünftigen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr, keine sozialen Treffpunkte und keine Einkaufsmöglichkeiten. Die Refugees bekommen nicht das volle Geld ausbezahlt, das Essen können sie sich nicht selbst zubereiten. Sie müssen essen, was auf den Tisch kommt. Unter diesen Umständen ist ihnen selbständiges Handeln nicht möglich. Das Grundrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren wird den Refugees in Steineberg verwehrt: Da sie keinen Kontakt zur Außenwelt, nicht genug Geld und auch keine Informationen haben, können sie z.B. keinen Anwalt, keine Beratungsstelle o.Ä. aufsuchen. Diese Isolation macht die meisten Menschen psychisch kaputt und führt dazu, dass sie nichts anderes tun können, als zuhause zu sitzen und über ihre Situation zu grübeln.

An der Situation in Steineberg hat sich seit Erscheinen der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift nichts Entscheidendes geändert und diese seit über zwanzig Jahren bestehende Isolationsunterkunft wird von Lokalpolitiker*innen mangels Alternative wohl auch nicht geschlossen werden und deshalb weiter bestehen bleiben.

Nicht nur die materiellen Verhältnisse beeinflussen dabei gravierend die Lebenssituation der Refugees, sondern auch der psychische Druck auf die Betroffenen. Es gibt kaum Begegnung mit Einheimischen. Die Refugees sitzen den ganzen Tag in ihren Zimmern und denken über ihre Fluchterlebnisse und über ihr laufendes Asylverfahren nach. Der Mangel an Freizeitangeboten und die daraus resultierende Langeweile frisst viele auf. Arbeiten gehen dürfen die Menschen nicht, da sie meist keine Arbeitserlaubnis haben und wenn, keine Möglichkeit eine Arbeit zu finden. Die Refugees gehen dabei psychisch zugrunde und werden nach der häufig traumatischen Flucht aus dem Herkunftsland erneut traumatisiert.

Einige der Refugees in Isolationsunterkünften besuchten wir, von vielen anderen wissen wir gar



Tröstlos für Refugees: Steineberg. Ein kleines Dorf in der Eifel ohne Einkaufsmöglichkeiten und so gut wie keine Möglichkeit dort wegzukommen.

nichts, gerade weil sie isoliert untergebracht sind. Die Problematik der Isolation stellt auf der politischen Ebene kein großes Thema dar. Das ist am Besuch von Integrationsministerin Irene Alt Ende April 2014 in Steineberg zu sehen. Im einem Artikel des Trierischen Volksfreunds⁷ wird vor allem von mangelnden Geld und den tollen Engagement der Zuständigen und Ehrenamtlichen berichtet. Statt dessen sollte das Problem beim Namen genannt werden und die Isolationsunterkunft Steineberg endlich geschlossen werden. Da es sich bei Rheinland-Pfalz um ein Flächenland handelt und die Refugees nach einem bestimmten Schlüssel auf die Kommunen verteilt werden, kommen viele Refugees in kleinere und abgelegene Ortschaften. Das gilt es abzuschaffen, denn die bereits oben beschriebenen Probleme haben für die Betroffenen gravierende Folgen: Refugees sollten sich selbst aussuchen können, wo sie leben wollen. Die Niederlassungsfreiheit, wie auch die Reisefreiheit, darf nicht eingeschränkt werden!

6) Germany – Save Heaven of Human Rights? 09.07.2013 (<http://www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig/?p=570>)
 7) <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/daun/aktuell/Heute-in-der-Dauner-Zeitung-Kraftakt-fuer-Kreis-und-Kommunen-Integrationsministerin-besucht-Asyl-Unterkunft-in-Steineberg;art751,3864130>.

Infobox Isolationsunterkunft:

Es sind vor allem folgende Punkte ausschlaggebend, um Einrichtungen als Isolationsunterkünfte bezeichnen zu können: Weite Entfernung zur nächsten Stadt oder zum nächsten größeren Dorf, keine Internetanbindung, oft kein Handyempfang, keine oder eine völlig unzureichende Bus- oder Bahnanbindung, kein Zugang zu Bildung, kein Deutschkurs, kein Austausch mit Einheimischen, keine kulturellen Angebote, oft kein Geschäft zum Einkaufen von Lebensnotwendigem, keine medizinische Versorgung und keine Möglichkeit auf ein rechtsstaatliches Verfahren (Kontaktpflege etwa mit Anwalt*innen o.Ä. aufgrund hoher Fahrtkosten, z.B. für ein Taxi ist nicht möglich).

Das ist vor allem in kleinen abgelegenen Dörfern der Fall.

Rassistischer Überfall - Prüm

In einigen Regionen von Rheinland-Pfalz gibt es organisierte Neonazis, in manchen Dörfern beherrschen Rassisten auch Teile des öffentlichen Raums, ohne dass sie auf großen Widerstand stoßen. Das stellt besonders für Refugees eine Bedrohung dar, denn sie sind potenzielle Ziele für Übergriffe. Wir berichteten Ende Dezember letzten Jahres über einen Überfall, der sich in der Verbandsgemeinde Prüm ereignete:

Rassisten haben in Prüm einen 31-jährigen Geflüchteten aus Somalia überfallen. Das Multikulturelle Zentrum Trier e.V. fordert seit Wochen eine angemessene Unterbringung. Ein Umzug außerhalb der Verbandsgemeinde Prüm wird bis dato jedoch nicht erlaubt.

Am Montag dem 9. Dezember besuchte der Betroffene seine hochschwangere Frau im Krankenhaus in Prüm. Auf dem Heimweg kamen ihm drei Unbekannte entgegen, die ihn zunächst rassistisch beleidigten. Der Mann, der sich bedroht fühlte, versuchte zu fliehen und stürzte dabei. Er geriet in Panik und verletzte sich an einem Stacheldrahtzaun.

Das Paar wurde von den Behörden in der Verbandsgemeinde Prüm untergebracht. Bedingt durch die schlechte öffentliche Verkehrsanbindung ist die Frau dazu gezwungen, zu ihren Arztterminen zu Fuß zu erscheinen. Ein Umzug außerhalb der Verbandsgemeinde ist beiden nicht gestattet. Eine Erweiterung der Wohnsitzberechtigung und damit bessere Unterbringung ist notwendig. Die Situation ist umso dramatischer, da die Schwangere unter einer schweren Erkrankung leidet. Unter den gegebenen Bedingun-

gen kann das Paar dort nicht weiter wohnen, da die ärztliche Versorgung von Mutter und Kind nicht zu gewährleisten ist. Zudem sieht sich die Familie der ständigen Angst vor weiteren rassistischen Übergriffen ausgesetzt.

*Jana Sauer vom Multikulturellen Zentrum Trier fordert eine gerechte Behandlung für Asylsuchende: „Die Behörden tragen die Verantwortung für die Sicherheit der Menschen. Die Unterbringung in schlecht angebundenen Ortschaften bedeutet für Asylbewerber*innen, isoliert von der Gesellschaft zu leben. Ausgrenzung und Ungleichbehandlung von Geflüchteten sind kein Einzelfall, sondern Ergebnis der menschenfeindlichen deutschen Asylpolitik und erfolgen systematisch.“ Es muss hingegen Aufgabe der verantwortlichen Behörden sein, ein sicheres Lebensumfeld für Schutzsuchende zu schaffen. Für den konkreten Fall ist daher eine Erweiterung der Berechtigung zur Wohnsitznahme auszustellen.⁸*

Die Situation änderte sich nach dem Engagement einer Gruppe von Aktivist*innen für die Betroffenen und der Berichterstattung der Lokalpresse über den Übergriff. Die Familie konnte umziehen, das Kind ist geboren und wohlauf. Trotzdem kritisiert Jana Sauer vom Multikulturellen Zentrum vor allem die mangelnde Unterstützung der Behörden vor dem Umzug der Familie: „Die Telefonate mit Behörden waren jedes mal ein einziger Kampf. Es ist schon unglaublich, welche Vorwürfe mir entgegengebracht wurden, nur weil ich der Familie helfen wollte. Ich habe mich gefragt, inwieweit Menschen in ihren Strukturen drin stecken: Die Familie war infrastrukturell schlecht angebunden und durfte nur nicht woanders hin, weil sie keine Wohnberechtigung⁹ hatte. Das ist eine einschränkende Gesetzgebung für Refugees. Behördliche Mitarbeiter*innen spielen mit, ohne selbst darüber nachzudenken, was sie ausführen und was das für die Betroffenen heißt. Durch den Kontakt zu den Refugees konnte ich aus nächster Nähe mitbekommen, was es bedeutet, wenn die Niederlassungsfreiheit beschränkt ist, nur weil sie nicht den richtigen Pass haben.“

Der Fall zeigt, was passieren kann, wenn Refugees in Regionen untergebracht werden, in denen Rassisten*innen weitestgehend ungestört agieren können. Die Betroffenen von Übergriffen haben aufgrund fehlender Rechte nicht die Möglichkeit sich dem zu entziehen und sind der Situation ohne Unterstützung von außen hilflos ausgeliefert.

8) Rassistischer Überfall in Prüm. 17.12.2013 (<http://www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig/?p=810>)

9) Die Wohnsitznahme ist den Refugees nur in dem ihnen zugewiesenen Kreis möglich.

Arbeitsunterkunft - Neustadt

Anfang Oktober 2013 kam uns der Fall eines Asylbewerbers aus einer Unterkunft in Neustadt an der Weinstraße zu Ohren, der dort mit der Begründung vor die Tür gesetzt wurde, er habe die Haushälterin sexistisch beleidigt. Er hatte keine Möglichkeit sich zu rechtfertigen. Weder das Sozialamt noch die hinzugerufene Polizei hielten es für nötig, einen Dolmetscher herbeizurufen, um dem Mann Gelegenheit zu geben, Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen. Auf diese Weise wurde er faktisch obdachlos gemacht. Er erhielt, bis auf 40.-Euro, kein Geld mehr. Glücklicherweise hatte er einige Freunde, bei denen er, immerhin tageweise, unterkommen konnte. Er wandte sich in einem offenen Brief, den eine Freundin für ihn übersetzt hatte, an die Öffentlichkeit.¹⁰



Die besuchte Unterkunft wird jetzt renoviert u.a. durch öffentlichen Druck, was dringend notwendig war.

Wir wollten uns selber ein Bild von der Unterkunft machen, um die dortigen Zustände zu betrachten. Das Bild des beschriebenen Asylbewerbers bestätigte sich. In diesem Lager leben etwa 20 Asylsuchende, die zum Teil schon seit längerer Zeit auf das Ergebnis ihres Asylverfahrens oder sogar noch auf ihr Interview warten. Ein Grund dafür ist die personelle Überforderung der Behörden. Jedoch kann es als Strategie gesehen werden, Asylsuchende damit psychisch kaputt zu machen.

Dazu kommt in Neustadt die Problematik der menschenunwürdigen Unterbringung. Zu wenig sanitäre Anlagen, keine Privatsphäre in zu kleinen Zimmern, defekte Fenster, alte stinkende Heizungen oder keine eigene Küche sind nur einige Mängel der Unterbringung. Von den Bewohner*innen wird die Einrichtung als Gefängnis wahrgenommen.

Zur Verpflegung werden Essenspakete ausgegeben, die zum Teil altes Brot enthalten oder, ausgenommenen zur Mittagszeit, immer dasselbe beinhalten.



Essenspaket in der alten Unterkunft.

Dazu kommen restriktive Regeln. Die Flüchtlinge müssen einen 1-€ Job annehmen und 20 Stunden in der Woche arbeiten. Das bedeutet für diejenigen, die nicht arbeiten und sich dem Job verweigern, die Streichung des Taschengeldes von 137€ und sogar der Sachleistungen. Diejenigen, die 20 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten 137€ und 80€ für den Ein-Euro-Job.

Nicht erwünschter Besuch wird vom Gelände verwiesen. Bei Beschwerde droht die Streichung von Essenspaketen oder sogar der Rauswurf. Der Ort wirkt mit all diesen Vorkommnissen wie ein Arbeitslager.

Die in einer Anfrage an den Oberbürgermeister von Neustadt aufgezeigten Missstände der dortigen Einrichtung, wurden von ihm geleugnet und als Halb-, Unwahrheiten oder eigenwillige Interpretationen dargestellt.

Unsere Recherche in Rheinland-Pfalz zeigt uns, dass dies kein Einzelfall ist. In den Medien wird über Lampedusa geschimpft ohne einen kritischen Blick auf deutsche Verhältnisse zu werfen!¹¹

Momentan wird diese Unterkunft renoviert. Die Refugees sind jetzt in ein ehemaliges Krankenhaus umgezogen. Sie erhalten nun etwas mehr als 220.-Euro und können sich morgens und abends das Essen selbst zubereiten. Mittags wird weiterhin für sie gekocht. Sie würden sich aber gerne wie alle erwachsenen Menschen ihr Essen selbst zubereiten und selbst entscheiden, welche Lebensmittel sie für ihr Geld einkaufen.

Der in Neustadt vor die Tür gesetzte Mann nahm einen Anwalt, der erfolgreich erwirken konnte, dass er in einer Wohnung untergebracht wurde und nun wieder die vollen Sozialleistungen bezieht. Auch im Falle von drei Refugees, denen Taschengeld und Sachleistungen zu 90-100 % gekürzt wurden, konnte der Anwalt erfolgreich intervenieren. Im Moment gibt es in Neustadt unseres Wissens keine Sanktionsmaßnahmen mehr. Diese gab es aber auch offiziell laut einer Großen

10) Von Lampedusa nach Neustadt – Alles das Gleiche!?: Brief eines Refugees. 08.10.2013 <http://www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig/?p=695>.

11) Pressemitteilung zur menschenunwürdigen Unterbringung von Refugees in Neustadt an der Weinstraße. 04.11.2013. <http://www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig/?p=756>.

Anfrage der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen¹² an die Kommunen, also auch die Stadt Neustadt im Oktober 2013, nicht. Die Stadt Neustadt hat die Anfrage also ganz offensichtlich wider besseren Wissens falsch beantwortet. Es ist zu vermuten, dass die illegale Praxis der Kürzungen von Sozialleistungen, etwa aufgrund der Weigerung Ein-Euro-Jobs anzunehmen, auch an anderen Orten durchgeführt wird.



Den Bewohnern kommt die Unterkunft wie ein Gefängnis vor wegen der beengenden unbeleuchteten Flure und der Pforte am Eingang.

Keine Selbstbestimmung beim Essen – Worms

In Worms gibt es mehrere Lager, darunter eine Frauen- und eine Männerunterkunft. Im Folgenden wird die Männerunterkunft dargestellt, in der etwa 80 Menschen leben. Sie ist etwa 30 Minuten zu Fuß vom Bahnhof entfernt und liegt in einem Industriegebiet. Einkaufsmöglichkeiten sind in unmittelbarer Nähe zur Unterkunft vorhanden. Das Lager besteht aus fünf Etagen. Pro Etage wohnen ungefähr 10-15 Menschen. Die erste Etage wird von der Verwaltung genutzt. Die Zimmer sind für vier Personen ausgelegt, dafür aber viel zu klein. Wäsche konnte lange Zeit nur einmal die Woche zum Waschen abgegeben werden, jetzt ist das zweimal die Woche, jedoch nur an bestimmten Tagen möglich. Es kann also nicht selbstständig gewaschen werden, weil es keine Waschmaschine für die Bewohner gibt. Besuch ist nur von 7 bis 22 Uhr erlaubt. Ab 22 Uhr müssen alle Besucher*innen das Haus verlassen haben. Der Gemeinschaftsraum steht den Refugees nur während der Essensausgabe zur Verfügung. Es gibt keine Rückzugsmöglichkeiten, beispielsweise für Refugees, die lesen, schreiben oder Deutsch lernen wollen. Die Menschen werden in kleinen Zimmern zusammengelegt. Häufig werden die

Bewohner nachts von lauter Musik anderer Bewohner gestört. Dadurch können einige Refugees schlecht schlafen. Das ist problematisch, wenn sie am nächsten Tag etwas unternehmen wollen. Dann sind sie z.B. in der Schule nicht fit. Privatsphäre oder Rückzugsmöglichkeiten gibt es überhaupt nicht. Von vielen Bewohnern wird diese Unterkunft wie ein Gefängnis wahrgenommen! Einige der Refugees sind erst vor Kurzem angekommen, aber es gibt auch Menschen, die dort schon acht oder sogar zwölf Jahre leben. Refugees erzählen von dem erdrückenden Gefühl, das sich einstellt, wenn man so lange in einen solchen Lager in Ungewissheit über den Ausgang des Asylverfahrens leben muss. Lange Zeit bekamen sie nur 138€ Bargeld im Monat. Dazu wurde noch Essen ausgegeben. Die Bewohner wollten sich das Essen aber lieber selbst zubereiten. Das ist für viele das größte Problem in diesem Lager. Das Essen schmeckt ihnen nicht und ist auch nicht ausreichend.



Rechte Gruppierungen protestieren in Ludwigshafen regelmäßig gegen oder verteilen Flyer in der Umgebung von Asylunterkünften. Das Bild zeigt ein Transparent auf einer Flyerverteilkaktion des III. Wegs. Bei dieser Aktion deuteten sie an, dass sie ihre „Kampagne“ weiterführen wollen bis die Flüchtlinge das Viertel verlassen haben.

Bei der Stadtratssitzung am 27.11.2013 haben Asylbewerber mit der Übergabe einer Unterschriftensammlung auf die beengten Wohnverhältnisse im Lager für Männer in Worms aufmerksam gemacht und um die Möglichkeit der Selbstversorgung gebeten. Mitte Dezember 2013 haben Asylsuchende die Annahme des angelieferten Essens abgelehnt und so ihre Kritik an der Vollverpflegung zum Ausdruck gebracht. Ihre Forderungen nach Geldleistungen und der Möglichkeit, das Essen selbst zuzubereiten wurden bisher nicht erfüllt und es hat sich nach diesem Protest nichts Entscheidendes geändert.

Der Deutschkurs in der Unterkunft ist nicht ausreichend. Es gibt Sprachunterricht zusammen mit der Wormser Flüchtlingsinitiative „learning by doing“. Einige Refugees, die es sich leisten können, besuchen einen zusätzlichen Deutschkurs an der Volkshochschule. Damit ist dann aber schon fast

12) Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG) in Rheinland-Pfalz – Drucksache 16/2714.

ihr ganzes Geld für den Monat aufgebraucht. Die Sozialarbeiter*innen und Behörden treten nicht unterstützend ein. Refugees müssen sich Sprüche wie etwa „Du kannst ein Asylant bleiben, wir geben nur Essen. Keine Schule.“ oder andere Kommentare anhören.

Einige Refugees aus der Wormser Sammelunterkunft legten im Januar Widerspruch gegen die Kürzung ihres monatlichen Taschengeldes ein. Das Sozialamt in Worms hat seinen Bescheid vom 6. Januar nach einer Prüfung durch das Rechtsamt aufgehoben und eine Nachzahlung angekündigt. Zukünftig bekommen Singles monatlich 140 Euro Taschengeld, 33 Euro für Kleidung/ Schuhe und 17 Euro Hygienegeld. Familien müssen entsprechend mehr Geld erhalten. Weitere Einsprüche werden folgen. Es ist zu vermuten, dass auch in zahlreichen anderen Kommunen den Refugees über Jahre hinweg das Kleider- und Hygienegeld vorenthalten wurde.

Viele der Refugees und Supporter*innen sind entschlossen, Widerstand zu leisten, obwohl die Stadt nur gerichtlich auf ihre Forderungen eingeht. Schwerpunkt der Wormser Flüchtlingsinitiative ist die Unterstützung bei der Verbesserung der aktuellen Lebensverhältnisse u.a. bei der Durchsetzung von finanziellen Nachforderungen an die Stadt Worms (bisher musste die Stadt Worms ca. 30.000 Euro rückwirkend an die Refugees nachzahlen). Die Initiative tritt für eine dezentrale Unterbringung und Selbstversorgung der Refugees ein. Sie engagiert sich gegen rassistische Hetze, unterstützt die Refugees bei drohenden Abschiebungen und richtete eine Anlaufstelle für die Refugees ein.

Die Situation in der Wormser Asylunterkunft ist menschenunwürdig. Von Bewohnern und Besucher*innen wurde ein „Instandhaltungsstau und Renovierungsbedarf“ festgestellt, der bereits 2011 öffentlich in einen Gutachten festgestellt wurde.¹³ Für all die beschriebenen Probleme sind letztendlich das deutsche Asylsystem und die Behörden verantwortlich. Sehr unterschiedliche Individuen, die häufig psychisch stark belastet sind, werden zwangsweise ohne Privatsphäre zusammengelegt. Menschen werden verwaltet, ohne auf ihre Bedürfnisse einzugehen.

Bedrohung von rechten Strukturen - Ludwigshafen

In Ludwigshafen gibt es zahlreiche größere Lager. In einem davon sind Refugees gemeinsam mit ehemaligen Obdachlosen und armen Deutschen untergebracht. Die „nicht Gewollten“ der Gesell-

schaft werden zusammen an den Stadtrand verdrängt, abgeschieden und isoliert.



Zu kleine Räume für zu viele Menschen.

Etwa 100 Refugees leben zur Zeit dort. Die Flure sind lang und kahl. Alles ist steril in dem Plattenbau. Die Zimmer sind sehr karg eingerichtet. Beim Betreten kommt ein bedrückendes Gefühl auf. Am Ende der dunklen Flure kommt der Wohnbereich der dort besuchten Refugees. Zwölf Menschen teilen sich eine Küche, einer muss aufgrund von Platzmangel sogar in dieser schlafen. Die Küche dient gleichzeitig als Gemeinschaftsraum. Im Lager gibt es keine Duschen. Zum Duschen müssen die Refugees immer in die gegenüberliegende Unterkunft gehen. Die Duschen dort sind nur an Werktagen zwei Stunden zugänglich.

Ein weiteres Lager, in der ca. 200 Menschen leben, ist ebenso karg eingerichtet wie dieses. Bauliche Mängel offenbaren sich dort an vielen Stellen. Auch dort müssen Menschen, genau wie im vorher beschriebenen Lager, auf engstem Raum zusammenwohnen. Dazu kommt noch die angrenzende Fabrik, die die Luft verschmutzt, worunter die Bewohner*innen zu leiden haben. Oft liegt ein unangenehm süßlicher Geruch in der Luft. Einige Bewohner des Lagers klagten über Hautausschläge.



Die „nicht Gewollten“ der Gesellschaft werden zusammen an den Stadtrand gesteckt, abgeschieden und isoliert.

Noch schlimmer als die Lebensumstände werden die Aktivitäten rechter Strukturen wahrgenom-

13) AZ 07/017 Ettel – Amtsgericht Worms, 16 K 12/2006.

men: So gibt es in Ludwigshafen und im angrenzenden Mannheim seit über 20 Jahren eine aktive Naziszene. Besonders in den 90er Jahren gab es viele Anschläge auf Zuwanderer, so etwa von Dezember '92 bis Juni '93 fünf Brandanschläge auf türkische Geschäfte. Bei einem Angriff auf eine Asylunterkunft im Jahr 2000 wurde ein Molotow-Cocktail auf ein kleines Mädchen geworfen, das schwerste Verbrennungen erlitt. Bis heute sind in den Archiven der Lokalzeitungen viele Informationen über rassistische Übergriffe und Anschläge zu finden.



Bewohner wollen lieber selber kochen als solche Essenspakete zu bekommen.

Regelmäßig wurden Ende letzten Jahres und Anfang dieses Jahres mitten in der Nacht Böller in den Flur der Refugees geworfen. Die Bewohner*innen sollten damit verunsichert und beunruhigt werden, was den betroffenen Menschen auch anzumerken war. An Silvester wurde sogar eine Fensterscheibe eingeschmissen. Das lässt den Rückschluss zu, dass die Täter wissen, wo in der Unterkunft Refugees und wo Deutsche wohnen. Direkt nach diesem Anschlag wurde die Polizei gerufen, die versuchte zu helfen. Die Täter konnte sie nicht aufspüren. Die Polizei verließ die Unterkunft, worauf die Fensterscheibe erneut eingeworfen wurde. Die Polizei kam abermals, aber auch diesmal konnte sie nichts erreichen.

Zu den Anschlägen gab es außerdem mehrere Nazidemonstrationen u.a. von der NPD und der neofaschistischen Partei „III. Weg“, die auch in Worms aktiv ist. In ihren Flugblättern nehmen sie Bezug auf das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 und fordern von der Stadt Ludwigshafen, die Refugees aus dem beschriebenen Lager zu entfernen. Gegendemonstrant*innen waren bei vielen Aktionen auch anwesend. Das Gewaltpotential der Nazis ist als gefährlich einzuschätzen. So gab es nach einer Demonstration einen Übergriff auf linke Gegendemonstrant*innen in der Tram. Dabei wurden diese angespuckt, geschlagen und mit den Worten „Ihr habt hier nichts verloren“ beleidigt. Die rechte Szene ist in dieser Region momentan sehr aktiv, was auch eine Flyerverteilung zum 1. Mai und etliche andere Aktionen beweisen. Durch die Art der Unterbringung werden die Refugees den Nazis wie auf dem Tablett serviert. Ob-

wohl es die beschriebenen rassistischen Angriffe gibt, wird weggeschaut. Das ist ein großes Problem von Massenlagern.

Seit über 20 Jahren haben auch in Reaktion auf die zahlreichen rassistischen Anschläge in Ludwigshafen und Umgebung antifaschistische und antirassistische Gruppen von der Stadtverwaltung die Auflösung der Lager für Refugees und deren Unterbringung in normalen Wohnungen gefordert. Die Stadtverwaltung lehnt dies bis heute ab. Immer wieder wurde von ihr damit argumentiert, eine andere Unterbringung als in Lagern sei zu teuer. Der Schutz der Refugees spielte tatsächlich bis heute keine oder nur eine marginale Rolle. Oft fehlten simple Feuerlöscher in den Lagern.

Die Kommunalpolitiker*innen der Stadt erkennen diese Problematik nicht. Dem Bau eines weiteren menschenunwürdigen Containerlagers zur Aufnahme zusätzlicher Refugees, wurde im Stadtrat mehrheitlich zugestimmt. Lediglich die Grünen, die Linken und die Freien Wähler stimmten gegen diesen Antrag. Ein ernsthafter Versuch, menschenwürdigen Wohnraum durch dezentrale Unterbringung zu finden, fand nicht statt.

Menschenunwürdig: Kakerlaken in Landau

In Landau gibt es bislang keine Massenunterkünfte. Die Refugees werden auf Wohnungen verteilt, die in teilweise desolatem Zustand sind.



Kackerlacken überall in der Wohnung. Die Behörden unternehmen nichts, die dort lebenden Menschen aus diesen Zuständen heraus zu holen.

In einer Wohnung kann ein ganzer Katalog von Missständen beklagt werden. Die Zwei-Zimmer-Wohnung mit Küche und Bad liegt in der Stadt über einer lauten Bar. Im Januar 2014 lebten dort vier Refugees. Im Durchgangszimmer, welches gleichzeitig als Wohnzimmer dient, schlafen zwei Menschen. Eine Person muss sogar auf einer Matratze auf den Boden schlafen. Durch einen alten abgestellten Kühlschrank, einen Schrank mit alter Bettwäsche und ein kaputtes Bettgestell wirkt der Raum sehr einengend und wie eine Abstellkammer.

Ständig geht etwas kaputt, etwa die Heizung im

Winter, die Toilettenspülung oder die Warmwasserversorgung. „Irgendwas ist immer kaputt und bis Reparaturen durchgeführt werden dauert es jedesmal ein, zwei Wochen“, beschwert sich einer der Bewohner. Die Kosten für die Reparaturen müssen die Bewohner selbst tragen. Das stellt eine Ungeheuerlichkeit dar, denn sie bekommen nur etwas über 200€ monatlich, wovon sie sich bereits Nahrungsmittel, Kleidung und andere Dinge für den Lebensunterhalt kaufen müssen. Deutschkurse finden zweimal wöchentlich statt. Im Krankheitsfall benötigen sie einen Krankenschein, der im Sozialamt beantragt werden muss. Problematisch dabei ist aber die Prüfung nach einer „Kosten-Nutzen-Analyse“: Wenn etwa der Arzt zu teuer ist, müssen sie sich einen anderen Arzt suchen. Sind alle Ärzte zu teuer, gibt es nur Medikamente statt einer ernsthaften Behandlung.



Das „Wohnzimmer“ in der 2-Zimmerwohnung, in der auch 2 Menschen schlafen müssen. Eine Matratze liegt auf den Boden.

Dazu kommen noch unhaltbare hygienische Zustände. Die Bewohner sind mit einem ständigen Kampf gegen Insekten, Kakerlaken und Spinnen konfrontiert. Chemische Bekämpfungsmittel oder ständiges Reinigen halfen nichts. Gegenüber Sozialarbeiter*innen gab es etliche Beschwerden, doch diese kümmern sich nicht ernsthaft um das Anliegen! Damit wird eine Gesundheitsgefährdung der Bewohner in Kauf genommen, weil sich nichts wirklich ändert. Wie können Menschen in einer Wohnung untergebracht werden, die solche Missstände aufweist? Menschen müssen auf dem Boden schlafen, während überall Kakerlaken herumlaufen. Die Behörden, so scheint es, stören sich gar nicht daran!

Résistance

Diese Asylunterkünfte zeigen beispielhaft, wie die Situation von Refugees in Rheinland-Pfalz aussieht. Die Missstände sind gravierend und das Leben der Refugees mit vielen teilweise unüberwindbaren Hürden verbunden. Dass die herrschende Politik dabei eher darauf ausgerichtet ist, möglichst viel Geld zu sparen, als eine adäquate Unterbringung und Unterstützung für schutzsuchende und häufig traumatisierte Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, beweisen die im-

mer wiederkehrenden Berichte über Asyllager, wie etwa der angesprochene Artikel über Steineberg oder die medizinische Unterversorgung in der Erstaufnahmestelle Trier. Dazu kommt eine rassistische Abschreckungspolitik, die den Refugees das Leben schwer macht. Durch die Art der Unterbringung werden sie auch in eine Lage gebracht, die den Behörden ihre spätere Abschiebung erleichtert: Menschen, die sich nicht orientieren können, nicht wissen, welche Rechte sie haben und über keinen Kontakt zur Außenwelt und zu Unterstützer*innen verfügen, können sich gegen eine Abschiebung kaum wehren.



Abschiebungen stoppen! Bild von Andrea Linss.

Eine rassistische Abschreckungs- und Abschiebepolitik, die möglichst wenig Geld kostet, ist den Verantwortlichen dabei viel wichtiger als die Menschen. Dieser ganz bewussten Politik der Ausgrenzung muss entgegengewirkt werden. Dies betrifft nicht nur Refugees, sondern auch andere stigmatisierte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Arme und Obdachlose.

Die Besuche bei und zusammen mit Refugees waren ein großer Erfolg und auch uns machte es Freude, die Refugees zu besuchen. Wir haben uns ausgetauscht und viel erfahren. In einigen Städten, etwa in Ludwigshafen, gibt es eine „Teachers on the Road“-Gruppe, welche die Refugees regelmäßig unterrichtet. Refugees stoßen selbst Proteste an, wie in Worms oder Neustadt. So konnte die Isolation erfolgreich durchbrochen werden. Dasselbe gilt auch für viele andere Orte.



Widerstand kann durch die Brechung der Isolation von Refugees geschaffen werden.

Doch ist es damit genug? Nein, das sollte es nicht sein. Denn immer noch werden Refugees durch eine restriktive Asylpolitik in eine menschenunwürdige Lage gezwungen. Sie werden immer noch abgeschoben und es kommt häufig zu rassistischen Übergriffen. Die Zustände vor Ort konnten für Einzelne verbessert werden, es wurden Netzwerke aufgebaut, was viele Prozesse, individuell und kollektiv, in Gang setzte. Diese Prozesse gilt

es weiterzuentwickeln und den Widerstand gegen das gegenwärtige System zu verstärken: Die Zustände in den Asylunterkünften verändern oder die Schließung der Lager zu erwirken, Refugees unterstützen, sodass diese nicht so leicht vom System kaputt gemacht werden können. Das Asylsystem selbst muss hinterfragt werden. Und das kann schon mit einem kleinen Schritt passieren:
BREAK THE ISOLATION of Refugees!

BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGSPO- LITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN - 21 JAHRE RECHERCHE UND DOKUMENTATION DES STAATLICHEN & GESELLSCHAFTLICHEN RASSISMUS



Droit d'asile est un droit de l'homme pas privilege. Bilder von ARI-Dokumentation.

von der **Die Dokumentations-**
Dokumentationsstelle **stelle der Antirassisti-**
der Antirassistischen **schen Initiative recher-**
Initiative Berlin **chiert und dokumentiert**
seit gut 21 Jahren die
Folgen staatlicher Maßnahmen gegen geflüchte-
te Menschen im Kontext von Deutschland und
gibt jedes Jahr eine aktualisierte Chronologie
heraus. Diese Chronologie – beginnend mit
dem Jahr 1993 – umfasst mittlerweile mehrere
tausende Einzelgeschnehnisse, in denen geflüchte-
te Menschen durch die Umsetzung der Asyl-
gesetze körperlich zu Schaden gekommen sind.
Das sind u.a.:

- Angekündigte oder durchgesetzte Abschiebungen: Selbsttötungen und Selbstverletzungen von Menschen, Gewalt in Abschiebeknästen, Misshandlungen bei Abschiebungen, Haft und Abschiebung unbegleiteter Minderjähriger und Familientrennungen sowie unterlassene Hilfeleistung.
- Geschlossene Grenzen: Todesfälle und Verletzungen bei Grenzübergängen oder Menschenjagden durch Bundes- oder Landespolizei auf Menschen ohne Papiere.
- Polizeigewalt gegen Geflüchtete und deren Proteste.

Des Weiteren umfasst die Dokumentation rassistische Angriffe seitens der Bevölkerung auf öffent-

lichem Gebiet wie bspw. rassistische Beleidigungen oder auch Angriffe auf Asylager bzw. andere Wohnunterkünfte und Brände in Flüchtlingsunterkünften.

Gewaltvolle rassistische Verhältnisse

Die verschiedenen Einzelbeispiele der Dokumentation verdeutlichen, mit welcher Gewalt die gesetzlichen Vorgaben von Behörden, Gerichten, Polizei, medizinischem Personal und anderen umgesetzt werden und mit wieviel Willkür und Menschenverachtung Geflüchtete gequält, ignoriert, schikaniert, isoliert und oft in Suizide oder zu Selbstverletzungen getrieben werden. Erpressungen, Schikanen, Rechtsbrüche und Betrug, aber auch Sippenhaftung, Familientrennungen oder Inhaftierung Minderjähriger sind einige Mittel des Staates und seiner willfähigen Mitarbeiter_innen, um den Ausreisepressure auf Geflüchtete oft ins Unerträgliche zu steigern und sie damit zur „freiwilligen“ Ausreise zu zwingen. Gelingt dies nicht, so wird die Ab- oder Rückschiebung mit Gewalt durchgesetzt.

*Einzelgeschnehnisse der Dokumentation
Beispielhaft werden im Folgenden einige Geschehnisse des letzten Jahres aufgeführt:*

9. Januar 13'

Abschiebegefängnis Köpenick in Berlin. Ein georgischer Abschiebegefangener bricht am 3. Tag seines Hunger- und Durststreiks bewusstlos zusammen. Trotz der Bitte des Seelsorgers wird er nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern am nächsten Tag nach Polen zurückgeschoben. Er befand sich insgesamt 29 Tage in Abschiebungshaft.

30. Januar 13'

Bundesland Sachsen-Anhalt. Morgens um 6.00 Uhr dringen mit eigenem Schlüssel vier Beamte der Magdeburger Ausländerbehörde, vier Angestellte des städtischen Ordnungsdienstes und zwei Polizisten in ein Zimmer des Flüchtlingsheims ein. Eine sechsköpfige Familie wird aus dem Schlaf gerissen – sie soll umgehend nach Armenien abgeschoben werden. Der Abschiebebeschluss ist mit heutigem Datum versehen und die Familie wird völlig überrumpelt.

Die 32-jährige Mutter der vier Kinder bricht zusammen und kommt mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus. Ihrem Mann wird Telefonieren untersagt. Die Beamten legen dem 30-jährigen Hand- und Fußfesseln an, um ihn mit den Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren zum Flughafen zu transportieren. Obwohl er die Beamten bittet, ihm – mit Rücksicht auf die anwesenden Kinder – die Schellen abzunehmen, bleibt er während der gesamten Fahrt nach Berlin gefesselt. Erst nachdem die Mutter der Kinder versucht hat, sich im Krankenhaus mit einer Schere die Pulsadern zu öffnen und der Anwalt telefonisch interveniert, wird die Abschiebung abgebrochen. Zu diesem Zeitpunkt sind die Kinder mit dem Vater bereits am Flughafen Berlin-Schönefeld. Die Familie kam 2005 in die Bundesrepublik, weil sie sich in Armenien als Angehörige der yezidischen Minderheit verfolgt und um ihr Leben bedroht fühlte. Die Mutter leidet unter einem posttraumatischen Belastungssyndrom. Seit ihrer Flucht lebten Eltern und Kinder ununterbrochen in einem Lager.

1. Februar 13'

Ein Asylbewerber aus Bangladesch soll in der Berliner Charité zwangsweise einer Altersfeststellung unterzogen werden. Er wehrt sich gegen die geplante Magnetresonanztomographie (MRT), indem er – laut Polizeiangaben – Flaschen um sich wirft, das Personal mit einem Messer bedroht und versucht, sich selbst mit einem abgeschlagenen Flaschenhals die Pulsadern aufzuschneiden. Um 14.30 Uhr setzt die Polizei Reizgas gegen ihn ein und bringt ihn in die geschlossene Psychiatrie. Nach Aussage des Leiters der Rechtsmedizin Prof. M. Tsokos werden in Berlin jährlich zwischen 100 bis 120 zwangsweise Altersfeststellungen vorgenommen. Es kommt immer wieder zu Zwischen-

fällen, wenn psychisch labile Flüchtlinge sich der MRT-Untersuchung in der sehr engen und lauten Röhre unterziehen müssen.

11. Februar 13'

Bundesland Brandenburg. Eine georgische Gefangene aus dem Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt schneidet sich in selbstverletzender Art auf dem Weg nach Berlin den Arm auf. Nach ärztlicher Versorgung wird sie in das Abschiebegefängnis Köpenick gebracht und von dort aus einige Tage später nach Litauen abgeschoben.

16. Februar 13'

Göttingen in Niedersachsen. Drei Tage vor ihrer geplanten Abschiebung nach Serbien versucht die 22 Jahre alte Djeljana Shaqiri, aus dem Fenster zu springen, und kann gerade noch rechtzeitig von ihrem Onkel daran gehindert werden. Anschließend kommt sie in die psychiatrische Fachklinik Asklepios in Göttingen. Die Abschiebung für sie und ihren zwei Jahre jüngeren Bruder Emran, die für den 19. Februar geplant ist, wird vorerst ausgesetzt und für den 14. März vorbereitet.

Am 12. März ruft der Leiter der Ausländerbehörde des Landkreises Göttingen die behandelnde Ärztin in der Klinik an und fordert sie auf, von der Patientin eine Schweigepflichtentbindung unterschreiben zu lassen. Er droht, wenn bis 10.00 Uhr keine Rückmeldung vorläge, dann würde die Polizei die Patientin aus der Klinik herausholen. Djeljana Shaqiri würde dann einem Flughafenarzt vorgeführt werden, der sicherlich Reisefähigkeit bescheinigen würde – zudem wäre eine Ärztin bei der Abschiebung dabei.

Trotz dieser Drohgebärden storniert der Landkreis selbst die Abschiebung aufgrund eines Eilantrags von Emran Shaqiri. Dabei handelt es sich um einen Änderungsantrag nach § 80VII VwGO, weil sich die Sachlage zu seinen Gunsten geändert hat. Djeljana Shaqiri war als Kleinkind im Jahre 1993 mit ihren Eltern aus dem Kosovo geflohen, ihr Bruder Emran wurde noch im selben Jahr in Deutschland geboren. Seit 20 Jahren lebt die Familie in Duderstadt mit unsicherem Aufenthalt und jahrelanger krankmachender Angst vor Abschiebungen. Auch jetzt erhalten die Geschwister wieder eine Duldung. Emrans Frau erwartet im Mai ein Baby, die Ärzte diagnostizierten bei ihr eine Risiko-Schwangerschaft.

7. März 13'

Hof im Bundesland Bayern. Morgens um 6.45 Uhr erscheinen zwei Bewohnerinnen des Flüchtlingslagers Am Schollenteich im Büro des Hausverwalters und berichten, dass Hamed Samii sich nicht mehr melde. Ein Angestellter öffnet daraufhin die Tür zu dem Zimmer und findet den 28-jährigen



Asylbewerber tot im Bett liegend.

Hamed Samii hatte am 10. Juni 2011 politisches Asyl in der Bundesrepublik beantragt und lebte seit Anfang August 2011 in Hof. Er befand sich in ärztlicher Behandlung bei einem Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, der allerdings kein Persisch spricht. Wegen psychischer Probleme wurde Hamed Samii mit Antidepressiva behandelt. Über seinen Asylantrag wurde bisher noch nicht entschieden. Bemerkenswert ist es, dass Mitarbeiter_innen des Generalkonsulats der Islamischen Republik Iran in München vom Hausverwalter des Heimes die Herausgabe der persönlichen Gegenstände verlangen und das auch geschieht. Dieses in anderen Bundesländern nicht übliche Verfahren, dass Persönliches von verstorbenen Flüchtlingen den Vertretern des Verfolgerlandes ausgehändigt wird, korrigiert das Sozialministerium am 20. März durch „Hinweise zur Vorgehensweise“ in zukünftigen Fällen. Ebenfalls auf Veranlassung des Konsulats wird der Leichnam des Verstorbenen mit dem Flugzeug nach Teheran ausgeflogen. Am 26. März gibt die Staatsanwaltschaft Hof bekannt, dass nach den vorläufigen Befunden der Obduktion von einer Medikamentenüberdosierung als Todesursache auszugehen sei.

25. April 13'

Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt. Der 33 Jahre alte Flüchtling Cosmo Saizon aus Benin stirbt im Krankenhaus Bitterfeld. Cosmo Saizon lebte in der Gemeinschaftsunterkunft Friedersdorf und hatte in den letzten Wochen zunehmend unter Halsschmerzen und Fieber gelitten. Am 19. April bat er die Heimleitung, einen Arzt zu rufen. Dieser verschrieb ihm ein Antibiotikum und ein fiebersenkendes Mittel – eine körperliche

Untersuchung fand laut Aussagen der Mitbewohner_innen durch diesen Arzt nicht statt.

Obwohl Cosmo Saizon die Medikamente nach Anordnung täglich einnahm, ging es ihm immer schlechter. Als er seinen Geruchssinn verlor, bat er am 23. April erneut darum, einen Arzt zu rufen. Dieser Notarzt äußerte vor Ort, dass Cosmo Saizon schon längst hätte im Krankenhaus behandelt werden müssen, dann veranlasste er die sofortige Einweisung. Freunde von Cosmo Saizon, die ihn am 26. April im Krankenhaus besuchen wollen, weil sie ihn telefonisch nicht erreichen können, werden abgewiesen und erhalten auch keine Nachricht über seinen Tod. Erst als Unterstützer_innen am 30. April eine Anfrage bei der Staatsanwaltschaft Dessau stellen, erfahren sie, dass Cosmo Saizon bereits vor fünf Tagen gestorben ist.

Drei Monate nach seinem Tod gibt die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau nähere Details und die Obduktionsbefunde bekannt: Cosmo Saizon sei nach der Einlieferung in das Bitterfelder Gesundheitszentrum an einem Abzess am Unterleib operiert und am 25. April tot im Bad seines Krankenzimmers gefunden worden. Todesursache sei eine Herzmuskel-Entzündung, die ein Herzversagen verursachte, und weiter: „Die OP hatte nichts mit dem Herzen zu tun.“ – ergo sei der Patient eines „natürlichen“ Todes gestorben.

Aufgrund der tödlich verlaufenden Erkrankung von Cosmo Saizon war die medizinische Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erneut heftig kritisiert worden, wonach Flüchtlingen nur im Notfall eine Behandlung zusteht. Noch gefährlicher wird es allerdings für den Patienten, wenn ein Arzt diesen Notfall nicht erkennt. Cosmo Saizon war nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik ab September 2012 zunächst in der

ZAST Halberstadt untergebracht, bis er in die weit abgelegene Gemeinschaftsunterkunft Friedersdorf nach Bitterfeld übersiedeln musste.

30. Mai 13'

Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt. Der 31 Jahre alte Nigerianer Adams Bagna bricht während eines Asthma-Anfalls auf dem Flur der Flüchtlingsunterkunft Bernburg zusammen. Wiederbelebungsversuche des gerufenen Rettungsdienstes bleiben erfolglos. Im vergangenen Herbst protestierten Bewohner_innen verschiedener Flüchtlingslager in Sachsen-Anhalt wegen der gesundheitsgefährdenden Zustände.

Das Lager Bernburg am Teichweg stand und steht vor allem wegen des intensiven Schimmelbefalls der Räume und der ausgeprägten Kakerlaken-Plage in der Kritik. Wegen des häufigen Einsatzes von Schädlingsbekämpfungsmitteln, aber auch wegen des Schimmelbefalls klagten schon viele Bewohner_innen über Atembeschwerden. Da jetzt der Asthmatiker Adams Bagna in diesem Heim stirbt, liegt für viele Mitbewohner_innen die Vermutung nahe, dass er Opfer des gesundheitsschädigenden „Raumklimas“ geworden ist. Ein hinzugerufener Arzt urteilt, dass er eines „natürlichen“ Todes gestorben sei und deshalb keine Obduktion angeordnet werden müsste. Woran genau er gestorben ist, das kann der Arzt gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung jedoch nicht sagen. Adams Bagna war engagiertes Mitglied des Heimbeirates, der erst im März diesen Jahres gegründet worden war, nachdem im Herbst die Missstände bekannt geworden waren.

10. Juli 13'

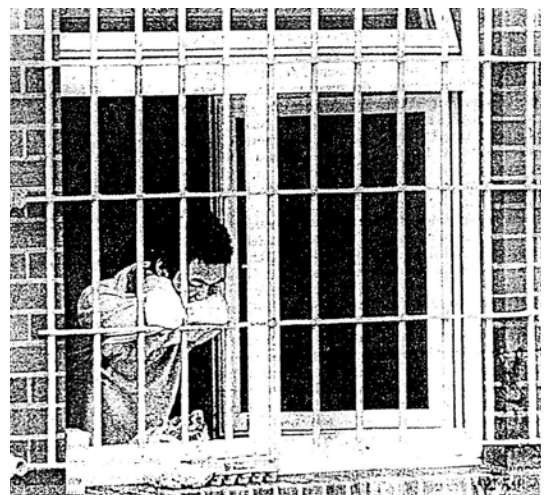
Bundesland Brandenburg. Im Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt verletzt sich der 21 Jahre alte georgische Gefangene Gigi G. mit zahlreichen Schnitten einer Rasierklinge an Armen und Bauch. Als er versucht, sich die Halsschlagader aufzuschneiden, wird er vom Wachpersonal überwältigt und kommt ins Krankenhaus. Gigi G. war im September 2012 in die Bundesrepublik geflüchtet, weil er aufgrund seiner politischen Aktivitäten in Georgien staatlich verfolgt wurde. Er leidet unter Klaustrophobie und einer Posttraumatischen Belastungsstörung und bekommt in Haft keinerlei psychotherapeutische Betreuung bzw. Behandlung. Als er am 15. Juli vom Krankenhaus – gegen den Willen des behandelnden Arztes – zurück in das Gefängnis gebracht wird, schließt er sich dem Hungerstreik der Gefangenen an.

24. Juli 13'

Mittelmeer – östliche Ägäis. Ein kleines Boot mit elf Flüchtlingen ist auf dem knapp fünf Kilometer weiten Weg von der türkischen Bodrum-Halb-

insel zur griechischen Insel Kos, als es zunächst von einer kleinen, dann von einer großen Welle zum Kentern gebracht wird. Bis auf einen Familienvater kommen alle Insassen ums Leben. Der Körper der 21-jährigen Nazlieh Semmo wird erst vier Tage nach dem Unglück am Strand gefunden. Die syrische Kurdin war auf dem Weg nach Deutschland – sie wollte in Hamburg bei ihrer Tante Nazlieh und ihrem Onkel Nazmi leben und studieren. Diese hatten alle von der Ausländerbehörde geforderten Bedingungen erfüllt, um der Nichte die Einreise und den Aufenthalt zu ermöglichen. Sie hatten sich selbstverständlich bereiterklärt, alle entstehenden Kosten für sie zu übernehmen. Nazlieh Semmo ihrerseits konnte das Abiturzeugnis, einen 1000 Stunden umfassenden Deutschkurs und eine formelle Zulassung zum Hamburger Studienkolleg vorlegen. Der Einreise stand nichts weiter im Wege als die derzeit geschlossene Deutsche Botschaft in Damaskus. Nazlieh Semmo fuhr also in die Türkei und stellte bei der Deutschen Botschaft in Ankara einen Antrag auf ein Visum. Dieses wurde mit folgender Begründung abgelehnt: „Es bestehen hier Zweifel an der erfolgreichen Aufnahme und Absolvierung Ihres sich möglicherweise anschließenden Studiums. Der Antrag muss daher abgelehnt werden ... Dieser Bescheid wurde maschinell erstellt.“

Auch nach mehrfacher Nachfrage einer Journalistin des Norddeutschen Rundfunks nahm das Auswärtige Amt zu dieser „Begründung“ nicht konkret Stellung. Die Entscheidung der Mitarbeiter_innen der Deutschen Botschaft in Ankara ist besonders bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass die Bundesrepublik derzeit 5000 syrischen Kriegsflüchtlingen einen direkten Aufenthalt mit eigener Wohnung, Arbeitserlaubnis und Sprachkurs zugesichert hat.



25. Juli 13'

Flüchtlingsunterkunft Harbke im Landkreis Börde – Bundesland Sachsen-Anhalt. Ein Flüchtling aus Vietnam tötet sich selbst auf sehr gewaltsame Art und Weise. Der knapp 50-jährige Mann lebte seit ca. zwei Jahren in dem Lager und war sehr isoliert und zurückgezogen. Mitbewohner berichten, daß er offensichtlich auch mit psychischen Problemen zu kämpfen hatte.



August 13'

Landkreis Oberallgäu in Bayern. Eine schwangere Frau, die entsprechend dem Asylbewerberleistungsgesetz wegen ihrer gesundheitlichen Beschwerden einen Krankenschein beim Landratsamt Immenstadt beantragt hat, muss tagelang vergeblich darauf warten. Schließlich geht es ihr so schlecht, dass sie mit dem Rettungsdienst ins Krankenhaus gebracht werden muss. Das geschieht viel zu spät, und so verliert sie ihr Kind.

30. September 13'

Regensburg im Bundesland Bayern. Ein 30 Jahre alter Bewohner des Flüchtlingsheimes Pattlinger Straße schluckt mehr als 40 Schlaftabletten, um sich zu töten. Der um 22.00 Uhr eintreffende Notarzt veranlasst die umgehende Einweisung des Iraners in das St.-Josef-Krankenhaus, von wo er einen Tag später in das Bezirksklinikum Regensburg verlegt wird. Dort kommt er auf die geschlossene psychiatrische Station.

Einer der Gründe für den Selbsttötungsversuch ist die absolute Hoffnungslosigkeit auf eine Veränderung seiner derzeitigen Lebensverhältnisse: Er dürfe nicht arbeiten und auch nicht seine Freunde besuchen, er sehe im Leben keinen Sinn mehr und fühle sich nutzlos, sagt er einer Unterstützerin. Am 9. Oktober verletzt er sich erneut. Nachdem er mehr als zwei Stunden im Aufenthaltsraum der Station auf einen Arzt gewartet hat, mit dem er sprechen möchte, dieser aber nicht erscheint, nimmt er die Klinge aus seinem Rasierer und versucht, sich die Pulsadern zu öffnen. Mehr als 15 Personen stürzen auf ihn zu und verhindern Schlimmeres. Einen Arzt hat er auch am nächsten

Tag noch nicht sprechen können.

Bereits Ende April hatte er eine Überdosis Tabletten geschluckt, weil er aus der Flüchtlingsunterkunft Schwandorf nach Regensburg verlegt werden sollte. Wegen seiner damals zweiwöchentlichen Arztbesuche in Regensburg war beschlossen worden, ihn dorthin zu verlegen. Nach der Selbstvergiftung wurde er einige Zeit stationär im Bezirkskrankenhaus Regensburg behandelt. Vor sechs Jahren musste der Mann aus dem Iran flüchten, weil er wegen seiner politischen Aktivitäten bedroht und verfolgt wurde. Nach einem vierjährigen Aufenthalt in Griechenland kam er vor zwei Jahren in die BRD, wo er zunächst in der Flüchtlingsunterkunft in Cham lebte. Seit zehn Monaten ist er jetzt in der Asylunterkunft Regensburg.

Herbst 13'

Bundesland Bayern. In der Flüchtlingsunterkunft von Erding versucht sich ein syrischer Flüchtling mit Tabletten zu vergiften und zusätzlich das Handgelenk aufzuschneiden. Die Mitbewohner_innen alarmieren die Leitstellen, werden jedoch nicht verstanden. Erst als deutsche Nachbarn einen Notarzt rufen, erscheint dieser nach 40 Minuten.

Die Wohnverhältnisse in dem Container-Lager sind für viele durch Verfolgung, Krieg oder Flucht traumatisierte Flüchtlinge katastrophal. Zehn Männer schlafen, essen und leben auf 40 Quadratmetern je Container. Privatsphäre ist nicht vorhanden, Aufenthaltsräume existieren nicht, nicht einmal Vorhänge verwehren den Blick in die Container. Deutschkurse werden nicht angeboten. Die Menschen haben oft Depressionen, aber psychologische Betreuung findet nicht statt. Einem 70-jährigen Syrer wurde von den Sachbearbeitern des Sozialamtes Erding ein Schlafplatz am Boden zugewiesen. Als er nach einem Herzinfarkt aus dem Krankenhaus entlassen wird, ist die Behördenmitarbeiterin nicht in der Lage, Kontakt zu einem Arzt herzustellen und die lebensnotwendigen Medikamente zu organisieren.

Herbst 13'

Bundesland Nordrhein-Westfalen. Der 30 Jahre alte abgelehnte Asylbewerber A. X. aus der Türkei versucht, sich das Leben zu nehmen, nachdem die Bochumer Ausländerbehörde ihn zur Ausreise aufgefordert hat. Nach vier Jahren Deutschland-Aufenthalt hat die Behörde seine Duldung beendet. A. X. kommt in die Psychiatrie und wird erst am 4. Dezember wieder entlassen. Er bleibt in psychotherapeutischer Behandlung und ist vorerst nicht „reisefähig“. Die Abschiebung ist damit nur verschoben, jedoch nicht aufgehoben.

Über 500 Todesopfer und tausende Verletzte seit 1993

Die in den Einzelgeschehnissen konkretisierte rassistische Gewalt ist – aufgrund der restriktiven Gesetzgebung – staatlich gewollt und wird nicht zuletzt in folgenden Zahlen deutlich: Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 433 geflüchtete Menschen ums Leben – durch rassistische Angriffe und die Unterbringung in Lagern – wie u.a. Anschläge, aber auch Brände – starben mindestens 90 Menschen. Im selben Zeitraum verletzten sich 1271 Menschen aus Angst vor Abschiebung oder aus Protest gegen drohende Abschiebung (Risiko-Hunger- und Durststreiks) oder versuchten, sich umzubringen. Des Weiteren wurden 451 Menschen während ihrer Abschiebung verletzt; 582 in ihrem Herkunftsland durch Polizei oder Militär misshandelt, gefoltert oder kamen in Lebensgefahr aufgrund ihrer schweren Erkrankung. Bei Grenzübertritten in die BRD erlitten 544 Menschen Verletzungen, davon 306 an den deutschen Ost-Grenzen. Schließlich wurden 849 Menschen bei Angriffen auf der Straße oder in Unterkünften durch Anschläge, Brände oder andere Gefahren teils erheblich verletzt.

Nur die Spitze des Eisberges rassistischer Normalität

Die Erfahrungen in der jahrzehntelangen Rechercharbeit haben deutlich gemacht, dass generell von einer wesentlich höheren Anzahl an Toten und Verletzten auszugehen ist. Das hängt zum Teil von der unterschiedlich intensiven Zuarbeit durch Organisationen und Einzelpersonen und auch von den Recherchemöglichkeiten vor Ort ab. Oft ist es aber auch die Angst und das Misstrauen der Betroffenen selbst, die – aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen und ihres unsicheren Aufenthaltsstatus – keine weiteren Schwierigkeiten haben möchten.

Auch die recherchierte Zahl der nach Abschiebung Verletzten, verschwundenen oder getöteten Menschen spiegelt nur bedingt die Realität wider. Die Recherche einiger Organisationen (Flüchtlingsrat Niedersachsen für die Türkei, Aktion Abschiebestop für afrikanische Länder, amnesty international) zeigen, dass die Menschen aufgrund ihrer politischen Verfolgung untertauchen oder weiter fliehen müssen oder in den Gefängnissen „verschwinden“. Berichte über Folter und Misshandlungen können demzufolge auch nur von Menschen gegeben werden, die aus den Händen der Verfolger entkommen sind und die noch die Kraft, das Geld und die Möglichkeit haben, sich in Deutschland oder bei ihren Angehörigen zu melden.

Proteste gegen staatliche Repressionen durch Geflüchtete

In den letzten Jahren sind von den Betroffenen selbst viele Versuche unternommen worden, um gegen die repressiven Lebensbedingungen zu kämpfen. So gelang der Aufbau von Flüchtlingsorganisationen und bundesweiten Vernetzungen. Vor allem durch spektakuläre Hunger- und Durststreiks in den letzten beiden Jahren, durch Platzbesetzungen in der Mitte der Städte (wie u.a. der Oranienplatz in Berlin) oder durch lange Protestmärsche gelang es Geflüchteten in Bayern, Hamburg und Berlin, sich aus der Isolation zu befreien und den öffentlichen Raum zu nutzen, um Gehör zu finden. Diese wurden und werden jedoch stets von Politik bekämpft wie die Geschehnisse um den Berliner Oranienplatz oder die Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin deutlich machen.

Gleichwohl es nicht zuletzt auch aufgrund dieser Proteste zu leichten Veränderungen, die teils auch Erleichterungen für bestimmte Gruppen von geflüchteten Menschen darstellen – wie beispielsweise die Lockerung einzelner Bundesländer in Bezug auf die Residenzpflicht – gekommen ist, so ist keineswegs von einem Paradigmenwechsel deutscher und europäischer Asylpolitik auszugehen. Im Gegenteil: Die aktuelle Diskussion um eine Verschärfung deutschen Asylrechts, bei dem fast jeder geflüchtete Mensch inhaftiert werden kann, zeigt, was das erklärte Ziel ist: Abschreckung und Abschottung.

Ausblick

Vor diesem Hintergrund ist die Dokumentation der Folgen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus ein Versuch, Beweise für diesen vorzulegen. Sie ist der Versuch, die schlimmsten Auswirkungen des rassistischen Systems dieses Staates auf Geflüchtete und Menschen ohne Papiere für die Leserinnen und Leser deutlich zu machen, d.h. eine Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Damit stellt die Dokumentation ebenso eine gewichtige Argumentationshilfe im Kampf gegen jede Form rassistischer Normalität in Deutschland dar.

Kontakt, weitere Informationen sowie die Dokumentation sind unter folgender Adresse zu finden:
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

*Sich ausleben, mitteilen und verwirklichen – für uns ein Recht das Jede*r haben sollte, sozusagen ein Menschenrecht. Dieses Recht wollen wir nicht nur einfordern, sondern mit unserem Kulturteil garantieren und durchsetzen. Wir wollen insbesondere jungen Autorinnen und Autoren die Möglichkeit geben sich in ihren Worten auszudrücken und ihr Talent mit unseren Leserinnen und Lesern zu teilen. Nichts Anderes gilt für unsere Künstler*innen, die jede Ausgabe mit ihren eigenen Interpretationen anderer Leute Texte bereichern.*

KULTURTEIL

DIE FREIE ENTFALTUNG VON TEXT UND KUNST;
MÖGE SIE AUF UNSEREN GRÜNEN SEITEN GELINGEN!

Das **Afghan Women's Writing Project** möchte die Stimme der afghanischen Frauen unterstützen, mit dem Glauben, dass eine Geschichte zu erzählen, ein Menschenrecht sein sollte. Eine einfache Erklärung. Doch gerade in Afghanistan ist es sehr wichtig, weil den Frauen gesagt wird, ihre Geschichten seien egal und sie nicht ernst genommen werden. Mit diesem Projekt sollen Frauen mehr Selbstsicherheit bekommen, indem sie sich selbst eine Stimme geben. Das machen sie mit ihren eindrucksvollen Geschichten auch in unserem Kulturteil. Weitere Infos und einfühlsame Gedichten unter <http://awwproject.org>

Ayad Bagdadi ist ein Künstlername. Der Autor hat in Bagdad und Marburg Literaturwissenschaften studiert. Momentan lebt er in der Nähe von Trier. Als Gedicht- und Kurzgeschichtenerzähler verarbeitet er seine Erlebnisse als Refugee und Asylsuchender in Deutschland.

Fabian Jellonnek war Begründer und langjähriger Redakteur der Grenzwertig. Er hat viele kritische Artikel geschrieben. In dieser Ausgabe lässt er seine kreative Ader in seinen Microstories aus.

Jens Schabbach ist ein junger Künstler aus Trier. Wir freuen uns über seine eindrucksvollen Werke, mit denen er die Texte unserer Schriftsteller*innen illustriert.

IN DER FREMDE

von Ayad Bagdadi

*Es zieht dich an da und dort,
Du weißt nicht mal warum;
Alsyaabs¹ Wort wie Regen fällt,
Alnwaabs² Trauer weht dich um.*

*Die alte Frau, die dahinten blieb,
Sie ruft dich erschöpft zurück;
O, mein Sohn, ich hab dich lieb,
Erinnere dich an mich zurück!*

*Du kannst keine Entscheidung treffen,
Du hast alles Schöne verloren,
Du darfst nur heiße Tränen haben,
Und die verbrannten Wünsche sagen.*

*Du bist ja heut so gram befangen,
Deine Seufzer wie Donner schlagen,
Denkst du an deine schöne Geliebte,
Die du für immer verloren hast.*

*Denkst du an deine toten Freunde,
Von denen du keinen Abschied nahmst?
Wo sind deine beiden Brüder,
Die im Krieg ermordet sind.*

*Wo sind der Vater und die Mutter,
Die aus Trauer gestorben sind,
Vor deren Tod du jahrelang nie sahst,
Von denen du keinen Abschied nahmst?*

*Denkst du an das Dorf und die Tauben,
Hinter die du vergebens keuchend gelaufen,
Denkst du an jene alte Dame:
Sonne, du klagende Flamme!*

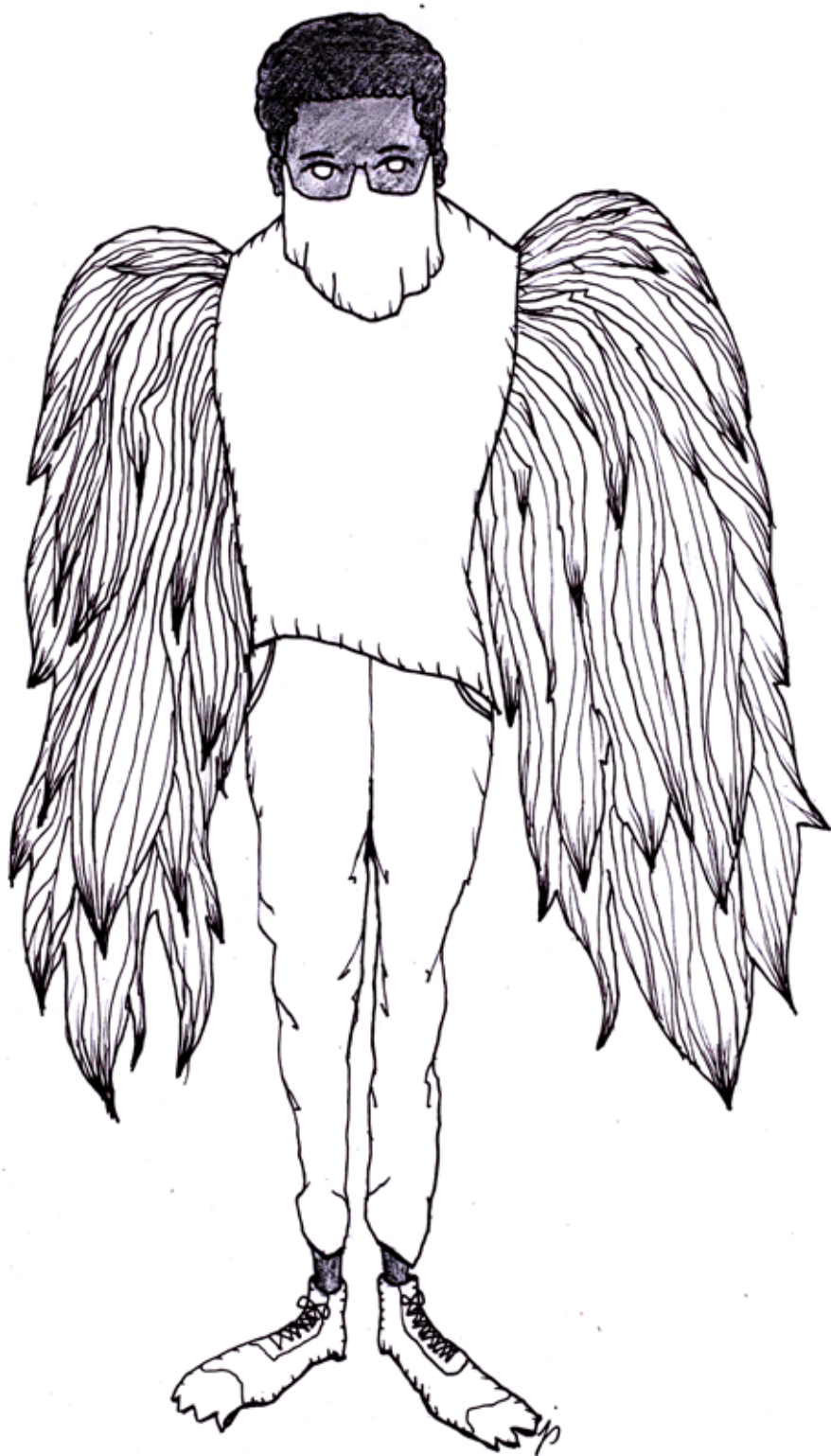
*Das Dunkel dauerte so lang,
An den Türen steht kein Tag,
Vergeht das Alter wie der Wind,
Heulend wie ein geschlagener Hund!*

*Ich hatte einst ein Bagdad,
Da wuchs hoch der Palmbaum,
Der Tigris³ nickte so sanft,
Es war echt ein Traum.*

1) Ein irakischer Dichter, bekannt als Dichter des Regens.

2) Ein irakischer Dichter, bekannt als Dichter der Trauer.

3) Ein berühmter Fluss im Irak.



KILL SILENCE

von Shogofa, Afghan Women's Writing Project

I was the youngest in my family. Everyone loved me a lot when I was a child. I talked very cute and because of that, all loved me. But I can remember my mother admonishing my sisters about how they should always behave like good girls, always look down when they go outside, don't talk with anyone, just go straight there and come straight home. One of my sisters was studying in the college. My mother told her every day, "Don't talk with boys. Be polite. Wear your veil like a good girl."

In our family, if we needed to make a big decision, only the boys—meaning my brothers—had the right to speak. We were not allowed to talk whenever we wanted to. They said to us, "Be silent, don't talk, you don't have the right to say anything." Then we had to be silent.

After years passed, I became a young woman and I also followed what my mother said to my sisters about being a good girl, not talking, staying silent. I did whatever my father and mother and brothers said. Then everyone in the family liked me because I was always quiet. But sometimes I asked myself why I was so shy and couldn't defend myself.

For example, in school, I saw other girls playing, shouting, enjoying themselves, but I couldn't. It even had a bad effect on my grades. One of my teachers cut my score on an exam even though I was right. When I asked her why, she told my mother, "Your daughter is intelligent but very shy, and so for that I cut her score. I want to know that she can defend herself."

Once when my brother did something wrong, my father didn't beat him. He came and beat me, even though it wasn't my fault. I was silent; that is why.

Step by step, being silent had a bad effect on my life. I went to Kabul to study in college. It was very difficult for me to talk with people. I was just afraid. In class, I knew the entire lesson, but when the teacher asked me something, I didn't have the courage to explain. I felt really badly when other students were laughing at me. They thought I didn't know anything. Because I was silent, I failed at the university. I just hated myself. I was too afraid to even tell people I am Hazara. One day, one of my friends asked me, "Why are you crying?" I didn't say anything. Then she said, "Cry as much as you can. I didn't say stop. You have to cry." I just looked at her and said, "I am a loser."

She laughed very loud and said, “No, you’re not a loser. You’re the best. You just have to kill silence. You have to speak up. Say whatever comes in your mind. Don’t be ashamed. Everyone here is the same. No one is better than any other.” After this, she told me one more thing: “No one can give you your rights. You have to grab your rights.”

That night I thought a lot about what she told me. Then I started to change myself day by day. After one year, I went home totally changed. I tried to teach to others: don’t keep your child silent, and don’t punish her, let her grow up naturally. I am not the only victim of this kind of lesson. Most girls are humiliated and kept silent because they are girls. One thing I want to say in the end: As much we women are quiet or keep silent, we are destroying our lives and our future. Kill silence and take your rights.



so eingefallen

microstories von fabi



Die S

Wir hatten eine Leiharbeitsfirma gegründet, die in ausbeutenden Betrieben Schaden durch Sabotageaktionen anzurichten. Um die Gründung zu finanzieren, betranken wir uns mit Billigbier. Irgendwann, dann irgendwann: „Vielleicht bringt das ganze was ‘aus Versehen’ ne Cola über die Technik zu uns. Am Ende sind die versichert“.

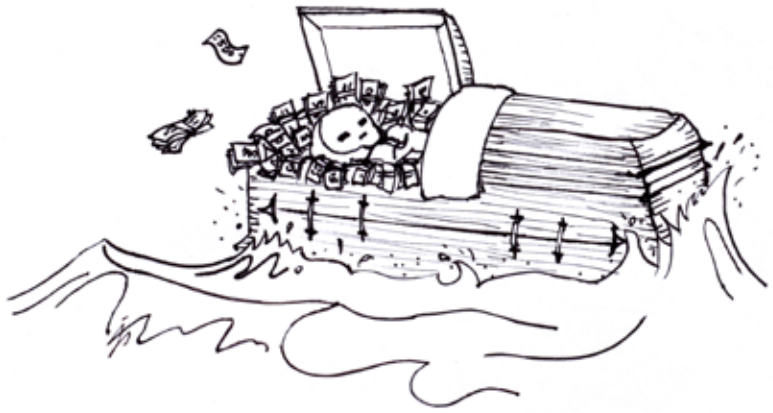
Erst wollte er die Revolution. "Seien wir mal realistisch, probieren wir das Unmögliche", zitierte er Che. Die Revolution kam nicht. Dann wollte er zur Zeitung. Aber die Redakteure sagten: "Geht nicht. Wir kennen sie. Sie sind politisch."

Dass er in einer anderen Stadt doch schreiben durfte, hatte er nicht für möglich gehalten. War aber so. Jetzt schrieb er über gestiegene Abschleppkosten und sagte sich: "Ob das alles möglich ist, interessiert am Ende sowieso keine Sau!"

Sau!

Zwei Unternehmer konkurrierten um den Auftrag der Europäischen Union, zukünftig die im Mittelmeer ersoffenen Flüchtlinge zu bestatten. Der eine hielt es für seine moralische Verpflichtung, den Toten eine würdige Ruhestätte zu bereiten. Der andere dachte nur ans Geld. Der mit der Moral gab das billigere Angebot ab.

Die Konkurrenten



Saboteure

et, um in
sabotage-
u feiern
r lalte
ar nix, da
u kippen.

„Kürzen sie ihre Geschichten auf 140 Anschläge und ich versichere ihnen, sie werden schlagartig ein großes Publikum erreichen!“

„Ach komm; Fick Dich!“, antwortete der Autor, der zeitlebens unbekannt blieb.

Ein guter Tipp

THE SORROW OF WAR

von Lima, Afghan Women's Writing Project

The Sorrow of War. What a book title! The name even discourages me from reading it.

I don't know why I still picked this novel and read it. Maybe I am always hoping there might be a way to escape from war from other people's experiences. This is an astonishing novel by Bao Ninh, from 1991. The very heartbreaking situations in the book are not much different from the nightmares I have every night from my own experiences and their effects on my personality. Even today, while reading the last part of the book I felt terribly sad and had to rest a while before I could think properly.

The experiences that we Afghans have had from different civil wars are much the same as those of Kien, the character of the novel. The book is about the experiences of a soldier during the war between America and North Vietnam. It focuses on how his life was affected and how everyone else was so affected that even their successes seemed like big failures. Through his memories of grief, he explains there is no winner in war. Both sides always lose. War is not something that just happens and then goes away, but it leaves its roots in the lives of people for generations. War brings hatred into human lives and finds its place in their minds for a lifetime.

The book goes back and forth about whether humans want war. If not, then why don't they find any alternative to avoid it? The answer could be that states go to war when the situation is "indivisible" — it will be zero or all — there is no space for bargaining. This comes about with religious arguments over lands, terrorism, or the fight for a state's existence, as in Vietnam.

There always seems to be a justification behind each war that has occurred in the world. But even so I could not find any convincing reason for the civil wars in Afghanistan.

Why is there always war? Why do we kill each other constantly?

Vietnam went to war because the North wanted the country to remain as a single state, and they were successful in that. But was it really a success? Kien tells us that after the victory the North Vietnamese did not feel they had won anything because they had lost so much. The feeling of having their unified country become meaningless. "If we found a way to tell

them [the dead soldiers] news of a victory, would they be happier?" Kien asks his fellow soldier after the war was over.

He continues with the line that touched me the most in this book: "Killing is a career for the living, not the dead." This statement is very strong when you think about it. Humans go to war to get peace. But when they are dead, there is no difference between war and peace for them.

Reading the book was very disturbing for me as I followed the author along with his experiences because it reminded me of so many bad scenarios in my own country, which is always in a state of war. From the day I was born, I have not seen my country peaceful. There have been civil wars, ethnic wars, neighboring country conflicts, terrorism, and so many other wars that my people have been through.

What are we looking for? Peace? How will peace come when there is always killing going on? Have we ever thought whether the people of any state return to normal lives once they have gone through war?

I still have nightmares of the bombing every night from years back during the civil war in Afghanistan. I see myself injured again and again every night because I was injured when I was six years old. Often I ask myself: "Am I a normal human being now?" I wonder.

Kien talks about the after effects of war on the people. Those who died were a big loss, but the living are not equally alive. Everything changes for everyone. Hopes and wishes for a happy life seem useless and unreal for those who have been through war. Soldiers or civilians, everyone loses something.

In my personal belief, war makes those who remain alive inhuman in many situations. A scene in the book recounts how "Kien began stepping through the bodies as though it were an everyday event for him..." It goes on to say "Scores of bodies lay in all imaginable positions; there was nothing to scream or take fright about; to him, in his hardened state, it seemed perfectly normal."

This scene reminded me on a recent situation at home in Afghanistan when I was working in my office preparing a presentation for the Ministry of Education to approve an education project. With four other competitors for this project, I was worried that I had to make our project the best in order to win approval for my employer and get a promotion.

On the same day, five suicide attacks occurred in Kabul city. The insurgents entered the Ministry of Finance and a bank. There was constant firing among police and NATO and the insurgents. I heard the gun shots as if they were next door, but I was busy working.

Later during the day, the firing was still going on and I was sitting with some of my colleagues, laughing and discussing our normal issues. At once I felt how cruel we have become. Are we getting used to war? We Afghans are no longer afraid of death. People are dying near every corner of our city, yet we don't even worry about them.

I felt how distant people become from humanity when they constantly witness inhuman acts. I was not worried that I could die, I was more worried about my presentation. Is this how human beings should feel? Is this how we should take life for granted?

Often I wonder if I will be able to forget all the shootings and bombings. Will I forget the dead that I saw when I was six? Will I ever get rid of all the nightmares? Will I always be waiting for the bad news that someone in my family or one of my friends is dead?

Kien makes an astonishing statement in the book when he says: "How could anyone destroy a school? Don't they have respect for life anymore?" In war no one has respect for anything.

BLACKBOX ABSCHIEBUNG

GESCHICHTEN UND BILDER VON LEUTEN, DIE GERNE GEBLIEBEN WÄREN

Buchrezension von Björn Brisch



In letzter Zeit wird in Deutschland wieder vermehrt über Asyl und Migration berichtet: Flüchtlinge sterben an den Außengrenzen Europas. Rassistische Proteste gegen Asylunterkünfte nehmen zu und populistische Slogans, wie hier sehen doch so viele Flüchtlinge und Deutschland könne nicht alle aufnehmen, heizen die Lage weiter auf. Positive Entwicklungen sind demgegenüber in Refugeeprotesten, etwa dem Refugemarsch von Straßbourg nach Brüssel im Mai und Juni, zu sehen.

Worüber so gut wie gar nicht berichtet wird, ist die Abschiebung: Mit welcher Brutalität und Willkür Staaten Menschen in eine ungewisse Zukunft abschieben, in der ihnen Angst, Elend, Verfolgung und sogar der Tod drohen. Ein Prozess des Zerfalls und der Entfremdung des Menschseins beginnt schon während des Asylstatus durch die Folgen der restriktiven Asylpolitik. Damit beschäftigt sich die Öffentlichkeit nicht. Vielleicht auch weil der Aufschrei über die

Zustände, die kein Mensch wahrhaben möchte, zu groß wäre. Viel wichtiger scheinen die Beschwerden der Menschen zu sein, dass die Asylsuchenden „uns so viel Steuergelder“ kosten würden. 2011 waren es nach dem Statistischem Bundesamt 908 Millionen Euro für Asylbewerber*innen. Ein vergleichbar geringer Betrag gegenüber den Geldern, die der Posten der Finanzverwaltung mit 62,2 Milliarden Euro einnahm. Unter Betrachtung dieser Zahlen stellt sich eine Diskursverschiebung auf geradezu verschwindend geringe finanzielle Beträge dar und lässt weniger Raum für den Diskurs über Abschiebungen. Das Buch *Blackbox Abschiebung* von Miltiadis Oulios will Licht in dieses Thema bringen.

Miltiadis Oulios entwickelt eine Theorie der Abschiebung, die auf die Autonomie der Migration und der Analyse des Neo-Rassismus als moderne Herrschaftsform eingeht. Er beleuchtet die verschiedenen Facetten der Abschiebung, fängt dabei bei tatsächlichen Abschiebefällen an und geht auf geschichtliche Hintergründe ein. Er setzt sich mit den rechtlichen Voraussetzungen und Konsequenzen von Abschiebungen auseinander sowie mit der Abschiebehaft und der Logistik der Abschiebung. Am Ende stellt er die zukünftigen Perspektiven der Abschiebepaxis in unserer Gesellschaft vor. Als einen bedeutenden Punkt begreift Oulios den individuellen und organisierten Widerstand gegen diese Abschiebepolitik. Diesem gibt er mit zahlreichen Geschichten eine Realität. Es findet sich sehr viel inhaltlich detaillierter Input über ein Thema, welches in der öffentlichen Wahrnehmung als unsichtbar erscheint. Aus diesem Grund nennt es Oulios auch „Blackbox Abschiebung“. Abschiebung passt nicht in das Bild der „weltoffenen Gesellschaft“. Sie ist aber für ein Mo-



Beide Bilder stammen aus dem Buch und sind Zeugnisse, was Menschen nach der Abschiebung droht. Diese Familie muss in Häusern leben, bei denen die wenigsten ein dichtes Dach haben. Vor dem Haus das Fahrzeug, mit dem der Schrott transportiert wird.

ins Stocken geraten und hat einen erschauernden Effekt, wenn darüber nachgedacht wird, welche Grausamkeiten demokratische Staaten durch Abschiebung ausüben!

Zu der mitfühlenden Vermischung von Theorie und Praxis kommt der Rückschluss auf die Autonomie der Migration. Dem Autor geht es auch um die „Überwindung der Perspektive des Leids“. Oulios fordert ein Recht auf Migration: Sich selbstbestimmt den Wohnort aussuchen, ohne Einschränkungen bewegen zu können und überall die gleichen Rechte zu besitzen, unabhängig von Staatszugehörigkeit oder anderen ausgrenzenden Mechanismen. Das Buch ist ein Plädoyer für die Rechte der Betroffenen. Manchmal wirkt es etwas unstrukturiert, was aber auch an der Fülle der verschiedenen Aspekte zu dieser Thematik liegt. Trotzdem lässt es sich flüssig lesen und überzeugt durch die mitreißende Schreibweise des Autors: Er stellt Fragen und beantwortet sie daraufhin mit Fakten und unterschiedlichen Geschichten von Refugees. Dazu werden immer wieder erlebte Geschichten nacherzählt, die die Leser*innen authentisch an die Gefühle und Erlebnisse der Betroffenen herankommen lassen. Oulios geht leider nur selten über die Autonomie der Migration hinaus. Von Kapitalismus, Nationen, Staaten und Kolonialismus als gesellschaftliche Konstrukte, die Gewalt ausüben, wird leider nur am Rande berichtet. Der Autor ordnet die Ursachen und Wechselwirkungen von Migration und Flucht in Verbindung mit gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen ein, aber es wirkt, als ob er bei der Forderung nach dem Recht der Autonomie der Migration stehen bleibt.



Kinder suchen nach Verwertbaren auf einer Müllkippe. Fushe, Kosovo.

Fazit: Wer die Geschichten von Menschen kennen lernen will, die aus dem Schatten der Abschiebung treten, sowie theoretische Inhalte zu der Thematik erfahren möchte, sollte in das Buch reinzuschnuppern. Ein gelungener informativer Appell, Abschiebungen zu überwinden!

Miltiadis Oulios
Blackbox Abschiebung
Suhrkamp Verlag
484 Seiten

„LAND IN SICHT“

Filmrezension von Matthias Köberlein



Brian und die Zeugen Jehovas reden über Gott.
Foto: Basis Filmverleih. Alle Rechte vorbehalten.

Der Film, eine Dokumentation der deutschen Realität, erzählt die Geschichte von Abdul aus dem Jemen, Farid aus dem Iran und Brian aus Kamerun. Im Wechsel beobachten wir die drei Geflüchteten bei ihren hoffnungsvollen (das erklärt wohl den Titel) Versuchen, ihr Leben in Deutschland zu stabilisieren.

Diese reichen von Abduls Jobsuche bis hin zu Farids Aufenthalt in der Psychiatrie. Schließlich wendet sich der Film jedoch einer übergreifenden Fragestellung zu: Was macht Flucht aus zwischenmenschlichen Beziehungen?

Die Doku kommt ganz ohne Off-Stimme aus und der Verlauf scheint keine Wertung aufdrängen zu wollen. So lässt der Film viel Raum für Diskussionen.

Wenn man jedoch das Geschehen durchschaut, könnten diese Szenen kaum bedrückender sein: Farid muss in die Psychiatrie, weil er seine Frau und seine Kinder so sehr vermisst, Brian streitet mit einem Freund über die Ehe als Möglichkeit, den Aufenthalt sichern zu können. Das alles im Setting der Brandenburgischen Provinz - die Hoffnung der Protagonisten auf ein gutes Leben trifft auf deutsche Scheußlichkeiten wie Politik, Bürokratie und Rassismus.

Fazit: Kein Muss, eignet sich aber als Diskussionsgrundlage mit zufriedenen Deutschen.

Regie und Buch: Judith Keil & Antje Kruska
93 Minuten, Deutschland (2013)

REFUGEES' LIBRARY

ZEICHNUNGEN VON RICHTERSPROZESSEN

Refugees kommen nach Deutschland um Schutz zu suchen. Dabei hoffen sie auf ein besseres Leben als in ihren Herkunftsländern. Doch was ihnen begegnet ist die restriktive Asylpolitik. Der Rechtsstaat mit seinen einschränkenden Gesetzen macht ihnen das Leben schwer! Im Mittelpunkt ihres Aufenthalts steht die Entscheidung über ihren rechtlichen Status. Letztlich entscheidet ein Papier, ob sie hier leben dürfen oder abgeschoben werden und damit wieder in die Situation zu kommen, vor der sie geflohen sind. Es findet eine rechtsstaatliche Anerkennung anhand von juristischen Merkmalen statt. Das wird in einem Asylverfahren geprüft, in dem Mitarbeiter*innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über menschliche Schicksale entscheiden.

Für Refugees stellt sich die Frage, die ihr Leben und denken bestimmt: „Darf ich hier bleiben oder nicht!“ und „Wird mein Antrag angenommen oder nicht?“. Es ist eine „Teufelsspirale“, das Warten auf das sogenannte Interview und dessen Ergebnis. Ein fremdbestimmtes Verfahren!

Vor Gericht kommt ein Asylverfahren, wenn Refugees gegen ihre Ablehnung des Asylantrages klagen oder wenn sie eine Anzeige aufgrund eines Verstoßes gegen das Asylrecht bekommen. Richter*innen entscheiden über die Zukunft von Refugees. In diesen Gerichtsprozessen geht es um Lebensschicksale, mit Erfahrungen, die schlechte Erinnerungen und Gefühle hervorrufen können. Ein gerichtliches Verfahren hat dafür keinen Spielraum, sondern will die „Wahrheit“ herausfinden um „Gerechtigkeit“ zu schaffen. Was diese „Wahrheit“ ist, bestimmen Richter*innen! Es

werden Fangfragen gestellt, um Menschen zu verunsichern, betroffene Personen provoziert oder sehr unsensibel nachgebohrt um das herauszulocken, was Richter*innen hören wollen. Das sind beispielhafte Aufzählungen für Vorgehensweisen. Die Richter*innen sind in dieser Situation keine Menschen mehr, sondern willige Vollstrecker mit Robe zur Durchführung der Staatsräson! Sollte in diesen Rahmen über Schicksale von Menschen entschieden werden?

Die Refugees' Library geht dieser Thematik der Gerichtsverfahren nach und will allgemein eine Öffentlichkeit zum Thema Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland und der EU herstellen. Sie ist ein Archiv von Gerichtszeichnungen. Jedes Heft bildet einen konkreten Prozess ab. Die Library setzt sich als Ziel den Refugees Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen, um sich auf die eigenen Prozesse vorzubereiten.

Um Fälle von Gerichtsprozessen nachvollziehen zu können, wollen wir in dieser Ausgabe der Grenzwertig eine Zeichnung des Gerichtsprozess einer jungen Iranerin abdrucken. Auf der Internetseite gibt es weitere bewegende Hefte zu verschiedenen Gerichtsverhandlungen.

Mehr Infos über die Refugees' Library und weitere Zeichnungen sind im Internet zu finden! Um die Hefte allen Refugees zugänglich zu machen werden Menschen gesucht, die die Protokolle in andere Sprachen übersetzen.

www.issuu.com/refugeeslibrary

Andisheh F.
Jahrgang 1978.

Junge Inanerin flüchtete 2001
mit ihrem Mann und Tochter
nach Deutschland.

In Teheran arbeitete sie als
Sekretärin in einer Arztpraxis.
Nach der Präsidentschaftswahl
2009 wurden in der Praxis
politische Patienten behan-
delt. Diese Leute kamen
aus den Gefängnissen und
wurden oft dort gefoltert.

Die Patientenunterlagen dieser
Leute wurden auf einem
Laptop gespeichert. Andisheh
nahm freiwillig diesen Laptop
zu sich nach Hause, ohne
ihren Ehemann darüber zu
informieren. 2011 wurde das
Haus der Familie durchsucht,
die Familie befand sich auf
die Flucht.

Im Gerichtssaal ist eine Richterin, Klägerin (Andisheh F.),
ihre Anwältin und ein Dolmetscher anwesend.
Gegen 12 Uhr wird der Ehemann Mehraman S.
angehört.

Es wird vom Persischen ins Deutsche übersetzt.



- Sind Sie nach den Präsidentschafts-
wahlen im Iran 2009 zu Demonstrationen
gegangen?

- Nicht regelmäßig,
ich war 2 Mal
demonstrieren.

- Sie sagten, dass Sie kein
politischer Mensch sind,
aber sie sind zu Demonstrationen
gegangen.

- Damit meinte
ich, dass ich kein
Mitglied einer
Partei oder
Organisation
bin.



Ich habe selbst
angeboten, den Laptop
zu mir nachhause
zu nehmen. Auf ihm waren
die Behandlungsdaten der politisch
aktiven Patienten gespeichert.
Um die 22
Leute.



Im Sommer 2011
bekam einer
der Ärzte
einen Droh-
anruf. Danach
haben wir
aufgehört
politische
Patienten
zu be-
handeln.



- Gab es
noch Unterlagen
in Papierform?

Ich dachte,
mir wird
nichts
passieren.
Ich bin
nur eine
kleine
Sekre-
tärin



Und Sie
haben keine
Angst gehabt?



(In Iran begleitet
uns die Angst stets.
Das fängt schon mit
der Bekleidung an.
Wir sind mit der
Angst auf-
gewachsen.)



Ich habe heute
sch. echten Tag.
Wie man in
Englischen sagt:
"Bad Hair Day", ich
habe heute
aber "Bad Speech
day".
Ich habe
richtige
Schwierigkeiten
zu formulieren.



Ihre Geschichte
ist an vielen
Stellen
sehr unklar.
Es gibt
viele Fragen.
Und es ist so
komisch, dass ich
mir ~~das~~ deswegen
nicht vorstellen kann, dass
es aus-
bedacht
ist.



- Ich bin nicht
Mitglied in einer Partei.

Um 12:35
erscheint der
Ehemann.

Aber ich bin mit
den Zuständen in
meinem Land
nicht zufrieden.



Ihre Aussagen gegenüber dem Bundesamt weisen Widersprüche auf. Wurden Sie nun von einem Nachbarn oder einer Nachbarin gewarnt?

Als Übersetzer muss ich darauf hinweisen, dass der persische Begriff kein Geschlecht kennt.



Wenn ich das jetzt bedenke, dann war es nicht gut. Wir mussten unser ganzes Leben im Iran verleben und jetzt sind wir in dieser Situation. Unser Leben ist durcheinander gekommen. Ich bin 40 Jahre alt, was soll ich hier? Was soll ich noch sagen?

Ich glaube Ihnen das. Aber als Richterin, habe ich ein Problem es Ihnen abzunehmen. Helfen Sie mir!



Das ist eine der ungewöhnlichsten Geschichten, die ich je hatte. Vieles klingt unlogisch. Deswegen glaube ich, dass es nicht ausgedacht ist. Sonst würde man sich eine logischere Geschichte überlegen.



Im Heim haben wir kein Internet, sonst würden wir auch diese Information finden und hierher bringen.

Wir sind im Iran nie frei gewesen. Seit dem ich in Deutschland bin, habe ich ein Gefühl entwickelt wie eine freie Frau denken kann. Deswegen verstehe ich, warum Sie mich nicht verstehen. Sie sind in anderen Verhältnissen aufgewachsen.



Das brauchen Sie nicht tun, das ist ja meine Arbeit.

Wir, als Richter, haben immer sehr wenig Zeit die Leute kennenzulernen. Wir müssen nach einer Antwort suchen, nach einer Erklärung. Ich muss Ihnen Ihre Geschichte glauben. Sonst kann ich Ihnen kein Asyl gewähren. Ich kann schwer glauben, dass Ihre Frau Unterlagen nachhause gebracht hat, die die ganze Familie in Gefahr bringen. Sie sagte, Sie sei eine kleine Sekretärin, es würde ihr nichts passieren. Wie erklären Sie das?

Ich habe im Internet nachrecherchiert, es gibt sehr viele Informationen, sogar in Englisch über die Forderung der Aktivisten. Warum sollte man diesen Laptop dann aufbewahren? Ich möchte den Termin für die Entscheidung auf die nächste Woche legen. Sie können sicher sein, ich werde mir die Entscheidung nicht leicht machen.



03.06.2013, 12 Uhr
Verköndung

Die Richterin diktiert das Urteil in ein Mikrofon. Die Kage wird abgehört. Ich bin mit der Richterin allein im Raum. Wir unterhalten uns. Sie weist mich darauf hin, dass sie mit mir jetzt als private Person redet, nicht als Richterin. Wir unterhalten uns über die Kage. Die Richterin sagt, dass diese Geschichte sehr unferndlich ist. Die iranische Familie war ihr sehr sympathisch, trotzdem hatte sie Zweifel und konnte vieles nicht verstehen und glauben. Warum hat die junge iranische Frau den Laptop nach Hause genommen und dachte, dass ihr nichts passieren würde. Und sie eine kleine Sekretärin ist? Aber die Ärzte mussten ihr sehr vertraut haben...

Wir unterhalten uns über das Selbstbewusstsein der Frauen. Die Stellung der Frau hier und dort ist nicht die gleiche. Ich sage, dass ich gut verstehen kann, warum die junge Iranerin diesen Laptop nach Hause mitgenommen hat und warum sie die Gefahr verdrängt hat. Und natürlich nimmt eine Frau etwas Wertvolles und Wichtiges mit nach Hause, das ist die sicherste Stelle für eine Frau. Ein Mann wird so etwas nicht zuhause aufbewahren.

Wie kann man behaupten, dass man nicht politisch ist, wenn man an den Demonstrationen teilgenommen hat? - fragt sich und mich die Richterin. Eine Frage, die für mich doch keine ist. Die Definition des Politischen ist in anderen Gesellschaften, die autoritär geprägt sind, klar: Politik machen Parteien und Regierung. Reine Form, ohne Inhalt.

Zivilcourage gehört hier nicht zur Politik. Die Richterin schaut mich an: „Sie würden ihr also die Geschichte abnehmen?“

- Ja, was passiert jetzt mit der Familie?
- Sie werden nicht in den Iran ausgewiesen, sie bekommen keinen Asylstatus, aber werden geduldet.
- Was ist der Unterschied? Werden sie arbeiten können?
- Nein, gar nicht.
- 90% der Iraner kommen mit einem Taufschein. Das wird diese Familie wahrscheinlich auch tun. Wenn sie noch zusammenhalten. Viele Beziehungen gehen dabei kaputt. Der Druck und der Stress der ersten Jahre auf der Flucht, im Helm sind zu hoch.
- Das heißt, die Akte kann wieder auf Ihrem Tisch landen?
- Ja, das kann sein.
- Wie ist es für Sie eine solche Entscheidung treffen zu müssen? Davon hängen die Schicksale der Menschen ab. Und nur Sie, Sie allein, müssen es entscheiden.
- Das ist nicht leicht. Gar nicht leicht. Nicht schön. Aber warum kommen Sie hierher? Sie haben gezeichnet, richtig? Das hat mich ehrlich gesagt sehr irritiert. Es ist mir noch nie passiert. Studieren Sie Jura?
- Nein, ich bin eine Künstlerin. Ich möchte mehr wissen, man lernt hier viel dazu. Die Geschichte über die politischen Zustände in anderen Ländern, erzählt aus einer sehr privaten Perspektive.
- Ja, das ist spannend. Aber wissen Sie, ich habe nur mit negativen Geschichten zu tun. Das ist kein schönes Weltbild. Was machen Sie mit den Zeichnungen?
- Ich weiss es noch nicht.

DIE BÜRGERLICHE MITTE IST DAS PROBLEM



Die „Problemhäuser“ in Duisburg-Rheinhausen © Roland Geisheimer/attenzione.

Interview von Max Bassin

„In den Peschen 3-5“ - die Adresse der angeblichen Problemhochhäuser im Stadtteil Bergheim des Stadtbezirks Rheinhausen - hat in den letzten Monaten traurige Berühmtheit erlangt. Überwiegend Roma haben dort Zuflucht gefunden. Sie stehen seither im öffentlichen Interesse, sind Vorurteilen und Rassismus ausgesetzt. Für die „Grenzwertig“ sprach Max Bassin im März 2014 mit der antirassistischen Initiative gegen Duisburger Zustände.

Grenzwertig: Das Klima in der Stadt wird nicht nur von den Auseinandersetzung um die Hochhäuser geprägt. Auch Meldungen über Brände in Asylheimen im Stadtgebiet gerieten jüngst in die Presse.

Es gab im Herbst 2013 insgesamt drei Brände in von MigrantInnen oder ehemals von MigrantInnen bewohnten Gebäuden. Im Stadtteil Hochheide brannte ein primär von RumänInnen und BulgarInnen bewohntes Haus. Über 40 Menschen mussten nachts aus dem brennenden Haus flüchten. Die Polizei sprach von Brandstiftung, wobei bis heute unklar ist, ob diese vorsätzlich war. We-

nig später wurde in einem von ZuwandererInnen aus Osteuropa bewohnten Haus im Duisburger Süden eine Nebelkerze gezündet. Zuletzt brannte in Walsum ein ehemaliges AsylbewerberInnenheim, das renoviert und wieder als solches genutzt werden sollte. Alle drei Fälle sind bis heute nicht aufgeklärt. Rassistische Motive können natürlich nicht ausgeschlossen werden.

Heizen populistische Forderungen, wie jene der CSU „Wer betrügt, der fliegt“, die Stimmung in Duisburg weiter an?

Definitiv! Wir haben immer betont, dass Antiziganismus und Rassismus in Duisburg eher von der sogenannten „bürgerlichen Mitte“ ausgehen, weniger von Rechtspopulisten und Neonazis. Der Antiziganismus ist in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet und kann offenbar schnell befeuert bzw. abgerufen werden. Genau ein solcher Prozess war und ist in Duisburg zu beobachten, wo große Teile der Medien und der Lokalpolitik schnell von „Problemhäusern“ und „Klaukids“ gesprochen haben.



PRO NRW Kundgebung am 29. August 2013 in Duisburg © BPD.

„Klaukids“?

So genannte „Klaukids“ sollen bandenmäßig organisiert systematisch Diebstähle begehen und vor allem aus dem NeumigrantInnen-Spektrum kommen. So zumindest die weit verbreitete Annahme in Duisburg. Die von der Polizei veröffentlichten Zahlen lassen allerdings nicht auf eine signifikante Zunahme von Einbrüchen und Diebstählen in Duisburg und Umgebung schließen. Hier haben wir es also offenbar mit einer antiziganistisch motivierten Paranoia zu tun, von der Teile der Bevölkerung und der Polizei betroffen sind.

Wie verhalten sich die politischen EntscheidungsträgerInnen?

Der Oberbürgermeister Sören Link (SPD) beklagt sich bundesweit über die sogenannte Armutszuwanderung und die damit – tatsächlich oder vermeintlich – verbundenen Probleme. Nachdem bekannt wurde, dass die so getauften „Problemhäuser“ in Duisburg-Bergheim geräumt werden sollen, sagte der Sozialdezernent der Stadt Duisburg Reinhold Spaniel (SPD) gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung: „Wir gehen davon aus, dass die Bewohner auf Grund ihrer hohen Mobilität weiterziehen und die Stadt verlassen“. Hier bedient Spaniel ein jahrhunderte altes antiziganistisches Vorurteil. In einem Interview in der Zeitung „Die Welt“ vom 27. August 2013 stellt der Sozialdezernent das Integrationskonzept seiner Behörde vor, das zum Ziel habe „den Leute(n) ganz simple Dinge des Lebens (zu) erklären, zum Beispiel dass eine Mülltüte in eine Mülltonne gehört. (...) Dass man seine Notdurft nicht draußen, sondern in der Toilette im Haus verrichtet“. Auch hier bedient sich der Sozialdezernent antiziganistischer Stereotypen vom „unhygienischen und dreckigen Zigeuner“.

Bei ihrem Kurs wird die Stadtführung von den

Fractionen der SPD, Grünen und Linkspartei unterstützt, die eine gemeinsame Koalition im Rat bilden. In einem gemeinsamen Antrag, der von Rot-Rot-Grün vorgelegt und vom Rat beschlossen wurde, wird davon gesprochen, dass die „konzentrierte Unterbringung von ZuwandererInnen zu zahlreichen Problemstellungen innerhalb von Nachbarschaften“ geführt habe. Von wem welche Probleme ausgehen, wird aber nicht explizit gesagt, allen voran werden die rassistischen Proteste Duisburger WutbürgerInnen im Antrag nicht explizit benannt.

Aufschwung am rechten Rand

Ihr sprecht die „Bürgerinitiativen“ der AnwohnerInnen an. Wie äußert sich deren Rassismus?

Seit circa zwei Jahren kommt es immer wieder zu Anfeindungen von NachbarInnen gegen die BewohnerInnen des Komplexes „In den Peschen 3-5“. Im Sommer 2013 spitzte sich die Situation weiter zu. In einer Facebook-Gruppe forderten dutzende Personen unter anderem, das Haus abzufackeln. Wenig später wurden rassistische Parolen ans Haus geschmiert und die BewohnerInnen nachts von Vermummten bedroht.

Außerdem haben sich verschiedene BürgerInneninitiativen in diversen Stadtteilen gegründet, unter anderem in Neumühl und Rheinhausen. Letztere veranstaltete am 5. Oktober 2013 eine Kundgebung unter dem Motto „Wir sind Rheinhausen – Schau nicht weg“ auf dem Rheinhauser Markt. An der Kundgebung nahmen teilweise bis zu 250 Personen teil. An der vermeintlich nicht gegen ZuwandererInnen gerichteten Kundgebung nahmen von Beginn an auch zehn bis fünfzehn bekannte Neonazis aus Duisburg teil – einer sogar als Ordner.



Die Abfalleimer 2013 - von Müllbergen keine Spur © BPD.

Habt ihr wegen dieser konkreten Bedrohungssituation angefangen „Nachtwachen“ zu organisieren?

Genau. Es gab neben Drohungen im Internet und rassistischen Sprühereien am Haus auch Versuche von Neonazis das Haus anzugreifen, wie BewohnerInnen des Hauses und deren UnterstützerInnen berichteten. In den ersten Nächten der Nachtwachen wurden diese und die BewohnerInnen der Häuser mehrmals aus vorbeifahrenden Autos heraus angefeindet. Unterstützt wurden die Nachtwachen von Anfang an durch wenige Mitgliedern einer Kirchengemeinde und einigen SozialarbeiterInnen.



Protest gegen Rechts am 9. November 2013 in Duisburg © Roland Geisheimer/attenzione.

Welche Rolle spielt die extreme Rechte politisch in Duisburg?

Bei den extrem rechten Parteien ist in Duisburg gegenwärtig eine regelrechte Euphorie zu beobachten. Der Kreisverband der NPD wurde vor einem Jahr wiederbelebt und hofft, bei der Kommunalwahl im Mai an die Erfolge der Bundestagswahl anknüpfen zu können. Bei dieser erzielte die neonazistische Partei in Duisburg ihr bestes Ergebnis in Westdeutschland!

Der Kreisverband von PRO NRW konnte im Herbst 2013 verhältnismäßig großen Zulauf von BürgerInnen bei Kundgebungen verbuchen. So nahmen am 5. Oktober 2013 bis zu 250 Neumühler AnwohnerInnen an einer Kundgebung von PRO NRW in ihrem Stadtteil teil, die am selben Tag wie die Kundgebung der erwähnten BürgerInneninitiative im Stadtteil Rheinhausen stattfand. Vor diesem Hintergrund erwarten wir mit Spannung, ob die Wahlkampfaktionen von PRO NRW und NPD sowie mögliche Aktionen aus der parteifreien Neonaziszene die Stimmung in der Stadt weiter anheizen werden. Auch inwieweit die extrem rechten Gruppierungen die vorhandene antiziganistische und rassistische Stimmung in der „bürgerlichen Mitte“ für sich werden nutzen können, bleibt spannend zu beobachten. Für den 1. Mai haben beiden Parteien außerdem Aufmärsche in Duisburg angekündigt.

Angesichts der heftigen Proteste gegen Flüchtlinge – Berlin-Hellersdorf und Schneeberg seien exemplarisch genannt – erleben wir ein Revival der rassistischen Pogromstimmung, wie sie Anfang der 1990er Jahre virulent wurde?

Wir erkennen gewisse Parallelen zu den 1990er Jahren, aber auch Unterschiede. Zum einen haben wir den Eindruck, dass die rassistische Stimmung sich – zumindest noch – auf einzelne Kommunen und Regionen beschränkt, während es in den neunziger Jahren in nahezu allen Teilen der BRD zu rassistischen BürgerInnenprotesten und Anschlägen kam. Zum zweiten haben wir den Eindruck, dass sich die großen Parteien und einige „Leitmedien“ bisher zurückhalten und den Rassismus noch nicht zu einem großen Kampagnenthema gemacht haben. Trotzdem kann aber keine „Entwarnung“ gegeben werden – wie das Duisburger Beispiel deutlich zeigt. Die pogromartigen Zusammenrottungen in Neumühl, die Anschlagdrohungen im Internet, der Zulauf für rechtsradikale Gruppierungen und die unkritischen bis rassistischen Äußerungen aus den lokalen Medien und der Politik wecken durchaus Erinnerungen an die 1990er Jahre.



Berichterstattung in der Rheinischen Post © Screenshot/rp-online.de.

Wie berichten denn die regionalen- und überregionalen Medien?

Es gab zwar mehr oder minder kritische Beiträge in überregionalen Medien über die Situation in Duisburg, die rassistischen Ausfälle der autochthonen Bevölkerung und den von Armut und Rassismus geprägten Hintergrund der NeueinwanderInnen aus Südosteuropa. In der Mehrheit berichteten die Medien aber reißerisch und nicht selten wurde mit antiziganistischen Ressentiments gearbeitet. Der Antiziganismusforscher Markus End hat zum Beispiel darauf hingewiesen, dass bei der Berichterstattung über das „Problemhaus“ in Bergheim sehr oft eine Aufnahme aus dem Jahr 2012 gezeigt wird, auf der ein Müllberg zu sehen ist – weil zu diesem Zeitpunkt zu wenige Mülltonnen zur Verfügung standen, was sich aber seit

über einem Jahr geändert hat. Trotzdem arbeiten Formate wie Spiegel TV oder das RTL Nachtmagazin immer noch mit diesen Bildern.

Die regionalen Medien wiederum geben zumeist unkritisch Aussagen von rassistischen AnwohnerInnen, der Polizei oder der Lokalpolitik wieder. Eine ernsthafte Kritik am Antiziganismus findet sich dort äußerst selten. Die Lokalredaktion der Westdeutschen Allgemeine Zeitung aus Duisburg hat zudem den Begriff „Problemhaus“ erfunden und die Rheinische Post Duisburg wurde für ihre Berichterstattung sogar schon vom Presserat gerügt.

Chancen und Grenzen politischer Arbeit

Mit wem arbeitet ihr vor Ort zusammen?

In Duisburg arbeiten wir vor allem mit der „Emanzipatorischen Antifa Duisburg“ zusammen. Unter anderem haben wir zusammen mit dieser einen monatlich stattfindenden „Tresen gegen Duisburger Zustände“ ins Leben gerufen, bei dem es neben Vorträgen auch die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung gibt. Des Weiteren arbeiten wir mit mehreren antifaschistischen und ideologiekritischen Gruppen aus NRW zusammen, die uns etwa bei Kundgebungen unterstützen. Kontakt zur sogenannten „Zivilgesellschaft“ gibt es jedoch kaum – von Einzelpersonen einmal abgesehen. Die wenigen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen in Duisburg, die eine Kritik an den Duisburger Verhältnissen haben, äußern diese nur sehr verhalten öffentlich und wollen vermutlich nicht mit uns in Verbindung gebracht werden.

Der Vermieter von „In den Peschen 3-5“ ließ die Mietverträge Ende Februar auslaufen. Deniz Ak-sen, Vorsitzender eines in Duisburg aktiven Integrationsvereins, begrüßt die Entscheidung. Es sei die „beste Lösung“. Hat er recht?

Das ist schwer zu beurteilen. Der Vermieter ist – laut Medienberichten – für seine Verbindungen

zum Rocker- und Rotlichtmilieu bekannt. Hinzu kommt, dass viele NeueinwandererInnen in anderen Stadtteilen nicht so dramatisch bedroht waren wie im „Problemhaus“ in Bergheim. Trotzdem bleibt aber unklar, ob die Menschen bessere Wohnungen und seriösere VermieterInnen finden werden. Insgesamt wollen wir uns aber auch nicht anmaßen, zu beurteilen, was die „beste Lösung“ für die BewohnerInnen dieses Hauses ist. Sie können und sollen selbst entscheiden, wo sie wohnen möchten und wo nicht.



Kundgebung vor dem Duisburger Polizeipräsidium. © Initiative gegen Duisburger Zustände.

In Trier wurde vor kurzem auch eine neue Unterkunft für 150 Asylbegehrende, in der Nähe eines sozial schwachen Wohngebietes, errichtet. Die NPD hat bereits dagegen demonstriert. Welche Tipps könnt ihr AntirassistInnen geben?

Wichtig ist unserer Ansicht nach vor allem zu klären, ob die NPD mit ihrer Hetzrede Erfolg hat, also ob sie offene Türen einrennt oder ob sie ein gefährlicher aber isolierter „Player“ ist. Von dieser Frage hängt unserer Ansicht nach ab, wie man auf die Hetzrede reagieren muss.

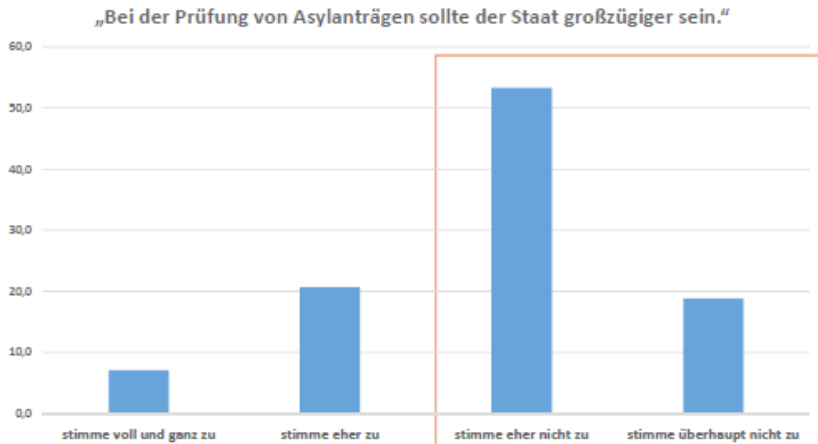
Vielen Dank für das Gespräch.

Hinweis: Das ungekürzte Interview ist online auf der Website der „Grenzwertig“.

DIE ABWERTUNG ASYLSUCHENDER STEHT IN RELATION ZUR ALLGEMEINEN FREMDENFEINDLICHKEIT

Zustimmungswerte 2011 (Quelle: GMF 2011)

Ich stimme... voll / eher / eher nicht / überhaupt nicht zu:



© Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld. Auszug aus einer Präsentation von Michael Müller, Oktober 2013.

Interview von Matthias Köberlein

Michael Müller ist Diplom-Pädagoge und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Siegen. Er forscht im Bereich der Einstellungs- beziehungsweise Vorurteilsforschung. Damit ist seine Arbeit eng verknüpft mit dem Syndrom „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, das am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld erforscht wird. Dabei geht es um die Ursachen und Zusammenhänge von Vorurteilen und Abwertungstendenzen gegenüber unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Gesellschaft, somit zum Beispiel auch um die Abwertung von Asylsuchenden.

Grenzwertig: Welche Besonderheiten lassen sich aus Ihrer Forschung für die Gruppe der Asylsuchenden feststellen?

Michael Müller: Grundsätzlich kann man bei der Abwertung von Asylsuchenden davon ausgehen, dass zunächst die selben psychologischen Mechanismen greifen, die auch bei der Abwertung anderer sozialer Gruppen als ursächlich gelten. Zum Beispiel individuelle, soziale Desintegrationser-

fahrungen oder eine allgemeine Orientierungslosigkeit. Wer also den Eindruck hat, nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können oder im Allgemeinen den Eindruck hat, man wisse heute nicht mehr so recht, woran man sich halten könne, neigt zur Abwertung schwacher Gruppen.

Wie bei allen Facetten „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ zeigt sich zudem auch bei der Abwertung Asylsuchender, dass die Personen, die sich von Vielfalt in der Gesellschaft bedroht fühlen, ein höheres Maß an Abwertung zeigen.

Etwa 72 Prozent der Befragten in unserer Erhebung aus dem Jahr 2011 wünschten nicht, dass der Staat großzügiger bei der Prüfung von Asylanträgen sein sollte. In der Konsequenz sollte der Staat also seine Asylpolitik zumindest nicht zum Vorteil der Asylsuchenden verändern, so die Meinung des größeren Teils der befragten Personen. Zusätzlich dazu unterstellen 47 Prozent der befragten Personen den Asylsuchenden, dass sie es nicht „wirklich fürchten würden“, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden. Bei Unterstellungen dieser Art legitimiert sich das Vorurteil sozusagen selbst. Wenn ich nicht verfolgt werde, beziehungsweise dies nicht

zu fürchten habe, werde ich also wohl andere Gründe haben, nach Deutschland zu kommen.

Interessant bei diesem Phänomen ist, dass die eigene wirtschaftliche Lage der Befragten nur ganz minimal mit der Zustimmung zur Abwertung Asylsuchender verknüpft ist. Das bedeutet also, dass es für die Abwertung Asylsuchender keine große Rolle spielt, wie die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird. Haben die befragten Personen jedoch generell den Eindruck, dass sie weniger als ihren gerechten Anteil erhalten, ist die Abwertung Asylsuchender höher ausgeprägt.

Wie zu erwarten ist, steht die Abwertung Asylsuchender auch in Relation zur allgemeinen Fremdenfeindlichkeit. Je höher also die fremdenfeindlichen Einstellungen sind, desto höher ist auch die Abwertung Asylsuchender. Gleiches gilt auch für rassistische Einstellungen und für die Zustimmung zu der Aussage „Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.“ Diese Einstellungen sind also miteinander verknüpft, sie treten gleichzeitig auf.

Welche Empfehlungen geben Sie Asylsuchenden selbst und deren Unterstützer*innen?

Pragmatisch gesehen würde ich sagen, dass es in erster Linie darauf ankommt, die Asylgesetzgebung genauestens zu kennen, um keine Fehler beim Asylantragsverfahren zu begehen. Für die Unterstützer*innen geht es in erster Linie darum, gesellschaftliche Verbündete zu suchen, die die Anliegen der Asylsuchenden in den öffentlichen Fokus rücken können, um politischen Einfluss aufzubauen. Dabei empfiehlt es sich, ein möglichst großes Netzwerk zu etablieren und zu pflegen was sicherlich schon recht gut funktioniert.

Was können Sie zu Initiativen sagen, die gegen Asylunterkünfte protestieren?

Hier muss man unterscheiden, da man schnell dabei ist, Menschen, die sich gegen Asylunterkünfte in ihrem Wohnort aussprechen, zu verurteilen. Ich wäre da vorsichtig, weil auch hierbei Generalisierungen unangemessen sind. Natürlich gibt es rechtsgerichtete Gruppierungen oder Personen, die dies grundsätzlich aus ihrer rechten Gesinnung heraus tun. Es gibt aber auch eine andere, kompliziertere Konstellation. Gerade wenn Kommunen oder Städte nicht gut auf Asylbewerber*innen vorbereitet sind, kann dies zu Überforderung führen,

Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



© Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, 2011: Deutsche Zustände - Das unsichere Jahrzehnt.

die dann auf die ohnehin vorhandenen Ängste und Vorbehalte der Einwohner*innen trifft. Dies ist eine brisante Mischung, die dann schnell von rechten Gruppierungen ausgenutzt wird.

Dies ist das eine, auf der anderen, der Diskursseite, geht es darum zu zeigen, welche Verantwortung wir gegenüber Asylsuchenden haben und wie wir dieser gerecht werden können und auch, welche Vorteile die deutsche Gesellschaft von Einwanderung generell oder im speziellen Asylsuchenden haben kann.

Wie schätzen Sie die deutsche Debatte zur Asylpolitik ein?

Nach Einschätzung von Prof. Dr. Andreas Zick, dem Leiter des erwähnten Instituts, wiederholen sich die Debatten der 90er Jahre. Zudem ist relativ leicht erkennbar, welche Perspektiven vertreten sind. Auf der einen Seite gibt es solche, die die Angst vor dem Ausnutzen der Sozialsysteme betonen, oder so weit gehen, Asyl und Kriminalität pauschal in einem Zusammenhang zu nennen. Auf mich wirken Befürworter*innen einer offeneren Asylpolitik jedoch teilweise insofern überfordert, da die Konzepte unklar bleiben. Mehr Menschlichkeit im Umgang mit Asylsuchenden zu fordern, klingt zwar zunächst positiv, bleibt dann in einem zweiten Schritt aber leicht inhaltsleer. Hier wäre es empfehlenswert, so klar wie möglich Veränderungspläne zu verbalisieren, die inhaltlich verstanden werden können und zudem eine rechtliche Möglichkeit besteht, diese konkret umzusetzen, oder aber zu zeigen, wie dies geschehen könnte.

Vielen Dank für das Interview!

„RASSISMUS GIBT ES BEI UNS NICHT!“



vom
Dokumentationsarchiv
M.A.A.R.

Entgegen der Verlautbarungen und Dementierung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – insbesondere der erschreckenden Dimensionen diverser Rassismen – in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft, bewiesen spätestens die 142 Angriffe auf und Proteste gegen Asylsuchende, Geflüchtete sowie deren Unterbringungen im Jahr 2013 genau das Gegenteil: Rassismus ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Wer daher leugnet, dass Rassismus existiert, egal ob in institutionalisierter Form, alltäglicher Diskriminierung, systematischer Benachteiligung und Entrechtung oder direkten Angriffen – trägt mindestens den Status Quo mit und versteckt sich vor der grauen, düsteren Realität. Seit der de-facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in den 90’er Jahren und den vorausgegangenen Pogromen in unzähligen deutschen Städten hat sich der gesellschaftliche Diskurs zum Thema Flucht 2013 zugespitzt und tritt nun im Gewand eines kulturalisierenden und essentialisierenden Rassismus auf. Vermehrt auftretende Brandanschläge, beispielsweise gegen Häuser in denen Romafamilien leben, spiegeln die Brisanz der Situation wider. Die Stimmung in Deutschland ist finster. Jedes Wochenende werden inzwischen Kundgebungen oder Demonstrationen von Nazis oder

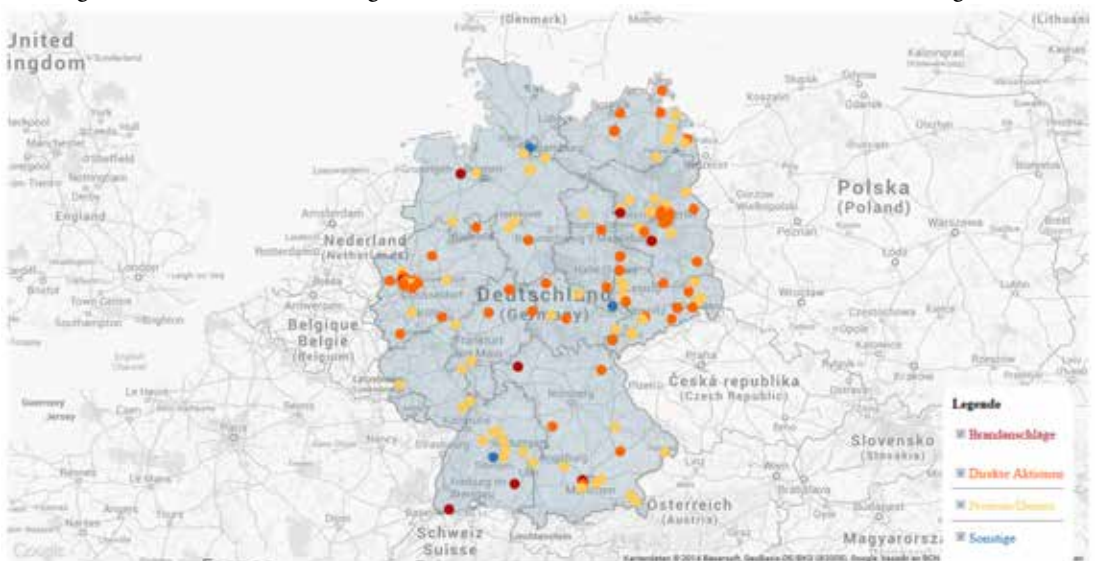
„ganz normalen“ BürgerInnen angemeldet, um gegen Geflüchtete zu hetzen.

Über das Bestehende...

Anstoß für die Konstitution des Dokumentationsarchivs „Monitoring Agitation Against Refugees in Germany“ - kurz M.A.A.R. - bildeten die eindringlichsten rassistischen Proteste im sächsischen Schneeberg im 3. Quartal 2013. Seit diesem punktuellen Höhepunkt menschenfeindlicher Demonstrationen in Deutschland³ verfolgt das Dokumentationsarchiv das Ziel, diese gesellschaftlichen Artikulationen bzw. Manifestationen zu chronologisieren und zu dokumentieren, um dem Verdrängen und Vergessen der weißen Mehrheitsgesellschaft entgegenzuwirken. So werden visuell auf zwei Karten Angriffe und Agitationen gegen Asylsuchende dokumentiert um einen Überblick über die Geschehnisse zu bieten. Damit soll einer verkürzten Kritik, die sich auf eine Problemverschiebung bzw. -verdrängung der gesamtgesellschaftlichen Relevanz richtet, die erschreckende Realität entgegengesetzt werden. Festgehalten werden rassistische Artikulationen – darüber hinaus auch in einer Chronik – in 4 Kategorien. In der ersten werden Brandanschläge gegen Unterbringungen von Geflüchteten doku-

mentiert. Darunter fallen jedoch nur Brandanschläge auf Unterbringungen, die zum Zeitpunkt des Anschlags bewohnt waren, da solche Angriffe eine besondere Art der ablehnenden Handlung darstellen. Durch die bewusste Tat, ein von Menschen bewohntes Haus in Brand zu stecken und damit wissentlich schwere Verletzungen oder gar den Tod „des Anderen“⁴, nicht nur in Kauf zu nehmen, ja sogar zu wollen, entfaltet sich eine völlig neue Dimension der Menschenfeindlichkeit. Eben diese impliziert, dass – aus Perspektive der weißen Täter_Innen – Geflüchtete nicht mehr als Individuen, als tatsächliche Menschen, sondern nur noch als objektivierter Gegensatz zur eigenen Gemeinschaft wahrgenommen werden. Dieser Logik folgend gilt es, den vermeintlichen Gegensatz aus dem eigenen Umfeld zu tilgen. Die Mittel sind den Rassist_Innen ebenso gleich wie das Existenzrecht der Entrechteten. Dieser radikalste Ausdruck des Rassismus ist somit differenziert zu den anderen zu betrachten. Die zweite Kategorie umfasst direkte Aktionen, zu welchen alle Vorfälle zählen, die über eine rein verbale Artikulation von rassistischen Stereotypen und Ressentiments heraus gehen. Vor allem körperliche Angriffe auf Geflüchtete, Sachbeschädigungen an den Häusern (Farbbomben, Sprühereien, zerstörte Türen, angezündete Mülltonnen o.ä.) sowie Brandanschläge auf ehemalige oder zukünftige Geflüchtetenlager fallen darunter. Die dritte Kategorie dokumentiert rassistische Proteste wie Kundgebungen, Demonstrationen, Versammlungen und Informationsveranstaltungen, bei denen es zu einer Beteiligung der bürgerlichen, weißen Mehrheitsbevölkerung kam, da dies einen erheblichen Unterschied zu lediglich neonazistischen Protesten darstellt. Während bei letzteren zumeist ein viel stärkerer Gegenprotest stattfindet und die Positionen von offen-neonazistischen Gruppierungen zumeist schon, glücklicherweise, stark marginalisiert sind,

repräsentieren diese keine markante gesellschaftliche Relevanz. Damit sollen neonazistische Positionen weder verharmlost noch geleugnet werden, ganz im Gegenteil: Diese rechten Gruppierungen stellen zwar eine große Bedrohung dar, oft sind ihre Kundgebungen aber nicht mehr als der klägliche Versuch ihre Propaganda salonfähig zu machen. Eben jene Positionen erwachsen ebenso aus der Gesellschaft und ihrem Kontext wie sozialdemokratische oder links-liberale. Das Anliegen des Dokumentationsarchivs ist es jedoch, den Fokus auf die rassistische Stimmung der Gesamtgesellschaft und das menschenverachtende Klima zu richten, welches in der Mitte der Gesellschaft entsteht und von breiten Teilen der Bevölkerung getragen wird. In einer letzten Kategorie werden Fälle aufgenommen, bei denen anhand des Informationsstandes keine eindeutige Zuordnung möglich erscheint bzw. die Dimension noch einmal eine Besondere ist. Was sich im Vergleich zum Vorjahr geändert hat, ist weder der Umfang noch die Intensität der Angriffe. Bedauerlicherweise ist der Dementierung rassistischer Verhältnisse entgegenzuhalten, dass 2014 mindestens 5 Personen sterben mussten. Die Ursachen dafür sind nicht ausschließlich in den rassistischen Verhältnissen der deutschen Gesellschaft zu finden. Und auch wenn sich die Dokumentation von M.A.A.R. auf das menschenfeindliche Klima gegen Asylsuchende richtet, war es diesem ein Anliegen, die Toten zu benennen und kurz deren Fälle zu schildern. In Hamburg zündete ein 13-jähriges Mitglied der freiwilligen Feuerwehr im Februar eine bewohnte Unterkunft an. Durch das Feuer starben eine Mutter mit ihren Kindern, weitere 27 Personen wurden teils schwer verletzt. Ebenfalls im Februar starb in Plauen ein Asylsuchender aufgrund mangelnder medizinischer Behandlung sowie der unterlassenen Hilfeleistung des verantwortlichen Sicherheitsbeamten. In Zeit, im Burgenlandkreis,





wurde eine weitere Person tot aufgefunden. Offiziellen Berichten zufolge ist bis heute unklar, ob die Person aus dem Fenster gestoßen wurde, selbst sprang oder es sich um einen Unfall handelt. In Tübingen verbrannte sich eine Person aufgrund des psychischen Drucks, erlitten durch die Behandlung und den Umgang im Asylverfahrenssystem, selbst.

... und darüber hinaus!

Das eine internetbasierte Plattform bei dem Vorhaben, Hinweise über die Zu- und/ oder Abnahme rassistischer Aktionen und lokaler oder zeitlicher Häufungen zu liefern, nur einen ersten Ansatzpunkt für eine Orientierung bieten kann, liegt auf der Hand. Gerade deswegen ist es jedoch notwendig, sich mit lokalen Quellen detailliert auseinanderzusetzen um gesellschaftliche Tendenzen, die als solche in einer visuellen Grafik nicht dargestellt werden können, wahrzunehmen. Gerade da die latent vorhandenen rassistischen Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung auch fernab von praktischen Ereignissen fortbestehen.

Im sächsischen Schneeberg demonstrierten am 16.11.2013 mehrere tausend Menschen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in ihrem Ort. Angeführt von neonazistischen Gruppen beteiligte sich ein Großteil der bürgerlichen Bevölkerung aus der Ortschaft. © Presseservice Rathenow.

Eine emanzipatorische Praxis kann daher nicht bei der Auflistung von Vergangenen stehen bleiben oder sich auf die Bekämpfung der Auswüchse einer kapitalistischen, von Rassismus durchdrungenen Gesellschaft konzentrieren. Eine Praxis, die sich ohne Reflexion den düstersten Auswirkungen widmet, ohne dabei ihren Gegenstand zu begreifen, dreht sich notwendigerweise im Kreis.

Weitere Informationen des Dokumentationsarchives Monitoring Agitation Against Refugees in Germany:
www.dok-maar.de/

VERSTECKSPIEL



aus der Broschüre:
„Versteckspiel –
Lifestyle, Symbole &
Codes von Neonazis
und extrem Rechten“

Das Hakenkreuz kennen alle, den Gruß »Heil Hitler« auch. Doch was macht man, wenn solche Inhalte versteckt werden, wenn aus »Heil Hitler«

die Zahlenkombination 88 wird?

Der Sportlehrer freut sich vielleicht, dass seine Schützlinge auch in der Freizeit Basketball-Shirts tragen. Und die Nummer 88 ist sicherlich ein bekannter Profisportler, den er nur nicht kennt. Was für Außenstehende unauffällig wirkt, hat für diejenigen, die den Code entschleiern können, eine klare Bedeutung.

Die mehr als 150 bekannten Symbole und Codes, die verschlüsselt oder offen eine rechte politische Orientierung ausdrücken, sind für Außenstehende meistens nicht erkennbar. Sie sind mehr als nur Erkennungsmerkmal für Gleichgesinnte: Sie vermitteln ein Gruppengefühl und transportieren eine eindeutige politische Botschaft. Politische Symbole sind nichts anderes als komprimierte Darstellungen der wesentlichen Grundsätze einer Weltanschauung. Ihre Wiedergabe vermittelt einen bestimmten Inhalt, eine Zugehörigkeit, oder ist bei jugendlichen TrägerInnen erst einmal »nur« Ausdruck eines Gefühls. Das »Sich-rechts-Fühlen« steht im Vordergrund und schließt einen

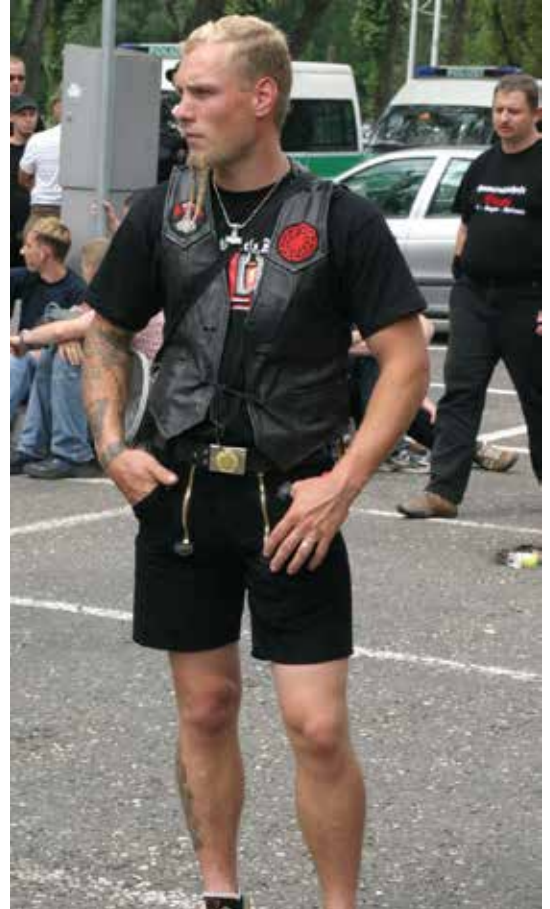
ausformulierten politischen Inhalt nicht zwingend mit ein. Die politische Botschaft kann sich in der Aufwertung des Eigenen und der Ablehnung alles Fremden erschöpfen.

Hinzu kommt, dass viele Symbole subjektiv interpretiert werden können. Mit teilweise abenteuerlichen Begründungen werden sie irgendwie in das eigene neonazistische Weltbild eingepasst. So können rote Schnürsenkel in der einen Kleinstadt für »die Zecken« (abwertender Begriff für linke Jugendliche), im angrenzenden Landkreis aber für Blood & Honour stehen. Grundlegend lassen sich die verwendeten Zeichen in zwei Kategorien einteilen: Diejenigen mit offenen und diejenigen mit verdeckten Botschaften. Die Ersten dienen der offenen politischen Selbstdarstellung der TrägerInnen und sind oft aus einem historischen Bezug zum Nationalsozialismus erklärbar. Sie lassen wenig oder gar keinen Raum für individuelle Interpretationen. Dies trifft für die Symbole mit nationalsozialistischem Bezug sowie die Embleme und Logos extrem rechter Organisationen zu.

Anders jedoch funktionieren die versteckten Glaubensbekenntnisse. Die Codes sind nur Eingeweihten bekannt und tragen somit vor allem zur Bildung einer Gruppenidentität der rechten Szene nach innen bei. Nur durch Kenntnis des zugeord-

neten Inhalts kann das Symbol verstanden werden. Eine außenstehende Person weiß kaum, dass die Zahlenkombination 28 für das in Deutschland verbotene Neonazi-Skinhead-Netzwerk Blood & Honour steht. Nach innen – d.h. in die eigenen Kreise hinein – ist die 28 das Erkennungszeichen für AnhängerInnen und SympathisantInnen von Blood & Honour. Viele der jugendkulturellen Dresscodes, die Auswahl der angesagten Modemarken und anderer jugendkultureller Codes betreiben dieses Versteckspiel. Die Szene trägt einem staatlichen Verfolgungsdruck Rechnung, eignet sich darüber hinaus Modefragmente aus anderen Jugendszenen an und interpretiert sie neu. Der klassische Neonazi-Skinhead ist vielfach zum Medienklischee verkommen, viele Neonazis identifizieren sich heute mit den Jugendkulturen des Black-Metal und des Neofolk oder sie verstehen sich als »ganz normale« Jugendliche ohne jede subkulturelle Attitüde. Diese Entwicklung spiegelt sich in einem stilistischen Wandel und in einer Verbreiterung der Symbolpalette wider. Die brachiale Anti-Ästhetik weicht einem dem Mainstream angepassten, modisch-athletischen Erscheinungsbild. Poppige Farben und Flammenwände ersetzen Schwarz-weiß-rot und Frakturschrift, klobige Dr.-Martens-Stiefel werden gegen New-Balance-Sportschuhe ausgetauscht. Dies macht den Umgang mit TrägerInnen dieser Symbole sehr viel schwieriger, da nur wenige von denen, die Fred-Perry-T-Shirts oder New-Balance-Schuhe tragen, auch Neonazis bzw. Rechte sind. Diese Entwicklung ergänzt sich mit dem verstärkten Bemühen der Szene, sich einen sozialrevolutionären Habitus

zu verschaffen und in die Tradition einer radikalen Systemopposition zu stellen. Darüber wurde ein neues Problemfeld eröffnet: Die (versuchte) Übernahme linker oder vermeintlich linker Symbole. Das Tragen von »Palästinenser-Tüchern« und die Nutzung schwarzer Fahnen gehören bei neonazistischen Auftritten beinahe schon zum Standardrepertoire. Symbole und Logos antifaschistischer Gruppen und Kampagnen erfahren ihre Verfremdung und werden ins Gegenteil verkehrt. Selbst der Irokesen-Schnitt, weithin als Punk-Frisur verstanden, ist heute unter Neonazis kein Tabu mehr.



„Der Einzelne empfindet keinen Widerspruch darin, das mit Symbolen des alten Germanentums tätowierte Bein in modische Kurzsocken und New-Balance-Turnschuhe zu stecken und den Seitenscheitel mit extravaganten Bartzöpfen zu kombinieren.“

Die heutigen neonazistischen Szenen funktionieren auch ohne strikten hierarchischen Aufbau, ohne Uniformität, ohne stilistische und ästhetische Eindeutigkeit. Zur Beschreibung dessen hat sich der scheinbar widersprüchliche Terminus von »modernen Nazis« etabliert. Das Moderne, das Neue ist, dass es den extrem rechten Szenen gelingt, ihre »alten« Ideen an die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der Jugend anzupassen. Man nutzt moderne Kommunikationsmittel, um sich mitzuteilen. Man baut Strukturen auf, die integrativ und tagespolitisch handlungsfähig sind, die Soziales, Kulturelles und Politisches zu einem geschlossenen lebensweltlichen Komplex verbinden. Und modern ist der Style, in den man sich

verpackt. Der Einzelne empfindet keinen Widerspruch darin, das mit Symbolen des alten Germanentums tätowierte Bein in modische Kurzsocken und New-Balance-Turnschuhe zu stecken und den Seitenscheitel mit extravaganten Bartzöpfen zu kombinieren. Man kann sich auch mit Piercings als »Old School Racist« fühlen und zu Adolf Hitler bekennen. Auffallend ist jedoch: Häufig sind es die popkulturell orientierten SzenegängerInnen, die sich durch besonders radikale Äußerungen profilieren und durch gewalttätige Aktionen auffallen, ganz so als müssten sie sich und ihrem Umfeld immer wieder aufs Neue beweisen, dass sie »richtige« Nazis« sind.



„Das Tragen von »Palästinenser-Tüchern« und die Nutzung schwarzer Fahnen gehören bei neonazistischen Auftritten beinahe schon zum Standardrepertoire.“

Die strikte Orientierung am Nationalsozialismus hat sich nicht geändert. Der einzelne Jugendliche mag die eine oder andere Facette von Hitlers Politik kritisch sehen, seine Vorbilder in der vorgeblich »sozialistischen« Strömung des Nationalsozialismus (NS) um die Gebrüder Strasser oder in den Vordenkern der »Konservativen Revolution« finden und deren Symbole aufgreifen. Er geriert sich gerne tolerant und aufgeschlossen, setzt sich provokativ für Meinungsfreiheit ein – und marschiert dann doch »zu Ehren« von Rudolf Heß, leugnet die Verbrechen des Nationalsozialismus und gibt sich einem hasserfüllten Rassismus und Antisemitismus hin. Neonazistische StrategInnen setzen den modernen Lifestyle als taktisches Mittel ein. Sie haben wenig Angst vor einer Verwässerung der dahinterstehenden Ideologie. So bemerkte der norddeutsche Kameradschaftsführer Peter Borchert im Jahre 2003 in einer Gesprächsrunde bei der NPD: »Meiner Meinung nach ist eine Demonstration, je bunter sie ist, auch desto besser. Denn entscheidend ist nicht, wie bunt oder

wie unbunt wir sind, sondern das was im Herzen schlägt – und im Herzen schlägt unsere Farbe braun, schon mal ganz klar.«

Der Artikel wurde bereits in der Broschüre „Versteckspiel – Lifestyle, Symbole & Codes von Neonazis und extrem Rechten“ veröffentlicht. Der Bedarf an Aufklärung über diese Thematik ist hoch, das Potenzial der rechten Bedrohung leider auch. Sei es auf der Straße, in den Parlamenten oder an den Stammtischen: Der erste Schritt zur Bekämpfung dieses Phänomens ist das Erkennen seiner ProtagonistInnen und deren Strategien. Daraus kann Handeln erfolgen...



Der selbe Neonazi aus München auf thematisch unterschiedlich ausgerichteten Aufmärschen.

Weitere Informationen und Übersichten zu Codes und Styles, eine Darstellung des Lifestyles von rechten Strukturen sowie die Möglichkeit, die gesamte Broschüre zu bestellen, findet ihr unter: www.dasversteckspiel.de

DIE GRENZWERTIG INFORMIERT ZUR RASSISTISCHEN POLIZEIPRAXIS RACIAL PROFILING



Die **GRENZWERTIG** informiert zur rassistischen Polizeipraxis Racial Profiling

Eine von vielen tagtäglich stattfindenden rassistisch motivierten Polizeikontrollen an deutschen Bahnhöfen, hier am Bahnhof Wilhelmshöhe in Kassel © Laura Fischer

Definition

Als Racist, Ethnic oder Racial Profiling wird eine Fahndungsmethode der Polizei bezeichnet, bei der Polizist*innen verdachtsunabhängige Kontrollen bei Personen durchführen, die gezielt nach ihrer Hautfarbe oder anderen äußerlichen Merkmalen ausgesucht werden.

Rechtslage in Deutschland

Vor allem die Bundespolizei wendet Racial Profiling an. Nach dem Bundespolizeigesetz (BPolG) darf sie an allen Bahnhöfen, Flughäfen und in Zügen verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen, die zur „Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet“ dienen sollen (§ 22 Abs. 1a BPolG).

Institutioneller Rassismus

Da diese Polizeipraxis ein fester Bestandteil der Arbeit der Bundespolizei ist und von ihren Beamt*innen tagtäglich bundesweit angewendet wird, handelt es sich bei Racial Profiling um einen in dieser Institution eingebetteten Rassismus. Im

Gegensatz zum Personellen Rassismus einzelner Menschen, definiert sich der Institutionelle Rassismus durch das Vorherrschen rassistischer Normen, Gesetze und Handlungsmuster in der internen Logik einer gesellschaftlichen Einrichtung. Institutioneller Rassismus findet sich in Deutschland nicht nur in offiziellen staatlichen Behörden wie dem Verfassungsschutz und der Ausländerbehörden, sondern auch im Justizwesen und in gesellschaftlichen Bereichen wie dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie im Bildungssystem.

Offizielle Sichtweise

Von öffentlichen Stellen der Bundespolizei, dem ihr überstehenden Bundesinnenministerium und auch der Bundesregierung wird die Existenz des Racial Profiling geleugnet.

Bedeutende Gerichtsurteile in Deutschland

Februar 2012, Urteil über Rechtmäßigkeit der Polizeipraxis: Das Verwaltungsgericht Koblenz entscheidet, dass die Bundespolizei ihre Kontrollen nach äußerlichen Kriterien, also auch der Hautfarbe, treffen darf.

Oktober 2012, Revision und Einstufung als rechts-widrig: Das Urteil wird vom Oberverwaltungsgericht Koblenz widerrufen, da es dem „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ im Grundgesetz widerspricht. Die Entscheidung wird als richtungsweisend im Kampf gegen Racial Profiling gewertet und erlangt öffentliche Aufmerksamkeit. August 2013, Urteil zur Rechtmäßigkeit des Platzverweises von Zeug*innen: Das Oberverwaltungsgericht Koblenz weist die Klage einer Frau ab, die gegen einen Platzverweis klagte, der ihr von Bundespolizisten am Hauptbahnhof in Kassel ausgesprochen wurde. Gemeinsam mit einer Bekannten wurde sie Zeugin von einer augenscheinlich rassistisch motivierten Personenkontrolle, woraufhin sie das Geschehen von Nahem beobachtete. Mai 2014, Urteil zum Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei: Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig bestätigt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz aus dem Jahr 2011, welches die verdachtsunabhängigen Personenkontrollen seitens der Bundespolizei auf dem Bahnhofsvorplatz in Trier als nicht rechtmäßig einstufte, da sich dieser nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich befindet. Durch das Urteil wird die Zuständigkeit der Bundespolizei deutlich auf das eigentliche Bahnhofsgelände beschränkt. Dazu gehören nicht die umliegenden städtischen Bereiche.

Urteil des Europäischen Gerichts für Menschenrechte (EuGH)

Juni 2010, Verurteilung der Gesetzgebungen zu rassistischen Polizeikontrollen: Der EuGH gibt zwei Klägern recht, die in Frankreich von Racial Profiling betroffen waren. Der EuGH verurteilt die nationalen Regelungen, welche die Polizei „ausdrücklich, faktisch oder auch versteckt zum Zweck der Migrationskontrolle“ zu Personenkontrollen ermächtigen.

Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte

In einer Studie zu Racial Profiling vom Juni 2013 fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte

den Gesetzgeber auf, die verdachtsunabhängigen Personenkontrollen zu verbieten. Paragraph 22 Absatz 1a des Bundespolizeigesetzes, aber auch einige Abschnitte der Landespolizeigesetzbücher, seien „unvereinbar mit dem Grundgesetz und dem Vertragsrecht der EU“.

Forderungen aus der Zivilgesellschaft

- Gesetzliches Verbot von Racial Profiling und Streichung des § 22 Absatz 1a des Bundespolizeigesetzes.
- Einrichtung einer unabhängigen Melde- und Beschwerdestruktur für Racial Profiling und die Möglichkeit einer unabhängigen Datenerhebung von Beschwerden der Betroffenen.
- Verpflichtung zur Aushändigung eines Kontrollzettels mit Angaben über die Gründe der Personenkontrolle seitens der Beamt*innen.
- Antirassismustraining für Polizeipersonal in der Ausbildung sowie Fortbildungen für Beamt*innen im Einsatz.
- Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeibeamt*innen.

Weitere Informationen

Kampagne Stoppt Racial Profiling:

www.stoppt-racial-profiling.de

Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD):

www.isdonline.de

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) aus Berlin:

www.kop-berlin.de

Kampagne „Im rassistischen Raster“ des Multikulturellen Zentrums Trier von 2012:

www.imrassistischenraster.blogspot.de

ERFAHRUNGSBERICHT EINER RASSISTISCHEN POLIZEIKONTROLLE

von
Benjamin
Most

Am 04/01/2014 ereignete sich im TGV 9553 von Paris nach Frankfurt zwischen Saarbrücken und Kaiserslautern ein rassistisch motivierter Polizeiübergriff.

Die Beamten suchten augenscheinlich gezielt nach Personen, die ihrer Ansicht nach aus „Afghanistan“; „Indien“ oder „Pakistan“ kommen. Dabei wurden die Beamten der Grenzpolizei gemäß ihres Rasters fündig und kontrollierten einen jungen, namentlich unbekanntem Mann, der dem Anschein nach seine Papiere nicht vorzeigen konnte. Im Nachbarsitz befand sich ein „europäisch“/„deutsch“ aussehender Mann der ebenfalls seine Papiere nicht vorzeigen konnte, aber fließend „deutsch“ sprach. Der ältere der beiden Beamten (graumeliertes Haar, ca. 1,85m) war übertrieben freundlich zu dem „Weißen“, seinen Angaben nach deutschen Staatsbürger ohne Pass, und wies schon fast devot darauf hin, er solle doch beim nächsten Mal „bitte seine Papiere dabeihaben“. Mit einem beachtlichen Wechsel seines Auftretens schwenkte der ältere Beamte nun zu dem jungen mit dem „afghanischen Äußeren“. Dabei machten die Beamten vor allen Fahrgästen keinen Hehl aus ihrer Motivation, fühlten sich gar im Recht und fragten wiederholt, ob der namenlose Fahrgast denn nun

aus „Afghanistan“ oder „Indien“ sei...

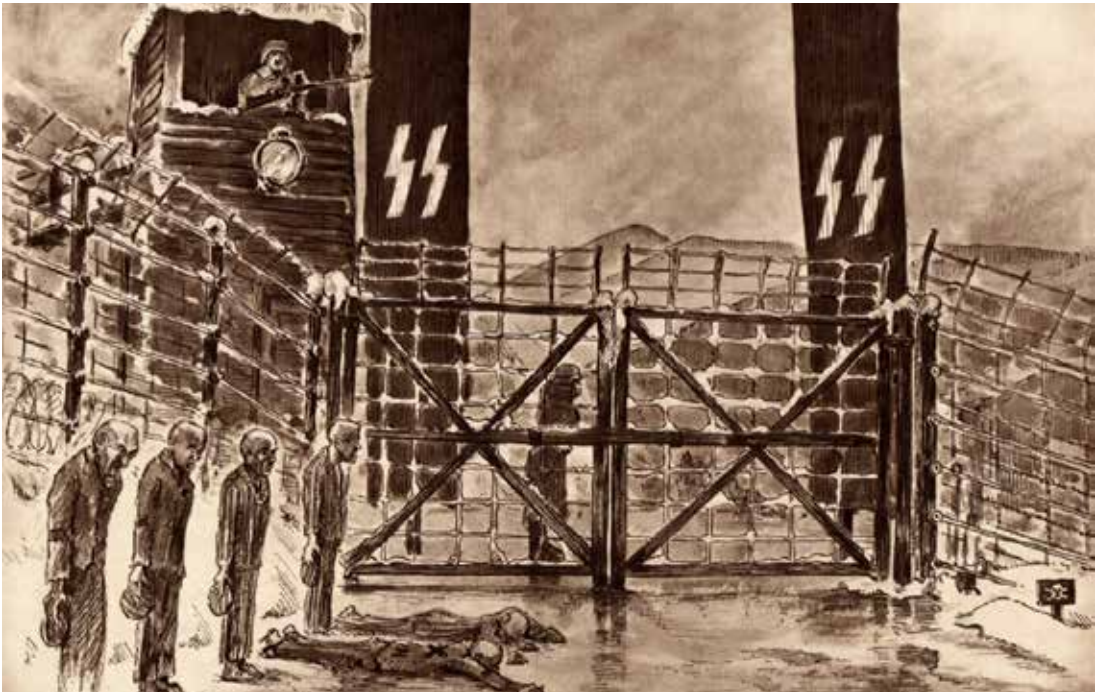
Zwei Zeugen die sich in unmittelbarer Nähe zu dem Ereignis befanden, konnten jedes Wort der Polizeiaktion mithören. Sie wurden wie alle anderen, dem Anschein nach „europäisch aussehenden“ Fahrgäste nicht einmal nach den Papieren gefragt. Dies verdeutlicht die eindeutig rassistisch motivierte Tat der Vollzugsbeamten. Keiner der Fahrgäste, außer die nach „Afghanistan“ - aussehende Person wurde daraufhin abgeführt und im Zwischenabteil isoliert von Zeugen aussortiert. Als einer der Zeugen ihnen folgte und die Polizisten aufforderte ihre Dienstnummern zu zeigen und den unbekanntem Gefangenen auf Englisch nach seinem Namen fragte, ob er einen Zeugen brauche, drohten die Beamten unverhohlen mit Vollzugsmaßnahmen, erteilten im Zug einen Platzverweis und weigerten sich mit einer verhöhnenden Geste, ihrer Pflicht die Nummer preiszugeben. Sie stellten sich im engen Zwischenabteil so auf, dass der Junge nicht mehr reagieren konnte. Das aggressive Verhalten der Beamten war sehr bedrohlich und einschüchternd. Obwohl der Zeuge die Beamten mehrmals darauf hingewiesen hatte, das ihr Handeln als rassistisch geächtet sei, und namentlich mit dem Vorwurf des „racial profilings“ gegen die Aktion protestierte, bedankte sich der ältere Beamte zynisch für den Hinweis

und bestätigte sofort (!) den Vorwurf: „Ja, danke, das ist so...“. Der junge, namenlose Fahrgast, wurde daraufhin in Kaiserslautern von den Beamten abgeführt.

Dieser Fall reiht sich ein in eine fortlaufende Praxis, rassistisch motivierter Rasterfahndungen im Grenzgebiet innerhalb des Schengenraums. Das Freizügigkeitsgebot in Sachen Reisefreiheit inner-

halb der EU ist somit allem Anschein nach eine Frage der Hautfarbe und gilt schlussfolgernd nur für „weiße“ „EuropäerInnen“ uneingeschränkt. Obwohl die Praxis des „racial profilings“ offiziell immer wieder geleugnet wird, bestätigen solche Vorfälle, dass diese rassistische Praxis als erkennungsdienstlicher Standard nach wie vor praktiziert wird. Eine entsprechende Beschwerde an die Behörden ist in Arbeit.

AUSSÖHNEN MIT DEUTSCHLAND - NIEMALS! KEIN VERGEBEN, KEIN VERGESSEN!



Henri Gayot: „Le piquet“. Strafstehen hinter dem Lagertor. So sah das Lagertor aus. Das heutige Lagertor wurde als Kulisse für Aufnahmen für den Film „Das siebte Kreuz“ (Anna Seghers) erbaut.

von
Viktoria Herz

Bereits einige Tage vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft lassen sich die verschiedensten Assecoires, Werbung und Fahnen in Schwarz-Rot-Gold kaum noch wegdenken. Es scheint mal wieder ein neuer Höhepunkt an nationaler Gefühlsduselei erreicht worden zu sein. Und auch die SPD scheint sich mal wieder für ein unverkrampftes Nationalgefühl auszusprechen, indem sie zu einer dreitägigen Konferenz mit dem Titel „Aussöhnen mit Deutschland - Verantwortung, Heilung, Transformation“ einlädt. Der Konferenz zugrunde liegt das von der emeritierten Politikwissenschaftlerin Barbara Meibom geschriebene Buch „Deutschlands Chance. Mit dem Schatten versöhnen“. „Meibom sieht hierzulande „das Trauma des Nationalsozialismus“ nachwirken und will „heilende Bewusstheit“ mobilisieren, um blockierte Energien zu lösen, weil „Deutschland“ mit der Macht, die das Land faktisch habe, aufgrund der Nazi-Schuld nicht gut umgehen könne. „Wir“ müssten uns wahlweise „mit den eigenen Schatten“ oder dem der Vergangenheit „versöhnen“ und uns „der eigenen Wirklichkeit stellen“, nämlich unseren deutschen „Schattenkräften und Gaben“. Am Ende soll eine „posttraumatische Reifung“ stehen, von der nicht zuletzt auch ganz Europa profitieren soll, dass Deutschlands Führung brauche“.¹

Flankiert wird diese Besinnung zum Nationalismus seit dem letzten Jahr mit einem verstärkten Aufkommen von Bürger*inneninitiativen gegen Unterkünfte von Geflüchteten sowie auch einigen Brandanschlägen, der letzte am 06.06.2014² in Karlsruhe. Die Wahlen zum europäischen Parlament zeigten in aller Deutlichkeit das rechte, rassistische, nationalistische und chauvinistische Einstellungen nicht nur in der BRD, sondern in der ganzen EU erschreckend weit verbreitet sind. Doch was möchte man vergessen? Was steht einem unverkämpften Nationalgefühl im Wege? Das Gedenken und die Erinnerung an die Shoah und an den Nationalsozialismus sind heute umso wichtiger denn je. Und es erscheint auch notwendig, nicht nur auf Auschwitz zu blicken, sondern die weniger bekannten ehemaligen Konzentrationslager (KZ), Arbeitskommandos und Außenlager in unserer Nähe zu betrachten.

Einer dieser Orte, die hier vorgestellt werden soll, ist die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof, welches die einzige KZ Gedenkstätte in Frankreich überhaupt ist. Neben der Inhaftierung, insbesondere politi-

1) [http://www.taz.de/!135277/\[09.06.14\]](http://www.taz.de/!135277/[09.06.14])

2) <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Brand-in-Asylheim-Drei-Verletzte;art4319,2643124> [09.06.14]

scher Häftlinge, war dieses KZ auch ein zentraler Hinrichtungsort der Gestapo für das Gebiet Elsass-Lothringen sowie Baden und Württemberg. Heute hat die Front National in dieser Region einen großen Wähler*innenanteil und viele neonazistische Gruppen, u.a. Hammerskins aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Elsass-Lothringen veranstalten in dieser Region neonazistische Konzerte und Veranstaltungen. Diese Gruppen leugnen die Existenz des damaligen KZ's und attackieren es häufig, nicht nur verbal. Neben einem Brandanschlag 1976, bei dem die heutige Museumsbaracke abbrannte, finden sich auch heute immer wieder rechte und nationalsozialistische Symbole in der Gedenkstätte. Die Sicherheitsvorkehrungen vor Ort werden immer aufs Neue verschärft, so sind überall Kameras installiert, Taschendurchsuchungen sind möglich und zeitweise wird sogar der Stacheldrahtzaun des damaligen KZ's in der Nacht wieder unter Strom gesetzt. Dies alles zeigt die Notwendigkeit des Erinnerns, sodass in diesem Artikel das ehemalige KZ Natzweiler-Struthof beschrieben werden soll.

Arbeitslager Natzweiler-Struthof



Henri Gayot: „Transport“. Häftlinge schleppen Barackenwände zum Lagergelände. Im Hintergrund Le Struthof und Blick auf den Dernvu-Gipfel. Heute ist diese Landschaft weitgehend bewaldet.

Das KZ Natzweiler-Struthof erhielt am 1. Mai 1941 seinen Standort, da der SS-Standartenführer Blumberg, welcher für die SS-Organisation „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“, Gesteinsproben in den Vogesen genommen hatte und dort an einem Steinbruch rosafarbenes Granit, dessen Abbau als lukrativ eingestuft wurde, gefunden hatte. Aus diesem Grund wurde das Konzentrationslager an dieser Stelle in den Vogesen in 800m Höhe, 45km südwestlich von Straßburg, erbaut. Seinen Namen erhielt das KZ von dem nahegelegenen Ort Natzviller, der germanisiert Natzweiler hieß. Den Zusatznamen Struthof wurde von einem naheliegenden Hotel „Le Struthof“ übernommen. Dieses existiert auch heute noch mit dem Namen „Chez Dany“. Die ersten

400 Häftlinge mussten die Straße zum Lager, zum Steinbruch sowie das komplette KZ selbst erbauen. Für die erste Bauphase bis zur Fertigstellung der ersten Baracken, waren sie im Tanzsaal des Hotels untergebracht, der mit Stacheldraht umzäunt und von der SS bewacht wurde. Anders als die bekannteren ehemaligen Konzentrationslager war Natzweiler-Struthof kein Vernichtungslager, welches die industrielle Vernichtung möglichst vieler Menschen zum Ziel hatte, sondern gilt als ein Arbeitslager. Dies bedeutet, dass die Vernichtung der inhaftierten Menschen durch Arbeit stattfinden sollte und ihre Arbeit sowie ihre Körper in möglichst vielen Bereichen für die Wirtschaft oder medizinische Forschung nutzbar gemacht werden sollte. So wurde auch das Lager Natzweiler-Struthof schnell zu einem Stammlager innerhalb eines ca. 70 Außenlager und Außenkommandos umfassenden Lagernetzes, indem die Häftlinge häufig zwischen den Lagern hin und her geschoben wurden und viele das Stammlager nicht einmal zu Beginn betreten hatten. Der Lagerkomplex bestand sogar nach der Räumung des Lagers im November 1944 weiter. Die Außenlager wurden von unterschiedlichen Unternehmen, wie die Adlerwerke, Daimler Cryseler, Opel, IG Farben etc. betrieben und die Zwangsarbeit der Häftlinge für die Kriegsindustrie ausgebeutet. Es wird geschätzt, dass im gesamten Lagerkomplex, der sich im Norden bis nach Cochem, im Westen bis nach Frankfurt am Main erstreckte, min. 52.000 Häftlinge interniert waren. Die Zahl wird jedoch deutlich höher eingeschätzt, da viele nicht registriert wurden. Rund 22.000 Menschen kamen dort zu Tode. Im Stammlager selbst, wurden Schätzungen zufolge ca. 7000 Menschen interniert, wobei es ursprünglich für knapp 1000 konzipiert worden war. Die Häftlinge innerhalb des Stammlagers wurden in verschiedene Kategorien unterteilt, die auf ihren angegebenen Haftgründen basierten. Zu Beginn des KZ's waren hauptsächlich so genannte BV's (Berufsverbrecher) und SV's (Sicherungsverwahrte) inhaftiert. Diese Menschen galten als Kriminelle, wobei hier zu beachten ist, dass sich diese Kategorisierung nach nationalsozialisti-



Henri Gayout: „Rückkehr des Arbeitskommandos“.

schen Gesetzen richtete, und waren meist schon zuvor in anderen Konzentrationslagern inhaftiert gewesen. Ihre Erfahrung wurde gebraucht, um sie als Funktionshäftlinge und/ oder Kapos einzusetzen. Die so genannten „Kapos“ hatten die Aufgabe in die Arbeitskommandos einzuteilen und diese zu überwachen. Dabei waren sie den Befehlen der SS-Wachen unterworfen und galten als deren Hilfe, so dass nur eine relativ geringe Anzahl an SS-Wachen, ca. 200, ausreichte um das Lager zu bewachen. Neben der Übernahme bestimmter Aufgaben hatten folglich Kapos und Funktionshäftlinge auch den Sinn eine Häftlingshierarchie aufzubauen, um solidarisches Verhalten zwischen den Häftlingen zu unterbinden. Weitere Häftlingsgruppen, die in Natzweiler-Struthof interniert wurden, waren politische Häftlinge, meist aus sowjetischen Gebieten, als homosexuell gelabelte Personen sowie Jüd*innen und als „Zigeuner“ stigmatisierte Personen, wobei die beiden zuletzt genannten Gruppen insbesondere für medizinische Experimente inhaftiert worden waren.

„Nacht und Nebel-Häftlinge“



Henri Gayout: „Rückkehr des Arbeitskommandos“. „Nacht und Nebel, (NN)“-Gefangene wurden ohne Benachrichtigung der Angehörigen und ohne die Möglichkeit zum Außenkontakt gefangen gehalten. Sie sollten wie in „Nacht und Nebel“ verschwunden sein.

Eine besondere Gruppe stellten die so genannten „Nacht und Nebel- Häftlinge“ dar. Dabei handelte es sich um politische Gefangene, die zuvor ihrem Umfeld entrissen worden waren und im Konzentrationslager verschwanden. Ihnen sollte kein Prozess gemacht werden, damit keine Märtyrer geschaffen würden. Die Angehörigen und Freund*innen erfuhren nicht, was mit ihnen geschah, ob sie noch lebten oder bereits tot waren. Auch im Lager waren die „Nacht und Nebel-Häftlinge“ besonderen Restriktionen unterworfen. Um sie für alle zu kennzeichnen und Fluchtversuche zu erschweren wurde ihre Häftlingskleidung mit einem in Ölfarbe geschriebenen NN markiert. Die Kategorisierung bedeutete auch, dass die Häftlinge häufig isoliert von den Anderen untergebracht

wurden, weniger Nahrung erhielten, nicht in das Krankenrevier durften und keine Post erhalten oder schreiben durften. Zudem waren sie meist in den schwersten Arbeitskommandos untergebracht. Ein Arbeitskommando, das fast ausschließlich für „Nacht und Nebel-Häftlinge“ bestimmt war, war das Kommando „Kartoffelkeller“. Hierbei handelte es sich um einen 70m langen aus 10 Nischen bestehenden unterirdischen Keller, der aus dem Stein gehauen werden musste. Allerdings wurden niemals Nahrungsmittel darin gelagert und es ist keine Funktion erkennbar, sodass davon ausgegangen wird, dass dieses Arbeitskommando eine rein repressive Funktion hatte. Dafür spricht auch die besondere Härte der Arbeit, die noch durch die Quälereien der SS und der Kapos erschwert wurde. Sie hetzten etwa Hunde auf die arbeitenden Häftlinge oder schlugen und demütigten sie permanent.

Medizinische Experimente

Neben der „Vernichtung durch Arbeit“ wurden Häftlinge auch für medizinische Experimente an Menschen benutzt. Dabei spielte die 1940 gegründete Reichsuniversität in Straßburg, die der SS unterstellt war, eine wesentliche Rolle. Bereits vor dem Beginn der Versuche an Menschen innerhalb des KZ's wurden Leichen aus dem KZ Natzweiler-Struthof an dieser Uni für Anatomiekurse benutzt. Die medizinischen Experimente wurden hauptsächlich durch drei Professoren der Reichsuniversität Straßburg organisiert und durchgeführt: August Hirt, Otto Bickenbach und Eugen Haagen im Rahmen des Instituts für Wehrwissenschaftliche Zweckforschung. Hirt und Bickenbach forschten an einem Schutzmittel für Senfgas und Phosgenas, beides Gase die im 1. Weltkrieg als chemische Waffen eingesetzt worden waren. Für diese Forschungen wurde der ehemalige Tanzsaal des Hotels in eine Gaskammer umgebaut. Diese Gaskammer diente folglich nicht der industriellen Vernichtung von Menschen, sondern galt als ein Forschungslabor für medizinische Experimente, bei dem ebenso viele Menschen während oder in Folge der Versuche starben. Professor August Hirt hatte neben der wehrwissenschaftlichen Forschung auch ein wissenschaftliches Interesse an Eugenik. Daher wollte er für sich und sein Institut eine „jüdisch-bolschewistische Schädel-sammlung“ aufbauen. Zu diesem Zweck wurden in Auschwitz-Birkenau die Schädel und Körper von 115 (79 Juden, 30 Jüdinnen, 2 Polen und 4 Menschen aus Zentralasien) vermessen und diese nach Natzweiler-Struthof deportiert. Von diesen kamen lediglich 87 an. Diese meist jüdischen Frauen und Männer waren in einer gesonderten

Baracke, die mit Stacheldrahtzaun umzäunt war, im Block 13 isoliert von den anderen Häftlingen untergebracht. 86 von ihnen wurden in der Gaskammer getötet. Eine Frau weigerte sich in die Gaskammer zu gehen, was ihren Tod durch Erschießen zur Folge hatte. Ihre Körper wurden in den dafür errichteten Becken in der Gaskammer präpariert und bei der Befreiung des Konzentrationslagers entdeckt. Aber auch in der Reichsuni selbst wurden sogar noch 2006 Leichenteile ehemaliger Häftlinge gefunden.



Henri Gayot: „Typhus“

Eugen Haagen hingegen forschte an einem Schutzmittel für Flecktyphus, einer sich schnell meist über Läuse und Flöhe verbreitenden Fiebererkrankung, die häufig tödlich endet. Hierzu ließ er zu Beginn 89 als „Zigeuner“ gelabelte Häftlinge aus Auschwitz in das KZ Natzweiler-Struthof deportieren. Das wiederholte sich in seinen verschiedenen Versuchsreihen. In der Folge führte er eine Reihe von Versuchen mit Flecktyphus an als „Zigeuner“ kategorisierten Häftlingen durch und veröffentlichte seine Forschungsergebnisse in einer internationalen Fachzeitschrift. Bei seiner Gefangennahme durch die Alliierten beklagte der Nobelpreiskandidat, dass er wegen der Alliierten nun seinen Nobelpreis nicht bekommen könne. Hirt brachte sich 1945 selbst um, nachdem seine Frau während einer Bombardierung verstorben war. Die anderen beiden Professoren wurden 1952 vom französischen Militärtribunal zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden. Bereits 1955 kamen sie durch eine Amnestie frei und ab 1962 waren sie rehabilitiert. Otto Bickenbach arbeitete bis zu seinem Tod 1971 als Internist in Siegburg. Eugen Haagen arbeitete nach 1955 als Virologe an der Universität Tübingen, bis er 1965 nach Berlin umzog und dort ein Buch über Viruserkrankungen bei Menschen schrieb.

Am 23.11.1944 fanden die Alliierten das bereits geräumte Stammlager, das erste Konzentrationslager, was sie im Westen gefunden hatten. Gleichzeitig bestanden die vielen Außenlager und Außenkommandos weiter fort, die Häftlinge wurden permanent in neue Außenlager verlegt und auf

Todesmärsche geschickt, was erst im Mai 1945 endete.



Henri Gayot: „Gymnastique“. „Leibesübung“. Kollektiv-Prügelstrafen durch Blockführer.

Erinnern und nicht vergessen

Die Geschichte des Konzentrationslagers zeigt die Bereitschaft von Menschen, Menschen auf brutalste und grausamste Weise zu demütigen, ihre Arbeitskraft und ihre Körper auszubeuten um sie schlussendlich zu vernichten. Dem zugrunde liegen Einstellungen, die die Ungleichwertigkeit von Menschen voraussetzen und die Ausgrenzung, Diskriminierung, Entmenschlichung und Vernichtung legitimieren. Umso notwendiger ist es gerade heute in einer scheinbar geschichtsvergessenen, auf das Nationalgefühl setzenden politischen Kultur der BRD und einer rechten, rassistischen und chauvinistischen EU an die Shoah zu erinnern und nicht zu vergessen.

Hinweis: Die Verdi Jugend Rheinland-Pfalz/ Saar und das Bildungswerk Arbeit und Leben Saar bieten Gedenkstättenfahrten in das ehemalige Konzentrationslager für Schulklassen, Auszubildende und interessierte Gruppen an. Begleitet werden diese Fahrten mit Vor- und Nachbereitungsseminaren.

Literaturhinweise:

- Steegmann, Robert (2005): Das Konzentrationslager Natzweiler Struthof und seine Außenkommandos an Rhein und Neckar 1941-1945. Metropol (2010).
- Bakels, F.: Nacht und Nebel, Der Bericht eines holländischen Christen aus deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern, Frankfurt am Main 1982.
- Ziegler, J.: Mitten unter uns, Natzweiler-Struthof: Spuren eines Konzentrationslagers, Hamburg 1986.
- <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Brand-in-Asylheim-Drei-Verletzte;art4319,2643124> [09.06.14].
- <http://www.taz.de/!135277/>[09.06.14].

IMPRESSUM

Grenzwertig #7 (Sommer 2014, Trier)

Diese Ausgabe ist in Kooperation mit dem AStA der Universität Trier entstanden. Außerdem bedanken wir uns für die Unterstützung von der Partei Die Linke.

Herausgeber:
Multikulturelles Zentrum Trier e.V.

Printauflage:
500 Exemplare

Redaktion:
Björn Brisch, Patrick Zimmer

Gestaltung:
Benjamin Barth

Umschlagbilder:
Ville Tietäväinen

Kontakt:
Zeitschrift Grenzwertig
c/o Multikulturelles Zentrum
Balduinstr. 6
54290 Trier

T: 0049 (0) 651-48497
E: zeitschrift@multicultural-center.de
I: www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig

Diese Zeitschrift ist kostenlos und in ehrenamtlicher Arbeit entstanden. Die Texte und Bilder sind Eigentum der Autor*innen. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und Einwilligung der/des Autor*in.

Die Grenzwertig steht zum kostenlosen Download auf:
www.multikulturelles-zentrum-trier.de/grenzwertig

„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“

Bertolt Brecht
Flüchtlingsgespräche (1940/41)

Zu den Umschlagbildern

*Graphic Novel „Unsichtbare Hände“ von dem Finnen Ville Tietäväinen , März 2014
(Avant-Verlag)*

Der Comicroman erzählt die Geschichte eines „Illegalen“ aus Marokko, der in Spanien versucht, Geld für seine Familie zu verdienen, und als Billiglöhner und „Schuldsknecht“ auf den Treibhaus-Plantagen in Almeria und auf den Marktplätzen von Barcelona ausgebeutet und betrogen wird. Es geht um die Schattenwirtschaft und den Illegalen-Arbeitsmarkt in Europa, um die Doppelmoral der EU-Flüchtlingspolitik und die mafiösen Strukturen und die Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelindustrie. Autor und Zeichner Ville Tietäväinen erzählt eine fiktive Geschichte, der intensive Recherchen in Marokko und Spanien und zahlreiche Interviews mit Refugees, Schleppern, Frontex-Beamten und Arbeitern in Almeria vorangegangen und in die viele tatsächliche Schicksale eingeflossen sind.

www.avant-verlag.de/comic/unsichtbare_haende

